



# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Sozialpolitik des Roten Wien 1919 – 1934.  
Kommunale Leuchtturmprojekte in den Bereichen  
Architektur und Gesundheit unter dem Aspekt des Social  
Engineering“

verfasst von / submitted by

Doris Gantner, BA.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Master Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Dr. Oliver Rathkolb



## INHALTSVERZEICHNIS

1	<b>DANKSAGUNG</b> .....	- 3 -
2	<b>EINLEITUNG</b> .....	- 4 -
3	<b>FORSCHUNGSZIELE UND ERWARTETE ERGEBNISSE</b> .....	- 6 -
4	<b>FORSCHUNGSSTAND UND METHODIK</b> .....	- 7 -
4.1	Forschungsstand .....	- 7 -
4.1.1	<i>Geschichte des Roten Wien</i> .....	- 7 -
4.1.2	<i>Architektur und Wohnbaupolitik des Roten Wien</i> .....	- 7 -
4.1.3	<i>Gesundheitspolitik des Roten Wien</i> .....	- 8 -
4.2	Methodik.....	- 9 -
4.2.1	<i>Text- und Diskursanalyse</i> .....	- 9 -
5	<b>GEMEINDESOZIALISMUS</b> .....	- 10 -
6	<b>HISTORISCHE AUSGANGSSITUATION FÜR DAS ROTE WIEN</b> .....	- 21 -
7	<b>„GEBURTSSTUNDE“ DES ROTEN WIEN</b> .....	- 22 -
8	<b>KOMMUNALE „LEUCHTTURMPROJEKTE“ DER SOZIALPOLITIK DES ROTEN WIEN</b> ..-	
	33 -	
8.1	Architektur und Wohnbau .....	- 33 -
8.1.1	<i>Karl-Marx-Hof</i> .....	- 51 -
8.1.2	<i>Amalienbad</i> .....	- 58 -
8.2	Gesundheitspolitik .....	- 61 -
9	<b>FAZIT: „SOCIAL ENGINEERING“ IM ROTEN WIEN?</b> .....	- 76 -
10	<b>ANHANG</b> .....	- 87 -
10.1	Verzeichnisse .....	- 87 -
10.1.1	<i>Literatur</i> .....	- 87 -
10.1.2	<i>Quellen</i> .....	- 91 -
10.2	Kurzzusammenfassung und Abstract .....	- 93 -



## **1 DANKSAGUNG**

Zunächst möchte ich mich sehr herzlich bei Professor Dr. Oliver Rathkolb für die hervorragende Betreuung und sachdienlichen Hinweise, insbesondere im forschungsliterarischen Bereich, bedanken.

Zudem gebührt mein Dank meinen Eltern, KR. Ing. Christian und Anna Gantner, die mich stets unterstützt und motiviert, sich bei Erfolgen mit mir gefreut und mich bei Misserfolgen getröstet haben. Ein ganz besonderer Dank gebührt hierbei vor allem meinem Vater, der mich während eines Gespräches auf die Idee brachte, meine Masterarbeit dem „Roten Wien“ zu widmen und mir seine breitgefächerte Bibliothek zur Verfügung stellte.

Zu weiterem Dank verpflichtet bin ich auch all jenen, die sich in mühevoller Kleinstarbeit immer wieder meine Arbeit hinsichtlich Rechtschreibung, Grammatik und Verständlichkeit für Lesende ohne (zeit-)historischen Hintergrund durchgelesen haben und mir mit wertvollen Tipps weiterhalfen.

Ihnen allen ein herzliches Danke. Sie alle haben maßgeblich zur Entstehung dieser Masterarbeit beigetragen.

Um die Lesbarkeit zu erleichtern, wird im Folgenden auf eine gendergerechte Formulierung verzichtet. Es sei darauf hingewiesen, dass Formulierungen wie „Wiener“, „Einwohner“ oder „Mieter“ für beide Geschlechter gelten.

## 2 EINLEITUNG

„Rot flammt es am Horizont!“<sup>1</sup> – das waren die plakativen Worte der Wiener Arbeiterzeitung, mit welchen diese den Beginn der „roten“, durchwegs sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung Wiens nach den ersten Wahlen zum Wiener Gemeinderat am 4. Mai 1919 ankündigte. Von Zeitgenossen, je nach politischer Gesinnung und Sympathie, entweder als „Wiener Kommune“<sup>2</sup> gefeiert und bejubelt oder als „Rathausbolschewismus“<sup>3</sup> verteufelt, wurde das sogenannte „Rote Wien“ immer wieder als Prestigemodell, beziehungsweise Leuchtturmprojekt der Sozialdemokraten und ihrer Sympathisanten montiert.<sup>4</sup>

Gerade in einer Zeit, die mit zunehmender Wirtschaftsdepression und aufkeimendem Faschismus zu kämpfen hatte, lag der Fokus der Sozialdemokraten auf der Errichtung einer „Insel des Sozialismus“<sup>5</sup>. Aus diesem Grund versuchten geschulte Funktionäre und Beamte, den sozialen Missständen mittels eines umfangreichen Reformpakets Einhalt zu gebieten, nicht ohne dabei zumindest teilweise konsequent in bürgerliche Wertvorstellungen und Kultur einzugreifen.<sup>6</sup>

Ein Schlagwort, welches in jenem Zusammenhang des Öfteren auftaucht, ist das Phänomen des sogenannten „Social Engineering“<sup>7</sup>. Bis dato eher in den Politik- und Sozialwissenschaften, als in den Geschichtswissenschaften bekannt und heutzutage vor allem in Nordwesteuropa kontrovers diskutiert, rückt hierbei die Frage nach Stadtplanung und primär funktionaler Architektur in den Vordergrund.<sup>8</sup>

Die vorliegende Masterarbeit knüpft daran an. Dabei wird der Bogen von der Definition des sogenannten „Gemeindesozialismus“, welcher in Kapitel 5 behandelt wird, über die historische Ausgangssituation und die Geburtsstunde des Roten Wien in den Kapiteln 6 und 7 hin zu den kommunalen „Leuchtturmprojekten“<sup>9</sup> innerhalb der sozialdemokratischen

---

<sup>1</sup> Zitat aus dem Leitartikel der Arbeiterzeitung Nr. 137 (31. Jahrgang, Wien, 5. Mai 1919). Online unter: [www.anno.onb.ac.at/pdfs/ONB\\_aze\\_19190505.pdf](http://www.anno.onb.ac.at/pdfs/ONB_aze_19190505.pdf) (letzter Aufruf: 29.12. 2015, 09:22).

<sup>2</sup> Helmut *Weihs*mann, *Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919 – 1934* (vollkommen überarbeitete Ausgabe, <sup>2</sup>Wien 2002), 25.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Eine genaue Definition des Begriffes „Social Engineering“ steht bis heute aus. Der deutsche Zeit- und Sozialhistoriker Thomas Etzemüller versteht darunter im engeren Sinne den Versuch der gezielten Manipulation verschiedener Strukturen (Alter, Bevölkerung, ...) einer Gesellschaft durch staatliche Maßnahmen, beispielsweise durch Wohnbauförderung oder Geburtenkontrolle. Vgl. dazu: Thomas *Etzemüller* (Hg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert* (Historie Band 9, Bielefeld 2009).

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Fokussiert auf die Wiener Sozialdemokratie wurde der Begriff „Leuchtturmprojekt“ in diesem Rahmen primär durch den Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl geprägt. Darunter kann ein vorbildliches Vorhaben mit Signalwirkung verstanden werden, das neben Erfolg auch einen großen Bekanntheitsgrad sowie zahlreiche Folgevorhaben beabsichtigt.

Sozialpolitik mit Fokus auf Wohnbau und Gesundheitswesen in Kapitel 8 gespannt. Kapitel 9 behandelt schließlich abschließend die Frage nach dem „Social Engineering“ im Roten Wien.

### **3 FORSCHUNGSZIELE UND ERWARTETE ERGEBNISSE**

Um sich dem Phänomen des „Social Engineering“ innerhalb der Kommunalpolitik des Roten Wien im Allgemeinen und der Architektur und Gesundheitspolitik im Besonderen annähern zu können, ist ein differenzierter Ansatz von Nöten, da dieses Forschungsfeld von großer Heterogenität geprägt ist. Ziele dieser Masterarbeit sind einerseits eine historische Phänomenbestimmung, die den Forschungsgegenstand zunächst durch eine Analyse der Makrostrukturen via historischem, politischem und gesellschaftlichem Kontext des Roten Wien verorten soll. Anschließend werden anhand der Mikrostrukturen, Social Engineering, Architektur und Gesundheitspolitik, die Divergenz zwischen Anspruch und Widerspruch in der sozialpolitischen Vorstellung und alltagspraktischen Realität offengelegt, beschrieben und analysiert. Mit einer seit nahezu 87 Jahren bestehenden Kontinuität, gilt das „Rote Wien“ mit seinen sozialpolitischen Reformen, insbesondere in wohnbaulicher und gesundheitspolitischer Hinsicht, bis heute als eines der Prestigeprojekte der österreichischen Sozialdemokratie.

Die Thematik der Sozialpolitik des Roten Wiens und damit verbunden der kommunalen Leuchtturmprojekte in den Bereichen Architektur und Gesundheit unter dem Aspekt des Social Engineering ist insofern von wissenschaftlicher Bedeutung, als dass sich dem Phänomen des „Social Engineering“ bis dato vorwiegend sowohl aus politischer und soziologischer Sicht als auch auf nordwesteuropäischem Gebiet gewidmet wurde. In den Geschichtswissenschaften liegen keine umfassenden, diachronisch vorgehenden Studien zu „Social Engineering“ innerhalb der Architektur und Gesundheitspolitik des Roten Wien vor, die die äußeren wie inneren Strukturen und Kontexte analysieren. Diese Masterarbeit erwartet sich daher Erkenntnisse zu (a) dem Phänomen des „Social Engineering“ im Roten Wien 1919 - 1934 innerhalb der Geschichtswissenschaften, (b) der Divergenz zwischen den Ansprüchen und Widersprüchen innerhalb der sozialpolitischen Vorstellungen und alltagspraktischen Umsetzungen des umfangreichen sozialpolitischen Reformpakets des Roten Wien in wohnbaulicher und gesundheitspolitischer Hinsicht und (c) der Frage nach europaweit vergleichbaren kommunalpolitischen Großprojekten.

Daraus ergeben sich folgende Forschungsfragen:

- Lässt sich bei den sozialpolitischen Reformen in wohnbaulichem und gesundheitspolitischem Bereich des Roten Wien von „Social engineering“ sprechen?
- Wie sahen die sozialpolitischen Vorstellungen bezüglich dieser Reformen aus? Konnten diese alltagspraktisch umgesetzt werden und den „Praxistest“ bestehen?
- Gab oder gibt es europaweit vergleichbare kommunalpolitische Großprojekte?



## **4 FORSCHUNGSSTAND UND METHODIK**

### **4.1 Forschungsstand**

Wissenschaftliche Forschungen haben sich mit dem Aspekt des „Social Engineering“ bis dato primär aus politischer und soziologischer Sicht auseinandergesetzt. Eine geschichtswissenschaftliche Betrachtung, sowie eine dezidierte Analyse zu dem Phänomen des „Social Engineering“ innerhalb der Sozialpolitik des Roten Wien im Allgemeinen und der Architektur und Gesundheitspolitik desselben im Besonderen stehen noch aus. Dies gilt jedoch nicht nur für die Sozialpolitik des Roten Wien, sondern für die Auseinandersetzung mit „Social Engineering“ in Österreich und Wien per se, was als großes, heterogenes Forschungsfeld mit vielen Leerstellen zu bezeichnen ist. In europäischer Hinsicht liegen lediglich Studien zu nordwesteuropäischen Ländern, insbesondere Deutschland und Schweden, vor.<sup>10</sup>

Eine grundlegende historische Phänomenbestimmung von „Social Engineering“ in Österreich im Allgemeinen und innerhalb der Sozialpolitik des Roten Wien im Besonderen liegt nicht vor und ist somit ein Forschungsdesiderat.

#### **4.1.1 Geschichte des Roten Wien**

Als Standardwerk zur Geschichte des Roten Wien gilt nach wie vor „*Red Vienna. Experiment in Working-Class Culture, 1919-1934*“<sup>11</sup> von *Helmut Gruber*. Darin stellt Gruber die These auf, dass die sozialistische Regierung Wiens während der Jahre 1919-1934 bemüht war, einen Vorgeschmack auf die erhoffte sozialistische Utopie der Gegenwart zu erschaffen. Kritisch untersucht der Autor die Auswirkungen dieser Bestrebungen auf alle Bereiche des Lebens, von massiven öffentlichen Wohnbauprojekten und Gesundheits- und Bildungsoffensiven bis hin zur Entwicklung von Festivals und Sportveranstaltungen, um eine Art „neue“ Arbeiterklasse zu schaffen.

#### **4.1.2 Architektur und Wohnbaupolitik des Roten Wien**

Die Architektur und Wohnbaupolitik des Roten Wien ist literarisch umfassend aufgearbeitet, sodass hier nur auf einige wenige Werke, für diese Masterarbeit von zentraler Bedeutung sind,

---

<sup>10</sup> Siehe dazu: David *Kuchenbuch*, Eine Moderne nach „menschlichem Maß“. Ordnungsdenken und social engineering in Architektur und Stadtplanung – Deutschland und Schweden, 1920er bis 1950er Jahre, In: Thomas *Etzemüller* (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. (Historie Band 9, Bielefeld 2009), 109 – 128.

<sup>11</sup> *Helmut Gruber*, *Red Vienna. Experiment in Working-Class Culture, 1919-1934* (Oxford 1991).

eingegangen werden kann. Dabei sei besonders auf die Harvardprofessorin und Architekturhistorikerin *Eve Blau* verwiesen, die in ihrem 2014 erschienen Werk „*Rotes Wien. Architektur 1919-1934. Stadt-Raum-Politik*“<sup>12</sup> ausführlich auf die Infrastruktur Wiens innerhalb der Jahre 1919-1934 eingeht. Dabei wird ein Bogen von der Entwicklung Wiens als Residenz- und Kaiserstadt hin zu einer modernen Großstadt gespannt. Die städtebauliche Entwicklung Wiens war in vielerlei Hinsicht vielfältig, hatte sie doch einen umfassenden und nachhaltigen Charakter, welcher großen Einfluss auf Sozialgefüge und Politik hatte. Neben rund 60.000 Wohnungen entstanden flächendeckend Sozial- und Versorgungseinrichtungen. Der Architekturhistoriker *Helmut Weihsmann* widmet sich in „*Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934*“<sup>13</sup> der Bautätigkeit des Roten Wien als Antithese zur bürgerlichen Stadtplanung während der Ringstraßen-Ära, welche sichtbar die neuen Machtverhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg verkörperte. Von Fachleuten wurde der kommunale Wohnbau der Sozialdemokratie als monumental, aber auch als vorbildlich hinsichtlich des sozialen Wohnens bezeichnet. Konservative Gegner diffamierten diese Wohnungen als „zu klein“ und „technisch nicht ausgereift“. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass in dieser Zeit nahezu hunderttausend Wiener Arbeiterfamilien erstmals eine erschwingliche Wohnung mit Balkon, Küche, Warmwasseranschluss, Bad und Toilette ihr Eigen nennen konnten.

#### 4.1.3 Gesundheitspolitik des Roten Wien

Eine dezidierte literarische Auseinandersetzung mit der Gesundheitspolitik des Roten Wien gibt es kaum. Weihsmann verweist hierzu auf *Fritz C. Wulz*, der 1977 in „*Stadt in Veränderung: eine architektur-politische Studie von Wien in den Jahren 1848-1934*“<sup>14</sup> die von Julius Tandler erdachte Vorsorgemedizin gegen typische Arbeiterkrankheiten, wie die im Wiener Volksmund als „Wiener Krankheit“ bezeichnete Tuberkulose und damit verbunden den Bau von Bädern, Sportanlagen und Erholungseinrichtungen beschreibt.

Ebenso beschreibt der Historiker *Gerhard Melinz* in seinem Aufsatz „*Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt. Aspekte kommunaler Sozialpolitik 1918-1934*“<sup>15</sup>, der in Zusammenhang mit

---

<sup>12</sup> Eve Blau, Rotes Wien. Architektur 1919-1934. Stadt-Raum-Politik (Wien 2014).

<sup>13</sup> Helmut Weihsmann, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934 (2., vollkommen überarbeitete Ausgabe, Wien 2002).

<sup>14</sup> Fritz C. Wulz, Stadt in Veränderung: eine architektur-politische Studie von Wien in den Jahren 1848-1934 (Band 1 und 2, a.a.O.).

<sup>15</sup> Gerhard Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt. Aspekte kommunaler Sozialpolitik 1918-1934. In: Walter Öhlinger, Das Rote Wien 1918-1934, 104-122.

einer Ausstellung im Wienmuseum entstand, die Entwicklung und Schwierigkeiten des umfangreichen gesundheitspolitischen Reformpaktes des Roten Wien.

Der Historiker Magister *Peter Schwarz* erforschte 2015 im Rahmen eines Forschungsprojektes „Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler (1869-1936) und sein Verhältnis zu Eugenik, Rassenhygiene und ‚Euthanasie‘“<sup>16</sup>, wobei Schwarz nicht nur auf die Person und das Lebenswerk des Stadtrates für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, Dr. Julius Tandler, eingeht, sondern auch auf dessen ambivalente Stellung innerhalb der Geschichtsschreibung und seinen kontrovers diskutierten, in humanethnischer und menschenrechtlicher Hinsicht teils unver tretbaren Äußerungen zu Eugenik, Rassenhygiene und Euthanasie analysiert.

## **4.2 Methodik**

Um eine historische Phänomenbestimmung vornehmen zu können, ist ein differenzierter Ansatz vonnöten. Das Vorgehen wird durch die historische Diskursanalyse nach Michel Foucault beziehungsweise Siegfried Jäger<sup>17</sup> geleitet.

### **4.2.1 Text- und Diskursanalyse**

Das vorliegende Quellenmaterial soll unter Berücksichtigung der Diskursanalyse nach Michel Foucault hinsichtlich der verwendeten Sprache systematisch untersucht werden. Durch diese dezidierte sprachliche Analyse soll den bestehenden Leerstellen hinsichtlich des „Social Engineering“ innerhalb der Architektur und Gesundheitspolitik des Roten Wien begegnet werden. Dazu sollen sowohl die im Forschungsstand beschriebenen Publikationen zum Roten Wien, als auch die öffentliche publizistische Auseinandersetzung, beispielsweise durch die Arbeiterzeitung oder die Neue Freie Presse, damit auf die darin enthaltenen Diskurse untersucht werden. Diskurse unterliegen bestimmten historischen Bedingungen, welche sich je nach politischem, ökonomischem und gesellschaftlichem Kontext verändern. Dazu müssen die anzuwendenden Analyse kategorien den ihnen zugrundeliegenden Rahmenbedingungen angepasst werden.

---

<sup>16</sup> Mag. *Peter Schwarz*, Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler (1869-1936) und sein Verhältnis zu Eugenik, Rassenhygiene und „Euthanasie“. (Projekt nummer P12-1229). (Projektendbericht von Mag. Peter Schwarz, Dezember 2015, Zukunftsfonds der Republik Österreich).

<sup>17</sup> Siegfried *Jäger*, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (Münster <sup>7</sup>2012).

## 5 GEMEINDESOZIALISMUS

Mit mehr als zwei Millionen Einwohnern zählte Wien um die Jahrhundertwende zu einer der größten Städte der Welt. Die Stadtplanung befand sich in einem Aufsehen erregenden Widerspruch zwischen einem Planungssystem, das längst veraltet und „überholt“ war und modernen Planungsansätzen zu einer Neuregulierung. Im Gegensatz zu anderen europäischen und amerikanischen Metropolen war die infrastrukturelle Stadtentwicklung Wiens, die, basierend auf der industriellen Spätentwicklung der Donaumonarchie erst ab der Gründerzeit einsetzte und sich vor allem auf moderne, leistungsstarke Versorgungssysteme in den Bereichen Energie, Trink- und Abwasser, Stadtbahnen und Straßenbahnen spezialisierte, noch lange nicht abgeschlossen. Mit dem ersten Generalregulierungsplan von 1892/1893 nahm die Wiener Stadtplanung erst ihren Ursprung.<sup>18</sup>

Das preisgekrönte, jedoch mangels vorausblickender Zukunftsvisionen des Monarchen von Kaiser Franz Joseph abgelehnte Projekt Otto Wagners eines „Groß-Wien“ mit 31 Bezirken und einer durchschnittlichen Bevölkerungsanzahl von 100.000 Menschen, stellte dabei das spektakulärste Projekt dar. Die Idee und Planung Wagners zur Umsetzung dieser Megacity umfasste auch das Wiener Umfeld für eventuelle spätere Expansionen und wollte dieses der „unabhängigen“ Stadtpolitik unterwerfen. Die Stadt Wien wurde hierbei nach Einzelteilen und möglichem Nutzen in Industrie-, Wohn- und Geschäftsviertel und in Straßendurchbrüche und Blockverbauung mit öffentlichen Plätzen und Erholungsflächen aufgeteilt.<sup>19</sup>

Otto Wagner, geboren am 13. Juli 1841 in Penzing bei Wien, gestorben am 11. April 1918 in Wien, studierte an der Akademie der bildenden Künste bei August Sicard von Siccardsburg und Eduard van der Nüll. Die Anfangsphase seines architektonischen Schaffens kann durchaus noch dem Historismus zugeschrieben werden. Nach der Berufung Wagners zum Leiter der Meisterklasse für Architektur an der Akademie der bildenden Künste in Wien zeichnete sich eine neue Phase in der Entwicklung seines künstlerischen Schaffens ab. Von 1899 – 1905 Mitglied der Wiener Secession, zählen zu Wagners berühmtesten Bauwerken unter anderem die Wehr- und Schleusanlage in Wien-Nussdorf zur Regulierung des Donaukanals, die Vorortelinie und die Stadtbahn mit ihren Stationsgebäuden, sowie die zwei Mietshäuser an der Linken Wienzeile Nummer 38 und Nummer 40.<sup>20</sup>

---

<sup>18</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 13.

<sup>19</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 13.

<sup>20</sup> Vgl. dazu: Helmut *Weihsmann*, In Wien erbaut. Lexikon der Wiener Architekten des 20. Jahrhunderts (Wien 2005), 415f.

1893 wurde in Wien ein Bauzonenplan erlassen, der das Stadtgebiet in unterschiedliche Bereiche aufteilte. Die Planung von funktionsgerechten Zonen wurde zu einem repressiven Akt, nicht nur den inneren Verhältnissen und historischen Gegebenheiten des Stadtbildes gegenüber, auch das zu okkupierende städtische Umland und der natürliche Freiraum hatten darunter zu leiden, obwohl die Umsetzung der kommunalen Regulierungs- und Stadterweiterungspläne nur zaghaft und ansatzweise durchgeführt wurde.<sup>21</sup>

Unter dem christlichsozialen Bürgermeister Karl Lueger stützen sich die Bauvorhaben zur Stadterweiterung primär auf repräsentative Aufgaben, als Beispiele seien hier der Stadtpark und das Stubenviertel genannt, und exzellente Ingenieursplanungen, wie Ver- und Entsorgungsbetriebe, Stadthygiene oder die Überbrückung des Wienflusses.<sup>22</sup>

Während der 1880er und 1890er-Jahre veränderte sich die politische Landschaft innerhalb der Kronländer Österreich-Ungarns wesentlich. Die Gründe hierfür wurden innerhalb der Forschung auf unterschiedliche Art und Weise gedeutet, allerdings ging die Meinung konform, dass diese Radikalisierung einerseits das Resultat der sich verschärfenden ökonomischen Notlage, andererseits die Folge der wachsenden ethnischen Abgrenzung einzelner Volksgruppen war. Durch die beginnende Industrialisierung wichtiger Schlüsselpositionen in der Arbeitswelt fühlten diese sich gesellschaftlich marginalisiert.<sup>23</sup>

Diese Veränderung passierte nicht plötzlich, sondern in unterschiedlichen Schüben. Charakteristisch dafür war zum einen die Großstadt als Bühne, zum anderen neue Wählerschichten, das Konstrukt „Stadt“ gewann zusehends an Bedeutung. Neue Formen der Kommunikation ermöglichten potentiellen neuen Wählern eine neue Bandbreite an Informationen.<sup>24</sup>

Trotz aller Bestrebungen, Wien zu einer modernen Großstadt umzuformen, war die Stadt von einem wirtschaftlichen Blickwinkel aus gesehen philiströs geblieben. Handwerkliche Betriebe und Gewerbe standen der einsetzenden Modernisierung und Industrialisierung skeptisch bis ablehnend gegenüber. Unter Karl Lueger fanden sie Gehör, ihre Proteste bekamen Richtung und Struktur, ihre Anliegen wurden öffentlich und politisch thematisiert. Die unterschiedlichen materiellen Bedürfnisse, politischen Ansichten und kulturellen Bestrebungen vereinte Lueger in einem antiliberalen, sehr bald darauf auch antisozialistischen, Bürgerblock, der auf Antisemitismus und politischem Klerikalismus fußte.

---

<sup>21</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 13.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> John W. *Boyer*, Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf (Wien/Köln/Weimar 2010), 11.

<sup>24</sup> Ebenda.

Karl Lueger wurde zur „Stimme“ der verschiedenen, als disparat zu bezeichnenden sozialen Schichten des Wiener Kleinbürgertums.<sup>25</sup>

Der vermeintlichen Entfremdung durch die Modernisierung stellte er das seinem Verständnis nach „wahre“, „echte“ Wien der Kleinbürger gegenüber und kreierte damit ein Stadtbild, welches sowohl kleinbürgerliche als auch mittelständische Teile der Wiener Gesellschaft in sich vereinte. Wien sollte zum Prototyp einer vorindustriell-bürgerlichen, ständisch-familiären und christlichen Stadt werden, die auf Autorität, Paternalismus und christlich-katholischen Werten beruhte. Dieses Stadtimago kann als Rückbesinnung auf das Biedermeier und den Vormärz als „goldenes Zeitalter“ des Wienertums verstanden werden.<sup>26</sup>

In diesem „goldenen Zeitalter“ des Wienertums vor der Revolution von 1848 hatte es „familiäre Beziehungen“ gegeben, die nun im staatlichen Umfeld nicht mehr gegeben waren. „Schmutzkonkurrenz“ hätte die „ehrliche Arbeit“ untergraben, so lautete der einheitliche Tenor.<sup>27</sup>

Innerhalb der christlichsozialen Bewegung hatte Karl Lueger mehrere Schlüsselpositionen inne, sodass sein Name bis dato synonym dafür gebräuchlich ist. Lueger war die dominierende und treibende Kraft hinter dieser Partei, verlieh ihr Kontur und führte sie an.<sup>28</sup>

Luegers Politik verkörperte dabei einen Mix aus modernen Stilformen und regressiven Inhalten, auf der einen Seite in Form von Kommunalisierungsprojekten und Errichtung einer mehr oder weniger fordistischen Stadtstruktur, auf der anderen Seite durch die Vision einer Gesellschaft als „Gemeinschaft“.<sup>29</sup>

Als Gegenspieler stand der christlichsozialen Bewegung die sich zu einer Massenbewegung formierende Sozialdemokratie gegenüber, die aufgrund des Kurienwahlrechts jedoch realpolitisch gesehen kaum Chancen auf kommunale Machtausübung hatte. Deshalb beschränkte sie sich vorläufig darauf, die Stadt als Ort einer künftig anderen Politik, Gesellschaft und Kultur auszuwählen. Auf diese Art und Weise entstand die Vision einer Utopie der Gleichheit, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg im „Roten Wien“ realisiert werden sollte.<sup>30</sup>

Das Ziel der Lueger-Politik lag sicher auch in der bewussten Ausgrenzung und Diffamierung der Juden, um die vom Liberalismus hinterlassenen Spannungen innerhalb der Gesellschaft

---

<sup>25</sup> Siehe dazu: Wolfgang *Maderthaner*, Transformationen der Wien-Narrative im 20. Jahrhundert. In: Monika *Sommer* (Hg.), Marcus *Gräser* (Hg.), Ursula *Prutsch* (Hg.), *Imaging Vienna. Innenansichten, Außenansichten, Stadterzählungen* (Wien 2006), 20-33, hier 22f.

<sup>26</sup> Ebenda, bzw. 24f.

<sup>27</sup> Siehe dazu: *Boyer*, Karl Lueger, 66.

<sup>28</sup> *Boyer*, Karl Lueger, 74.

<sup>29</sup> *Maderthaner*, Transformationen der Wien-Narrative im 20. Jahrhundert, 20-33, hier 24f.

<sup>30</sup> Ebenda, bzw. 25.

zur Basis eines, wie der österreichische Zeithistoriker Wolfgang Maderthaner beschreibt, fremdenfeindlichen Populismus zu machen. So wurde der Antisemitismus in Luegers Politik nicht nur zu einem massenmobilisierenden Moment, sondern auch zum fixen Bestandteil einer politischen Kultur, in welcher sich die „alte Elite“ gegen die „Massen“ und die „Intrigierten“ gegen die „Außenseiter“ stellten.<sup>31</sup>

Dem entgegengesetzt stellte die Sozialdemokratie die sozialen Missstände und Unterschiede innerhalb der Gesellschaft in den Fokus ihrer Politik. Ziel war es, diese zu überwinden. In der sozialdemokratischen Politik stellten Arbeiter und intellektuelles Judentum gleichberechtigte Partner dar, die beide als Bürger im Fokus statt als Außenseiter am Rand des sozialdemokratischen politischen Interesses standen. Von Modernisierung und Industrialisierung ausgeschlossene Schichten der Gesellschaften wurden so zu einem Fixpunkt von Identität und politischer Machtausübung.<sup>32</sup>

Karl Lueger, geboren am 24. Oktober 1844 in Wien, verstorben am 10. März 1910 ebenda, besuchte ab 1855 mittels Stipendiums als Externist das Theresianum, an welchem er 1862 maturierte. Nach einem Jusstudium an der Universität Wien widmete sich Lueger gänzlich seiner Ausbildung zum Advokaten, dennoch zeigte sich bereits früh ein enormes Interesse an Politik. Karl Lueger trat 1872 dem „Landstraßer Bürgerklub“ bei und wurde 1875 als liberaler Kandidat in den Gemeinderat gewählt, nach Unstimmigkeiten mit dem amtierenden Bürgermeister Cajetan Felder schied Lueger jedoch 1876 aus dem Gemeinderat aus. 1878 wieder gewählt, bedrängte Lueger Felder im selben Jahr in einer Verfahrensfrage derart, dass Felder am 5. Juli 1878 sein Amt als Bürgermeister niederlegte. Innerhalb der österreichischen Geschichte gilt die Person Luegers nach wie vor als ambivalent. Als sich Karl Lueger dazu entschloss, mit einer ökonomisch-antisemitischen Einstellung die Stimmen der Wiener Bourgeoisie für sich zu gewinnen, wurden seine Argumentationen zunehmend demagogischer. Ab 1883 stellte er seine Politik völlig unter das von ihm geprägte Schlagwort einer „österreichisch-christlichen Volkspartei“. Nach einem Zusammentreffen mit katholischen Publizist, Politiker und Sozialreformer Karl von Vogelsang, wurde der ursprünglich politisch eher als demokratisch und linksliberal zu verortende Lueger zum Anführer der von Vogelsang ideologisch vorbereiteten „Vereinigten Christen“. Während des Anarchistenprozesses 1883 vertrat Lueger als Rechtsanwalt erfolgreich zwei Arbeiter, lange Zeit hatte es auch den Anschein, als wäre Lueger gewillt, mit Viktor Adler zu kooperieren. 1885 erreichte Karl Lueger jedoch eine Wahlreform, welche kleinbürgerlichen Schichten

---

<sup>31</sup> Ebenda.

<sup>32</sup> Ebenda, bzw. 26.

einen Zugang zum politischen Leben ermöglichte. Damals war das Wahlrecht noch nach Zensus gestaffelt, Lueger erwirkte eine Herabsetzung der direkten Steuerzahlung auf fünf Gulden jährlich als Vorbedingung für das Wahlrecht. 1887 von Karl von Vogelsang mit der Leitung des „christlichsozialen Vereins“ betraut, benannte Lueger diese 1893 in „christlichsoziale Partei“ um. Die christlichsoziale Partei erreichte am 26. September 1895 mit 92 zu 46 liberalen Mandaten eine klare Mehrheit im Gemeinderat, womit die seit 1861 vorherrschende liberale Dominanz beendet war. Während seiner Amtsperiode als Wiener Bürgermeister, Lueger hatte erst am 16. April 1897, nachdem er bereits vier Mal vom Gemeinderat zum Bürgermeister gewählt worden war, die kaiserliche Bestätigung erhalten, forcierte Karl Lueger eine äußerst erfolgreiche Umwandlung Wiens hin zu einer modernen Großstadt.<sup>33</sup>

Das Ziel der zumeist eigennützig oder humanistisch motivierten Eingriffe in den Wohnungsmarkt lag, so der Architekturhistoriker Helmut Weihsmann, in der sozialen Beruhigung und Bewahrung der Macht. Weihsmann folgend hatten sowohl das sozialdemokratische Wohnbauprogramm des Roten Wien als auch dessen urbane Weiterentwicklung in der „liberalen“ Ära unter Doktor Karl Lueger ihre Vorläufer, wenngleich ihr Ziel in der Umformung der ehemaligen Residenz- und Kaiserstadt Wien zu einem „Neuen Wien“ nach sozialistischen Grundsätzen lag. Der Untergang der Habsburgermonarchie und die Transformation hin zu dem Reststaat „Deutsch-Österreich“ bedeuteten das Ende für die Expansionspläne Wiens, da sich die rote Stadtverwaltung für eine kollektive Form der städtischen Atmosphäre und somit gegen eine liberale, funktionalistische Vorherbestimmung des Wohnungsmarktes entschied.<sup>34</sup>

Obwohl der christlichsoziale Bürgermeister und deutschnationale Populist Lueger heute wegen seines heftigen Antisemitismus eine äußerst umstrittene Persönlichkeit in der österreichischen Geschichte darstellt, vollzog Wien während seiner Amtsperiode und der aus heutigem Standpunkt teilweise diktatorischen Maßnahmen der konservativ-liberalen Gemeindeverwaltung eine Umwandlung zu einer modernen Großstadt.<sup>35</sup>

Doch bis zur Realisierung dieses sogenannten, in Österreich primär durch den SPÖ-Politiker Hans Riemer geprägten Begriff, „Gemeindesozialismus“, sah sich Lueger mit der Bewältigung und Beseitigung dreier Problemzonen konfrontiert: Der Beseitigung des bisherigen Monopols ausländischer Gesellschaften in der Versorgung der Stadt mit Gas, die

---

<sup>33</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, *Historisches Lexikon Wien* in 5 Bänden (Bd. 4, Le – Ro, Wien 1995), 110f., bzw. John W. Boyer, *Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf* (Wien/Köln/Weimar 2010), 73-123, hier 74f.

<sup>34</sup> Weihsmann, *Das Rote Wien*, 13.

<sup>35</sup> Ebenda.



Dezimierung privatkapitalistischer Träger des nicht gerade von Fortschritt gekennzeichneten Verkehrswesens und die Schaffung organisatorischer Voraussetzungen, die eine Lösung dieser Problematiken ermöglichten.<sup>36</sup>

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass sich städtische Schlüsselstrukturen wie Versorgung und Verkehr als durchaus problematisch gestalteten. Die Wasserversorgung erfolgte durch Hausbrunnen. Die längst veralteten Albertinischen und Kaiser-Ferdinand-Wasserleitungen entsprachen den Anforderungen einer wachsenden Stadt nicht. Die 1873 fertiggestellte Erste Wiener Hochquellenwasserleitung unterschritt leistungsmäßig alle Erwartungen. Ab 1865 fuhr die erste Pferdetramway, im Wiener Volksmund als „Glöckerlbahn“ titulierte, von der Votivkirche Richtung Dornbach. Sie war ebenso bekannt wie berüchtigt: Die Tramwaykutscher hatten bei jedem Wetter unter nahezu unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu leiden, Dienstzeiten mit bis zu 16 Stunden-Tagen waren die Regel.<sup>37</sup>

Die Fahrgäste waren unzufrieden, die Wagen waren veraltet, unpünktlich und die Fahrpreise überteuert. Von dem sozialdemokratischen Journalist Victor Adler publizistisch unterstützt, streikte das Personal im April 1889. Ihr Streik blieb nicht ohne Erfolg. Die Dienstzeiten reduzierten sich auf ein normales Maß. Wenig später entstand ein Konkurrenzbetrieb mit dem Namen „Neue Wiener Tramwaygesellschaft“, welche sich vor allem den Strecken am und rund um den Gürtel widmete.<sup>38</sup>

Die Gasversorgung oblag der Imperial Continental Gas Association, welche durch Ankäufe der Konkurrenz ihre Monopolstellung behaupten konnte. Aber auch die Gasversorgung verlief ähnlich wie die Verkehrsanbindung: Unzuverlässig und zu hohe Preise. Als der Vertrag 1889 auslief, wurde er nicht verlängert. Zunächst erhielt die Stadt Wien zwar keinen Kredit für den Ausbau eines eigenen Versorgungssystems, allerdings unterbreitete die Deutsche Bank ein Finanzierungsangebot, welches mit der Elektrifizierung der Pferdetramway durch die Firma Siemens und Halske verknüpft war. Innerhalb von drei Jahren entstanden auf diese Weise das Gaswerk Simmering und ein 700km langes Rohrleitungssystem.<sup>39</sup>

Die Privatisierung und Elektrifizierung der Straßenbahn verlief verhältnismäßig rasch, 1903 wurde die letzte „Glöckerlbahn“ in einem feierlichen Akt verabschiedet. Für den Ausbau des Verkehrsnetzes konnte Lueger den Ingenieur Ludwig Spängler für sich gewinnen, der sein

---

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Harald A. Jahn, *Das Wunder des Roten Wien. Zwischen Wirtschaftskrise und Art Déco* (Bd. 1, Wien 2014), 8.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Ebenda.

Amt ungeachtet aller politischen Umwälzungen bis 1930 bekleiden konnte und das Verkehrsnetz zu einem der größten der Welt ausbaute.<sup>40</sup>

Das größte Problem stellte allerdings die Situation der Arbeiter dar. Die Zuwanderungen aus der Provinz waren enorm und überschwemmten die ohnedies schon heillos überbevölkerten Arbeiterviertel. Das System der Untermieter und „Bettgeher“ entstand. In den lichtarmen, viel zu kleinen und teilweise massiv überbelegten und unhygienischen Wohnungen schliefen die Mieter in Schichten, nicht selten teilten sie ihren Schlafplatz.<sup>41</sup>

Von einer Wohnungspolitik kann zu dieser Zeit, wenn überhaupt, nur in einer passiven Form gesprochen werden. Die 1913 gegründete Magistratsabteilung für städtische Wohnfürsorge war lediglich mit einem Vorstand und einem Beamten besetzt und widmete sich vorrangig der Vermittlung von Ferienwohnungen, obwohl die Einnahmen der Stadt damals zu zwei Dritteln aus Steuern auf Mieten bestanden.<sup>42</sup>

Harald A. Jahn folgend blieb der Antisemitismus in den Wahlreden des Doktor Karl Luegers theoretisch, denn die Modernisierung der veralteten Strukturen wurde sofort mit großer Vehemenz in Angriff genommen. Die Kontrolle der Preise sollte dabei die Gemeinde innehaben.<sup>43</sup>

In einer Zeit, in welcher fast ausschließlich das Privatkapital federführend war, war der Aufbau eines neuen Gaswerks in Simmering trotz eines Finanzboykotts der in- und ausländischen Banken, die Verlegung neuer Rohrleitungen und die Elektrifizierung der Straßenbahn durch die städtische Verwaltung grundlegende Neuerungen, mit denen sich das Wien unter dem christlichsozialen Bürgermeister Lueger wesentlich von anderen europäischen Großstädten abhob.<sup>44</sup>

Jedoch darf nicht übersehen werden, dass Luegers Hauptaugenmerk im Zuge dieser Wandlung der Wiener Bevölkerung hin zu einer Industriegesellschaft, wie sie sich durch die rasante Bevölkerungsentwicklung Wiens während der ersten Gründerzeit herausbildete, hauptsächlich auf den kleinbürgerlichen Mittelstand gerichtet war. Bereits 1875, damals noch als Mitglied des Gemeinderates, hatte Lueger ein vorausschauendes Programm für die Entwicklung der Stadt Wien innerhalb der nächsten Jahrzehnte entworfen. Dazu gehörten unter anderem die Beseitigung des Linienwalls und des Glacis zum Bau des Stubenrings sowie die Eingemeindung der Vororte. Diese städtebaulichen Maßnahmen ermöglichten zwar

---

<sup>40</sup> Ebenda, bzw. 9.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Ebenda, bzw. 14.

die Entwicklung Wiens zu einer Weltgroßstadt, brachten aber auch neue soziale Probleme mit sich, die neuer Lösungsansätze bedurften.<sup>45</sup>

Die daraus resultierenden Sozial- und Wirtschaftsreformen trugen lediglich den Ansprüchen der kleinbetrieblichen Wirtschaftsstruktur Rechnung, für die breite Masse der Wiener Bevölkerung waren sie immer noch unzulänglich. Für den Adel und das bürgerliche Großbürgertum stellten sie bereits ein „gefährliches wirtschaftliches Experiment“<sup>46</sup> dar, welches bekämpft werden musste, obwohl die Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe keineswegs eine „antikapitalistische“ Maßnahme darstellte und sich längerfristig gesehen international in allen Großstädten durchsetzte. Dennoch stellte der Bau neuer Personalwohnungen für Bedienstete der Gemeinde Wien kein allgemeines kommunales Wohnbauprogramm dar.<sup>47</sup>

Luegers sozio-politische Basis beschrieben Rudolf und Hans Hautmann wie folgt<sup>48</sup>:

*„Die Christliche Partei, deren unumstrittener ‚Führer‘ Karl Lueger war, hatte von Anfang an im Wiener städtischen Kleinbürgertum eine Massenbasis, die den Kampf ihres Idols gegen die in- und ausländischen monopolartigen Kapitalgesellschaften bedingungslos unterstützte. Die entscheidende Abkehr von den Prinzipien der liberalen Wirtschaftspolitik und die starke Betonung der Vorrechte des Gemeinwesens gegenüber dem Privatkapital waren jene Grundzüge, die in die sozialdemokratische Ära hinüberwirkten und vom Roten Wien konsequent weiterverfolgt wurden.“<sup>49</sup>*

Da die urbanistische Stadtentwicklung einerseits mit einer noch stärkeren Verkommunalisierung der Versorgungsbetriebe fortsetzte und die Sozialdemokraten andererseits an einigen Aspekten der Sozialpolitik, als Beispiele seien Gesundheits- und Altersfürsorge, Mutterberatung und Kindererziehung genannt, anknüpften, ist davon auszugehen, dass die christlichsoziale Kommunalpolitik durchaus eine Vorbildwirkung für jene des Roten Wien hatte.<sup>50</sup>

Das gemütliche „Alt-Wien“<sup>51</sup> musste den Anforderungen einer modernen Großstadt gerecht werden. Da sich die ehemalige Kaiserstadt neben der zweiten Donaumetropole Budapest zur führenden Industriestadt entfaltete, zog dies zwangsläufig bedeutende städtebauliche Eingriffe und Umänderungen mit sich. Das Anwachsen der Wiener Bevölkerung wurde auf vier

---

<sup>45</sup> Ebenda.

<sup>46</sup> Weihsmann zitiert hier nach Kurt Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur. In: Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934 (Wien 1980), 21. Vgl. dazu: Weihsmann, Das Rote Wien, 14.

<sup>47</sup> Weihsmann, Das Rote Wien, 14.

<sup>48</sup> Ebenda.

<sup>49</sup> Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934 (Wien 1980), 21.

<sup>50</sup> Weihsmann, Rotes Wien, 14.

<sup>51</sup> Zu „Alt-Wien“ siehe: Wolfgang Kos (Hg.), Christian Rapp (Hg.), Alt-Wien. Die Stadt, die niemals war (Ausstellungskatalog zur 316. Sonderausstellung des Wienmuseums, Wienmuseum im Künstlerhaus, 25. November 2004 – 28. März 2005).

Millionen Einwohner prognostiziert. Dementsprechend musste sich die Stadtplanung nicht nur quantitativen und demographischen Aufgaben widmen, sie musste auch repräsentative, großzügige und großstädtische Zwecke erfüllen. „Alt-Wien“ symbolisierte und charakterisierte auf nostalgische, romantisch-verklärte Art das in Wien vorherrschende Lebensgefühl vor der Wandlung Wiens zu einer modernen Großstadt, das „gemütliche“ Wien von der Revolution 1848.<sup>52</sup>

Der ideale Baumeister, um die Wünsche des christlichsozialen Bürgermeisters Lueger umzusetzen, wäre Otto Wagner gewesen, allerdings war dieser nicht nur dem Thronfolger Franz Ferdinand, sondern auch dem Geldadel und dem konservativen Großbürgertum mit seinen funktionalistisch-techno-avantgardistischen Ideen zu radikal. Mit Ausnahme der Wiener Stadtbahn, der Vorortelinie und der Regulierung des Donaukanals führte Otto Wagner keine anderen Großprojekte für die Stadtverwaltung aus.<sup>53</sup>

Die architektonische Gestaltung des Lueger-Wien oblag mit Oberbaurat und Hofburgbauleiter Friedrich Ohmann, Carl von Hasenauer, Karl Mayreder sowie den Professoren Max von Ferstel oder Maximilian Hegele, um nur einige zu nennen, trotzdem anderen. Otto Wagner, der diesem „seelisch leeren und geistlosen Historismus“<sup>54</sup>, wie er es nannte, kritisch und rebellisch gegenüberstand, war lediglich zwei Mal am Bau von Klinik- und Krankenhausanlagen, Steinhof und die Lupos-Heilstätte im Wilheminspital, die zu den modernsten ihrer Art in Europa gehörten, beteiligt. Seine Schüler und Mitglieder der Wiener Sezession erhielten, wenn überhaupt, nur wenige kommunale Aufträge wie Markthallen, Milchtrinkhallen oder öffentliche Bedürfnisanstalten.<sup>55</sup>

Friedrich Ohmann, gebürtig den 21. Dezember 1858 in Lemberg in Galizien, verstorben am 6. April 1927 in Wien, studierten an der Akademie der bildenden Künste in der Meisterklasse von Friedrich von Schmidt, welche er 1885 mit Auszeichnung abschloss. Einen Namen innerhalb der akademischen Kreise machte er sich primär durch die äußerst detailgetreuen Aufnahmen der historischen Gebäude Wiens und Prags. 1899 wurde Ohmann von Thronfolger Franz Ferdinand persönlich mit dem Bau des neuen Traktes der Hofburg betraut, 1904 wurde er zum Professor an der Akademie der bildenden Künste berufen.<sup>56</sup>

Der Architekt und Oberbaurat Carl von Hasenauer, 20. Juli 1833 in Wien – 4. Jänner 1894 ebenda, besuchte von 1849 – 1854 die Wiener Akademie der bildenden Künste und studierte unter anderem bei van der Nüll und Siccardsburg. 1854 erhielt Hasenauer den Akademiepreis

---

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 14.

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Ebenda.

<sup>56</sup> Vgl. dazu: *Weihsmann*, In Wien erbaut, 278.

für Architektur. Neben zahlreichen Bauten für die 1867 in Paris stattfindende Weltausstellung, wurde er von 1871 – 1873 mit der Position des „Chefarchitekts der Weltausstellung“ für jene in Wien 1873 betraut. Von Carl von Hasenauer stammen unter anderem die von 1872 – 1881 gemeinsam mit Gottfried von Semper entstandenen Hofmuseen<sup>57</sup>, von 1874 – 1888 das Burgtheater und 1882 die Hermesvilla im Lainzer Tiergarten.<sup>58</sup>

Der am 13. Juni 1856 in Mauer im heutigen 23. Wiener Gemeindebezirk geborene und am 9. September 1935 in Wien verstorbene Karl Mayreder, wurde 1877 Assistent von Heinrich von Ferstel, welcher ihn primär bei dem Neubau der Wiener Universität beschäftigte. Bis zu seinem Tod war Mayreder von 1855 an ständiges Mitglied des Wiener Künstlerhauses, ab 1888 Mitglied des Österreichischen Ingenieurs- und Architektenvereins in Wien. Gemeinsam mit seinen Brüdern Julius und Rudolf legte Mayreder 1874 im Rahmen der Generalregulierungspläne Wiens einen Vorschlag zur Beseitigung des städtebaulichen Chaos am Karlsplatz vor.<sup>59</sup>

Der am 8. Mai 1859 in Wien und am 28. März 1936 ebenda verstorbene Sohn des Architekten Heinrich von Ferstel, Max von Ferstel, habilitierte 1892 an der Technischen Hochschule<sup>60</sup> in Wien, zu deren Professor er 1907 ernannt wurde. 1909 erfolgte die Ernennung von Ferstels zum Dekan, in den Jahren 1921 und 1922 war er Rektor seiner ehemaligen Alma mater.<sup>61</sup>

Maximilian Hegele, geboren am 25. Mai 1873 in Wien, verstorben am 12. März 1945 ebenda, studierte unter anderem bei Carl von Hasenauer an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Im Gegensatz zur eher als avantgardistisch zu bezeichnenden Wiener Moderne, gehörte Hegele dem konservativen Lager an. Als Generalplaner zeichnete Maximilian Hegele 1910/1911 für den Bau der neobarocken Gedächtniskirche im Hauptbereich des Wiener Zentralfriedhofs sowie für die gesamte Gestaltung der Eingangsanlage des zweiten Tores desselben verantwortlich.<sup>62</sup>

So kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die Reform-, Wohn-, und Kommunalpolitik der Gemeinde Wien während der sozialdemokratischen Herrschaft kein völliges Novum, sondern im Wesentlichen einen Rückgriff auf das bereits bestehende Vorbild

---

<sup>57</sup> Heute als Kunst- und Naturhistorisches Museum bekannt.

<sup>58</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 3, Ha – La, Wien 1994), 69.

<sup>59</sup> Vgl. dazu: *Weihsmann*, In Wien erbaut, 251f.

<sup>60</sup> 1975 umbenannt und seitdem unter dem heutigen Namen „Technische Universität Wien“ bekannt.

<sup>61</sup> Vgl. dazu: *Weihsmann*, In Wien erbaut, 95.

<sup>62</sup> Vgl. dazu: *Weihsmann*, In Wien erbaut, 139.

darstellte. Schwachpunkte wurden verbessert, die christlichsozialen Ideen fanden im Roten Wien ihre qualitative Weiterentwicklung.<sup>63</sup>

---

<sup>63</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 14f.

## 6 HISTORISCHE AUSGANGSSITUATION FÜR DAS ROTE WIEN

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und daraus resultierendem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie, marginalisierte Wien aus seiner Monopolstellung als Reichshaupt- und Residenzstadt eines Vielvölkerstaates in die geographisch-geopolitische Randlage eines geschrumpften Zwergstaates. Nur wenige Politiker attestierten diesem „Überbleibsel“ des einstigen Habsburgerreiches Überlebenschancen. Von der einst 56 Millionen Menschen umfassenden und sich nahezu über das gesamte osteuropäische Gebiet erstreckenden Donaumonarchie blieb „nur“ das heutige Österreich mit zirka 6,5 Millionen Einwohnern zurück, von welchen gut ein Viertel in der ehemaligen Reichshaupt- und Residenzstadt Wien lebten.<sup>64</sup>

Spöttisch wurde Wien als „Wasserkopf“ titulierte, den die junge Republik Österreich wohl kaum ernähren könnte. Diese Bezeichnung verdeutlichte die verhältnismäßig hohe Bevölkerungsdichte in der Bundeshauptstadt verglichen mit den Bundesländern. Der Wegfall billiger Rohstoffe aus den ehemaligen Kronländern führte einerseits zu enormen wirtschaftlichen Engpässen, andererseits bauten die Nachfolgestaaten der ehemaligen Kronländer eigene autonome Industrien auf und waren nicht länger auf die Versorgung mit Gütern, welche sie früher aus Wien bezogen hatten, angewiesen. Darüber hinaus schoben die Nachfolgestaaten alle deutschsprachigen Staatsbeamten, Eisenbahner und Militärangehörige auf österreichisches Gebiet, primär jedoch nach Wien ab, wodurch es in Wien zu einer akuten Wohnungsnot kam, die allerdings bereits auch vor dem Ersten Weltkrieg herrschte und sich nach dessen Ende zusätzlich verschärfte.<sup>65</sup>

Obwohl sich die Wohnungslage drastisch verschlechterte, blieb die Bevölkerungszahl Wiens während der Jahre 1914 – 1918 konstant. Leichte Zuwanderungsgewinne durch Kriegsflüchtlinge und Kriegsheimkehrer wurden durch einen Rückgang der Geburtenrate und Kriegsoffer ausgeglichen. Trotz Geburtendefizit, Kriegsverlusten und Abwanderung der jüngeren Produktivkräfte, die die Bevölkerung merklich dezimierten, bestand weiterhin ein enormer Bedarf an Wohnraum. Zum einen, weil die Zahl der älteren Menschen, die weiterhin in ihren Wohnungen lebte, anstieg, zum anderen kam es zu einem nahezu sprunghaften Anstieg der Eheschließungen. Darüber hinaus gründeten die Zuwanderer ihre eigenen Haushalte.<sup>66</sup>

---

<sup>64</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 18.

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> *Gruber*, Red Vienna, 45.

## 7 „GEBURTSSTUNDE“ DES ROTEN WIEN

Der Sturz der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn am 3. November 1918 ermöglichte die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Frauen und Männer, die das 21. Lebensjahr überschritten hatten. Da es sich bei dem neuen Wahlrecht um ein Verhältniswahlrecht handelte, kamen auch die Minderheiten zu einer entscheidenden Vertretung im Gemeinderat. Wien war zwar eine Hochburg der Sozialdemokraten, allerdings wurde deren Haltung von den Kommunisten als „gemäßigt“ und „opportunistisch“ verurteilt.<sup>67</sup>

Zwar wirkte der beschwichtigende, evolutionäre und sozialreformerische Kurs, welchen die Wiener Sozialdemokraten seit dem „Hainfelder Programm“<sup>68</sup> 1890 eingeschlagen hatten, auf die Arbeiterschaft beruhigend, er beinhaltete jedoch auch die Koexistenz mit den bürgerlich-konservativen Parteien.<sup>69</sup>

Die erste Wahl zum Wiener Gemeinderat fand am 4. Mai 1919 statt. Bei geringer Wahlbeteiligung von knapp 60,7% erlangte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine überwältigende Mehrheit von 54,1% gegenüber der Christlichsozialen Partei mit 27,4%. Die restlichen Stimmen verteilten sich auf Deutschnationale aller Gruppierungen mit 5%, tschechische Sozialisten mit 8,2%, Jüdisch-Nationale mit 1,92% und einige liberal-demokratische Gruppen, die jeweils ein Mandat erhielten. Der Wahlsieg der Sozialdemokraten brachte ihnen nicht nur die notwendige Stärke, um ihr kommunalpolitisches Programm wirkungsvoll umsetzen zu können, es bedeutete auch eine Vorherrschaft, die sie bis zum austrofaschistischen Putsch innehaben sollte.<sup>70</sup>

Große Hoffnungen wurden in den Beginn dieser neuen Ära gesetzt, denn die Bevölkerung rechnete mit ähnlich revolutionären Entwicklungen wie jenen in der Sowjetunion oder solchen wie der Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Ihre Erwartungen sollten sich nur bedingt erfüllen, denn die Sozialdemokraten waren weder revolutionär noch antikapitalistisch eingestellt. Die Reformpolitik der Sozialdemokratie bewegte sich, zumindest anfänglich, in gesamtstaatlichem Rahmen.<sup>71</sup>

Nach den ersten Gemeinderatswahlen am 4. Mai 1919 wurde am 22. Mai der aus der Arbeiterschaft entstammende Jakob Reumann zum ersten sozialdemokratischen Bürgermeister einer europäischen Millionenstadt bestellt. Nach dessen Tod 1925 wurde der

---

<sup>67</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 23.

<sup>68</sup> Gründungsprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAP), aus welcher später die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) hervorging.

<sup>69</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 23.

<sup>70</sup> Ebenda.

<sup>71</sup> Ebenda.



Austromarxist Karl Seitz Reumanns Nachfolger. Seitz stellte ein sehr ausgewähltes und gegenüber der Parteispitze, welche aus Otto Bauer, Karl Renner, Viktor Adler und Julius Deutsch bestand, auch sehr engagiertes Team aus beliebten Volksvertretern zusammen. Als Vizebürgermeister fungierten Georg Emmerling, beziehungsweise Paul Speiser, Finanzrat wurde Hugo Breitner, Robert Danneberg war zunächst Präsident des Landtages und nach Breitners Demission im Jahr 1932 Stadtrat für Finanzen, Julius Tandler übernahm das Amt des Stadtrats für Wohlfahrt- und Gesundheitswesen, Anton Weber wurde Stadtrat für Sozialpolitik und Wohnungswesen, der gelernte Maurer Franz Siegel Stadtbaurat, mit weiteren Ämtern wurden Ferdinand Hanusch als Direktor der Arbeiterkammer, Adelheid Popp mit dem Familien- und Mutterberatungsamt sowie Otto Glöckel als Stadtschulrat betraut.<sup>72</sup>

Jakob Reumann, geboren am 31. Dezember 1853 in Wien, verstorben am 29. Juli 1935 in Klagenfurt, wuchs als Sohn einer aus Mödling stammenden Handwerkerin in ärmlichen Verhältnissen auf. Im Zuge einer Lehre zum Drechsler gründete er die erste Gewerkschaft seines Berufes und vertrat auf Fachtagungen in Referaten und Diskussionen die Ansicht, dass sich die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur auf die gelernten Arbeiter beschränken dürfen. Von den Wiener Unternehmern aufgrund dessen auf die „schwarze Liste“ gesetzt, wanderte Reumann nach München aus. Allerdings war der renommierte Politiker Viktor Adler auf ihn aufmerksam geworden, durch dessen Intervention Reumann nach Wien zurückkehrte. Nach dem Hainfelder Parteitag wurde Jakob Reumann zum ersten Sekretär der SDAP bestellt, auf dem ersten Wiener Parteitag 1890 führte er den Vorsitz. Reumann forderte mit aller Vehemenz den Bau von billigen, gesunden Wohnungen und konzentrierte sich nach seiner Wahl in den Reichsrat im Jahre 1907 auf den Arbeiterschutz, die Lebensmittelversorgung und die Verbesserung der Kranken- und Unfallversicherung. In seine Amtszeit als Wiener Bürgermeister fielen die Trennung von Wien und Niederösterreich in zwei autonome Bundesländer, die Einführung der Wohnbausteuer und das erste städtische Wohnbauprogramm.<sup>73</sup>

Der Politiker, Lehrer und von 1923 bis 1934 Wiener Bürgermeister Karl Seitz wurde am 4. September 1869 in Wien geboren und verstarb am 3. Februar 1950 ebenda. Da sein Vater bereits 1875 verstarb und die Mutter nicht für den Unterhalt des Kindes aufkommen konnte, wurde Seitz in das Waisenhaus in der Gallileigasse im 9. Wiener Gemeindebezirk überstellt. Seinem „Waisenvater“ und Förderer, dem Gemeinderat Wilhelm Baecher, ist es zu

---

<sup>72</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 24.

<sup>73</sup> Vgl. dazu: Felix *Czeike*, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 4, Le – Ro, Wien 1995), 665f.

verdanken, dass Seitz einen Freiplatz im Lehrerseminar St. Pölten erhielt. Ab 1888 in den Wiener Außenbezirken als Volksschullehrer tätig, versuchte Karl Seitz 1889, eine sozialdemokratische Lehrerorganisation zu gründen. Durch seine Initiative wurde am 18. Juni 1896 der „Zentralverband der Wiener Lehrer“ gegründet. Am 15. Jänner 1901 wurde Seitz in den Reichsrat und 1902 als erster Sozialdemokrat in den niederösterreichischen Landtag gewählt. 1918 wurde Seitz zum Obmann der Sozialdemokratischen Partei, im November desselben Jahres zum Staatsoberhaupt gewählt, ein Amt, welches er 1920 niederlegte. Am 13. November 1923 folgte er Jakob Reumann als Wiener Bürgermeister nach. Während seiner Amtsperiode entstanden größere Wohnhausanlagen, das Fürsorge- und Gesundheitswesen wurde ausgebaut und das Schulwesen reformiert. 1925 wurde auf Seitz Betreiben hin die Stadtbahn elektrifiziert und auch die Finanzpolitik konsolidiert. Das nationalsozialistische Regime verfügte nach dem 20.7.1944 über seine Verhaftung und seine Einlieferung in das KZ Ravensbrück, aus welchem Seitz später in die Privathaft entlassen und aus dieser im April 1945 befreit wurde. Im Dezember 1945 übernahm Karl Seitz wieder den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei, seit November 1945 war er auch Mitglied des Nationalrates. In dieser Tätigkeit appellierte er am 21.3.1946 in einer Parlamentsrede an die Besatzungsmächte, die Demokratie in Österreich zu gewährleisten und Österreich seine Freiheit wiederzugeben.<sup>74</sup> Der am 5. September 1881 in Wien geborene und am 4. Juli 1938 in Paris verstorbene Otto Bauer, Sohn eines Textilindustriellen, studierte an der Universität Wien Jus. Bauer, der sich frühzeitig den Sozialdemokraten anschloss, ging als einer deren führenden Theoretiker in die Parteigeschichte ein. So war er unter anderem an einem Konzept zur Lösung der nationalen Frage beteiligt und wurde am 11. 10. 1918 von Viktor Adler zu dessen Präsidialchef bestellt. Bis zum 14. September 1919 blieb Otto Bauer als Staatssekretär für Sozialisierung Mitglied der Regierung. Nach der Verhaftung Friedrich Adlers zum Führer der Linken avanciert, konnte Bauer rasch eine zentrale Position innerhalb der SDAP für sich behaupten, galt er doch als deren politischer Stratege und Wortführer im Parlament. Bis zum heutigen Tag gilt Otto Bauer als der bedeutendste Führer der Sozialdemokratie der Ersten Republik und wesentlicher Verfechter des Austromarxismus. Während der Jahre des Austrofascismus geriet Bauer zunehmend ob seiner zögerlichen Haltung in Beschuss, da er sich nach der Ausschaltung des Parlaments 1933 und der Errichtung einer Kanzlerdiktatur unter Engelbert Dollfuß 1934 weigerte, zum Generalstreik aufzurufen. Selbst, als der Republikanische Schutzbund verboten wurde, zögerte er noch. Auf Anraten seiner Freunde

---

<sup>74</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 5, Ru – Z, Wien 1997), 200f., bzw. Harald D. Gröller, Karl Seitz 1869-1950. Ein Leben an Bruchlinien (Wien 2005).

hin flüchtete Bauer nach den Februaraufständen 1934 nach Brünn, da man ihn aufgrund seiner zögerlichen Haltung dafür verantwortlich machte.<sup>75</sup>

Karl Renner, geboren am 14. Dezember 1870 in Untertannowitz, Mähren, verstorben am 31. Dezember 1950 in Wien, studierte Jus an der Universität Wien und schloss sich nach ersten Kontakten mit den Führern der österreichischen Sozialdemokraten bei der Mai-Feier 1893 ebendiesen an. 1895 wurde er wissenschaftliche Hilfskraft an der Parlamentsbibliothek, wodurch er mit dem politischen Leben in Kontakt kam. In den Folgejahren verfasste Renner bedeutende politische Schriften, darunter „Staat und Nation“ 1899 oder „Staat und Parlament“ 1901, allerdings veröffentlichte Renner diese unter einem Pseudonym, da es ihm als Staatsangestellten ohne Genehmigung seiner Vorgesetzten nicht erlaubt war, publizierend tätig zu sein. Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1907 zog er in den Reichsrat ein, welchem er bis 1918 angehörte. 1918 zum Staatskanzler gewählt, leitete Renner 1919 die österreichische Delegation bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain und blieb, obwohl die Sozialdemokraten die Regierung im Oktober 1920 verließen, bis 1923 Nationalratspräsident. Nach den ersten Nationalratswahlen nach Kriegsende am 25. November 1945 wurde Renner vom Nationalrat zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt.<sup>76</sup>

Viktor Adler, Politiker und Sohn eines wohlhabenden Prager Kaufmanns, wurde am 24. Juni 1852 in Prag geboren. Er besuchte das Wiener Schottengymnasium, ab 1872 studierte er an der Universität Wien Medizin. Adler trat der Burschenschaft „Arminia“ bei und war zunächst von deutschnationaler Gesinnung. So arbeitete er eng mit Georg Ritter von Schönerer zusammen und war auch einer der Autoren des großdeutschen „Linzer Parteiprogramms“, als ihm allerdings Schönerers ideologische Tendenzen bewusst wurden, wandte er sich von den Großdeutschen ab. 1869 wurde Adler Mitglied des Arbeiterbildungsvereins und näherte sich zu Beginn der 1880er-Jahre der Sozialdemokratischen Partei an. 1886 gründete Viktor Adler in Wien die sozialdemokratische Wochenschrift „Gleichheit“, aus welcher sich nach deren Einstellung 1889 die „Arbeiterzeitung“ entwickelte. Auf dem Hainfelder Parteitag von 30. Dezember 1888 bis 1. Jänner 1889 gelang es Adler, die in gemäßigte und radikale zersplitterte sozialdemokratische Arbeiterschaft zu einen, die von ihm redigierte Prinzipienerklärung sollte noch Jahrzehnte später die Basis für die politische Arbeit der österreichischen Sozialdemokratie bilden. Ab dem 1. Jänner 1895 erschien die „Arbeiterzeitung“ als tägliches

---

<sup>75</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 1, A – Da, Wien 1992), 275f., bzw. Walter Baier, Lisbeth N. Trallori, Derek Weber (Hg.), Otto Bauer und der Austromarxismus. „Integraler Sozialismus“ und die heutige Linke (Berlin 2008).

<sup>76</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 4, Le – Ro, Wien 1995), 659f., bzw. Richard Saage, Der Erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biografie (Wien 2016).

Format, mit Friedrich Austerlitz konnte ein Chefredakteur gefunden werden, dessen Format seinesgleichen suchte. Als 1900 die ersten Sozialdemokraten in den Wiener Gemeinderat und 1901 in den Reichsrat einzogen, wurde Viktor Adler 1901 in den niederösterreichischen Landtag, jedoch erst 1905 in den Reichsrat gewählt. Da er der einzige Sozialdemokrat im Wahlrechtsausschuss des Reichsrats war, konnte Adler sich hier für ein allgemeines Wahlrecht einsetzen. Adlers letzte Rede im Reichsrat am 3. Oktober 1918 stellte eine klare Absage an die Habsburgermonarchie dar und ein Bekenntnis an die Autonomiebestrebungen der einzelnen Nationen derselben. Als sich die deutschsprachigen Abgeordneten des Reichsrats am 21. Oktober 1918 zur provisorischen Nationalversammlung konstituierten, wurde der bereits schwerkranke Adler zum 30. Oktober in den Staatsrat gewählt und trat als Staatssekretär des Äußeren in die Regierung Renner ein. Seine letzte Rede im Staatsrat hielt Adler am 9. November 1918, genau jenem Tag, an welchem Karl Renner und Karl Seitz den Gesetzesentwurf für die Proklamierung der Republik durchsetzten.<sup>77</sup>

Obwohl Julius Deutsch, Georg Emmerling, Paul Speiser, Robert Danneberg, Ferdinand Hanusch und Adelheid Popp für diese Arbeit nicht von zentraler Bedeutung sind, so waren sie doch maßgeblich an der Sozialpolitik des Roten Wien beteiligt, weswegen sie nachfolgend ebenfalls Erwähnung finden.

Julius Deutsch, geboren am 2. Februar 1884 in Lackenbach im Burgenland, damals noch im Königreich Ungarn gelegen, verstorben am 17. Jänner 1968 in Wien, strebte neben einer Lehre zum Buchdrucker ein Jusstudium an der Universität Wien an. Deutsch war im Zentralsekretariat der SDAP tätig und wurde 1914 Redakteur der Arbeiterzeitung. Seine Publikationen widmeten sich unter anderem den Themen „Kinderarbeit und ihre Bekämpfung“ oder der „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“. Innerhalb der Ersten Republik avancierte Julius Deutsch zu einem der führenden Politiker der Sozialdemokraten. Nach den Ereignissen von Februar 1934, bei welchen er gemeinsam mit Otto Bauer versucht hatte, den Kampf vom Ahornhof in Wien-Favoriten aus zu organisieren, flüchtete er in die tschechische Republik, wo er das Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie aufbaute. Nach der Emigration in die USA kehrte Deutsch 1946 nach Wien zurück, konnte politisch jedoch nicht mehr Fuß fassen. Nach scharfer Kritik an der Politik der SPÖ-ÖVP-Koalition legte er 1951 jegliche politischen Funktionen zurück.<sup>78</sup>

Der gelernte Kunstdrechsler Georg Emmerling, am 12. Juli 1870 in Wien geboren und am 12. Dezember 1948 ebenda verstorben, trat bereits 1885 dem Lese- und Fachverein der Drechsler

---

<sup>77</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden, (Bd. 1, A – Da, Wien 1992), 17., bzw. Robert Misik, Ein seltsamer Held. Der grandiose, unbekannte Victor Adler (Wien 2016).

<sup>78</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden, (Bd. 2, De – Gy, Wien 1993), 19f.

und dem Arbeiterbildungsverein bei. In diesem Rahmen lernte er Jakob Reumann kennen. Nach seiner Ausbildung durchwanderte Emmerling zu Fuß Italien, Deutschland, die Niederlande, die Schweiz und England und erlernte so die französische und die englische Sprache. Nach seiner Rückkehr nach Wien trat Georg Emmerling zunächst in das Geschäft seines Vaters ein, später wurde er Beamter der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse. 1901 auf Empfehlung von Viktor Adler hin zum Chefdirektor der Arbeiterzeitung ernannt, trug er wesentlich zum Aufleben der Arbeiterpresse bei und war in führender Position an der Errichtung des Parteiheimes an der Rechten Wienzeile beteiligt. 1912 in den Gemeinderat gewählt und 1918 in der provisorischen Gemeindevertretung zum Stadtrat bestellt, ist Emmerlings Name bis dato untrennbar mit dem Ausbau der Elektrizitäts- und Gaswerke, der Errichtung der Wasserkraftwerke in Opponitz und Gaming und der Elektrifizierung der Stadtbahn verbunden.<sup>79</sup>

Der sozialdemokratische Kommunalpolitiker Paul Speiser, geboren am 19. Juli 1877 in St. Pölten, verstorben am 8. November 1947 in Wien, absolvierte die Lehrerbildungsanstalt und war ab 1896 als Lehrer tätig. 1901 erhielt Speiser eine Anstellung bei der Eisenbahnerunfallversicherung, nebenbei war er von 1902 – 1907 Redakteur der sozialdemokratischen Floridsdorfer Wochenzeitung „Der Volksbote“ und ab 1907 Sekretär des Vereins „Freie Schule“. 1918 wurde Paul Speiser in das Zentralsekretariat der SDAP berufen, von 1918 – 1934 gehörte er dem Gemeinderat an und war von 1920 – 1934 Stadtrat für Personenangelegenheiten.<sup>80</sup>

Als Sohn des Börsenrates Moritz Breitner, besuchte Hugo Breitner, geboren am 9. November 1873 in Wien, zunächst von 1884 – 1890 Schulen in der Leopoldstadt, ehe er an die Handelsakademie wechselte. Im Jahr 1894 trat Breitner als Beamter in die Länderbank ein und stieg dort bis 1917 zum Direktor auf. Nach seiner Frühpensionierung 1919 widmete er sich gänzlich seiner politischen Karriere. Bereits als Bankbeamter war Breitner 1918 der Sozialdemokratischen Partei beigetreten und hatte in der Gewerkschaft der Bankbeamten eine wichtige Position innegehabt. Von 1907 – 1911 Vizepräsident des „Reichsvereins der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs“, widmete sich Hugo Breitner ab 1918 eingehender der Entwicklung der kommunalen Finanzen. Im Dezember 1918 wurde Breitner Mitglied der provisorischen Wiener Gemeindevertretung, am 4. Mai 1919 erfolgte seine Berufung zum Stadtrat für Finanzen. Schon während der Jahre 1919 und 1920 zeigten sich erste Ansätze einer völlig neuen, überarbeiteten Finanzpolitik. So arbeitete Breitner ein völlig neues

---

<sup>79</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 2, De – Gy, Wien 1993), 179f.

<sup>80</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 5, Ru – Z, Wien 1997), 262.

Steuersystem aus, dessen Grundgedanke in einer nach dem Lebensaufwand einzelner Bevölkerungsschichten gestaffelten Steuerlast basierte. Durch die am 1. Februar 1923 beschlossene „Wohnbausteuer“ war es möglich, ein umfassendes, kommunales Wohnbauprogramm einzuleiten. Hugo Breitner verstarb am 5. März 1946 in Claremont, Kalifornien.<sup>81</sup>

Robert Danneberg, geboren am 23. Juli 1885 in Wien, verstorben am 12. Dezember 1942 in Auschwitz, schloss sich nach einem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien früh den Sozialdemokraten an. Von 1903 – 1918 bekleidete er führende Positionen innerhalb der Sozialistischen Arbeiterjugend und war der erste Sekretär der Sozialistischen Bildungszentrale, bevor er 1918 in den Gemeinderat kooptiert wurde. Von 1919 – 1934 gehörte Robert Danneberg dem Gemeinderat und zwischen 1922 und 1934 auch dem Landtag an, ab 1922 in der Funktion des Landtagspräsidenten. Darüber hinaus gehörte Danneberg von 1919 – 1934 dem Nationalrat an. Nach dem Ausscheiden Hugo Breitners übernahm Danneberg 1932 das Finanzresort und blieb bis 1934 Stadtrat. Nach seiner Verhaftung 1934 arbeitete nach seiner Entlassung in der illegalen Bewegung. 1938 durch die Nationalsozialisten verhaftet, kam Danneberg über die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald nach Auschwitz. Über das genaue Todesdatum Dannebergs sind keinerlei Angaben bekannt, weswegen der 12. Dezember 1942 nach wie vor als fraglich gilt.<sup>82</sup>

In seiner Heimatgemeinde Kindberg als Schmiedegeselle tätig, kam der am 5. November 1879 geborene und am 28. September 1950 in Wien verstorbene Anton Weber 1913 als Administrator des „Volksboten“ nach Wien-Floridsdorf. Nach 1918 wurde er Obmann der SDAP Floridsdorf und 1921 in den Gemeinderat gewählt. Von 1922 – 1927 war Weber amtsführender Stadtrat für Sozialpolitik und Wohnungswesen, von 1927 – 1934 für Wohnungswesen und Wohnungsbau und somit verantwortlich für die rege Wohnbautätigkeit des Roten Wien.<sup>83</sup>

Franz Siegel, geboren am 15. Juni 1876 in Perchtoldsdorf, verstorben am 30. Oktober 1927 in Wien, entstammte als Sohn eines Hausmeisterehepaares ärmlichen Verhältnissen. Nach der notwendigsten Schulbildung entschloss sich Siegel für eine Lehre zum Maurer, wandte sich jedoch bald darauf gewerkschaftlichen Aufgaben zu. Unter seiner Obhut avancierten die Bauarbeiter zu den bestorganisierten Arbeitern Österreichs. 1908 wurde Franz Siegel auf Empfehlung Viktor Adlers hin zum ersten Bauinspektor Österreichs ernannt. Nach Ende des Ersten Weltkrieges gehörte Siegel zunächst dem provisorischen, ab 4. Mai 1919 dem

---

<sup>81</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 1, A – Da, Wien 1992), 457f.

<sup>82</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden, (Bd. 1, A – Da, Wien 1992), 614f.

<sup>83</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden, (Bd. 5, Ru – Z, Wien 1997), 593.

gewählten Gemeinderat an. Als 1923 das kommunale Wohnbauprogramm beschlossen wurde, lagen seine größten Aufgaben in der Beauftragung der modernsten Architekten, wodurch er wesentlich zu dem architektonischen Gelingen der städtischen Bauvorhaben beitrug. Siegel verdankt die Stadt Wien auch die Reform der Kehrriichtabfuhr und die Etablierung des „Systems Colonia“, sowie den Bau mehrerer neuer Bäder.<sup>84</sup>

Adelheid Popp, am 11. Februar 1869 in Inzersdorf bei Wien als Adelheid Dwořak geboren und am 7. März 1939 in Wien verstorben, besuchte drei Klassen der Volksschule, ehe sie im Alter von acht Jahren begann, in verschiedenen Fabriken als Weißnäherin tätig zu sein. Sehr früh zeigte sich ihr Engagement für die Arbeiterjugendbewegung, ab 1889 war sie im Arbeiterinnen-Bildungsverein tätig und besuchte öfters die Versammlungen der sozialdemokratischen Bewegung. Ab 1890 trat Popp als Versammlungsrednerin in den Vordergrund. 1902 wurde sie im Zuge der Gründung der Arbeiterinnen-Zeitung zur verantwortlichen Redakteurin. Adelheid Popp gehörte ab 1898 dem sozialistischen Frauenrechtskomitee und ab 1901 dem Vorstand des Vereins für Heimarbeiterinnen von Ottakring an. Von 1918 – 1923 war Popp Mitglied des Gemeinderates, von 1919 – 1934 Abgeordnete des Nationalrates. Ein wichtiges Anliegen waren ihr die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Dienstbotinnen, der Schutz von Mutter und Kind und die Eindämmung der Kinder- und Jugendarbeit. Weiters kämpfte Popp gegen die Ehe als eine Institution der Unterdrückung der Frau und vertrat die Frauen in der Sozialistischen Internationalen.<sup>85</sup>

Otto Glöckel, geboren am 8. Februar 1874 in Pottendorf, Niederösterreich, verstorben am 23. Juli 1935 in Wien, studierte nach der Absolvierung der Volks- und Bürgerschule am Landeslehrerseminar in Wiener Neustadt. Der Protektion des Politikers und Journalisten Engelbert Pernersdorfer ist es zu verdanken, dass Glöckel zunächst als Unterlehrer nach Wien kam, wo er anfangs in Volksschulen im 14. Wiener Gemeindebezirk unterrichtete. Da er sich mit Gleichgesinnten während der 1890er-Jahre gegen die Diskriminierung der Unterlehrer wehrte, folgte am 15. September 1897 seine fristlose Entlassung wegen sozialdemokratischer Gesinnung durch Bürgermeister Karl Lueger. 1907 in den Reichsrat gewählt, gehörte er diesem, beziehungsweise dem Nationalrat, bis 1934 an. Glöckels Funktion innerhalb der SDAP war jene des ständigen Referenten für Schulfragen. Während einer Versammlung des Vereins „Freie Schule“ am 7. Jänner 1917 legte Glöckel ein Schul- und Erziehungsreformpaket vor, welches neben der Freiheit der Kirche und Schule, der

---

<sup>84</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 5, Ru - Z, Wien 1997), 221.

<sup>85</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden, (Bd. 4, Le – Ro, Wien 1995), 575f.

Einheitsschule und der Förderung jeder Begabung und Anlage auch die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernunterlagen, sowie die an die Methoden der Zeit angepasste Gestaltung des Unterrichts im Sinne einer kindgerechten Pädagogik forderte. Am 6. Jänner 1918 wurde Otto Glöckel zum Unterstaatssekretär für Inneres gewählt, wodurch er sich für die Durchführung der ersten Nationalratswahlen verantwortlich zeichnete. Von 15. März 1919 bis 24. Oktober 1920 leitete Glöckel als Unterstaatssekretär für Unterricht die oberste Schulbehörde Österreichs, danach war er ab 28. März 1922 als geschäftsführender Präsident des Wiener Stadtschulrates tätig und verwirklichte in dieser Position sein umfangreiches Programm. So wurde Wien durch die „Wiener Schulreform“ internationale Anerkennung zuteil, Wien wurde zur „Hauptstadt des Kindes“<sup>86</sup> und zum „Mekka der Pädagogik“<sup>87</sup> stilisiert.<sup>88</sup>

Ferdinand Hanusch wurde am 9. November 1866 in Oberdorf bei Wigstadl in Österreich-Schlesien geboren. Als Sohn eines schlesischen Hauswebers wuchs er in ärmlichen Verhältnissen auf und wurde 1879 Bauhilfsarbeiter. 1883 ging Hanusch als Webergeselle auf die Walz. Nach seiner Rückkehr nach Wigstadl wurde er in der Arbeiterbewegung aktiv, 1891 trat Hanusch in den Arbeiterverein „Eintracht“ ein. Ab 1900 war Ferdinand Hanusch als Sekretär der neuformierten Union der Textilarbeiter tätig, die ihren Sitz in Wien hatte. Ein wichtiges Anliegen war Hanusch die Reduktion der Arbeitszeit und die Verbesserung der Arbeitsverträge, wofür er sich auf Reisen durch die gesamte österreich-ungarische Monarchie vehement einsetzte. 1907 als deutsch-böhmischer Abgeordneter der Sozialdemokraten in das Parlament gewählt, setzte er sich dort unter anderem für den Achtstundentag ein und erwirkte 1916 eine gesetzliche Arbeitslosenunterstützung für Textilarbeiter, 1918 die Reduzierung der Arbeitszeit an Samstagen auf sechs Stunden. Am 21. Oktober 1918 wurde Ferdinand Hanusch in die provisorische, am 4. März 1919 in die konstituierende Nationalversammlung und am 10. November 1920 in den Nationalrat gewählt, dem er bis zu seinem Tod am 28. September 1923 angehörte. Bis zum Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung am 22. Oktober 1920 war er als Staatssekretär für soziale Fürsorge tätig. Unter Hanusch erfuhr dieses Ministerium nicht zuletzt auch durch die Miteinbeziehung der Kriegsopferversorge und des Volksgesundheitsamtes seine Hochblüte. 1921 zum Direktor der Wiener Arbeiterkammer berufen, hatte Hanusch in dieser Position die Chance, die durch seine Initiative zum Tragen gekommenen Gesetze praktisch umzusetzen. So war ihm auch die Arbeiterbildung ein

---

<sup>86</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 2, De – Gy, Wien 1993), 554.

<sup>87</sup> Ebenda.

<sup>88</sup> Ebenda.



Anliegen, wodurch die sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der Wiener Arbeiterkammer gegründet wurde.<sup>89</sup>

Karl Kautsky, gebürtig den 16. Oktober 1854 in Prag, verstorben am 17. Oktober 1938 in Amsterdam, gilt als einer der bedeutendsten Theoretiker der Sozialdemokratie. Kautsky wuchs in Prag und Wien auf und studierte an der Universität Wien. 1875 schloss er sich den Sozialdemokraten an und begann, für die Partei zu publizieren. Aufgrund des Erfolges seines 1880 erschienen Buches „Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft“ gelangte Kautsky nach Zürich, wo er erste Kontakte zu Karl Marx und Friedrich Engels knüpfen konnte. 1885 ging Karl Kautsky nach London, wo er als Privatsekretär von Friedrich Engels tätig war. Von 1883 – 1917 war Kautsky der Herausgeber der ersten wissenschaftlichen sozialdemokratischen Zeitschrift „Die neue Zeit“, er galt nach Engels Tod 1895 als einer der wichtigsten Verfechter des marxistischen Erbes. Der Interpretation durch Karl Kautsky ist es zu verdanken, dass die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels zu weltweitem Ruhm gelangten, wobei er den Marxismus jedoch zu einer von revolutionären Aktionen losgelösten Weltanschauung transformierte. So wandte sich Kautsky in seinen Interpretationen sowohl gegen die Rechten, als auch gegen die Linken um Rosa Luxemburg und Wladimir Iljitsch Lenin, die den Massenstreik als „Waffe“ der Arbeiterschaft propagierten.<sup>90</sup>

Viktor Adler verstarb just am 11. November 1918, an jenem Tag, an dem Kaiser Karl, der die Regierungsgeschäfte niedergelegt hatte, dem versammelten Nationalrat seine Verzichtserklärung übermitteln ließ. Jedoch dachten der neue Staatskanzler Karl Renner und der Präsident der Nationalversammlung, Karl Seitz, nicht im Geringsten daran, eine Räterepublik nach sowjetischem Muster auszurufen. Ihnen schwebte vor, in dem stark geschrumpften Deutsch-Österreich, dessen von allen Seiten gewünschter Anschluss an Deutschland am Einspruch der Siegermächte gescheitert war, eine vom Ausland unabhängige sozialdemokratische Republik mit tiefgreifenden Sozialreformen zu etablieren. Dabei hofften sie auf die Unterstützung der Opposition und außerparlamentarischer Kräfte, wie jener der Volkswehr von Julius Deutsch oder den Gewerkschaften und Arbeiterräten, die von Friedrich Adler geführt wurden.<sup>91</sup>

Obwohl die österreichische Arbeiterklasse bis Oktober 1919 de facto dazu in der Lage gewesen wäre, ihre Machtposition in der Errichtung einer revolutionären Räterepublik gipfeln zu lassen, stand für die neue Regierung die Weiterentwicklung der „österreichischen

---

<sup>89</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 3, Ha – La, Wien 1994), 55f.

<sup>90</sup> Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 3, Ha – La, Wien 1994), 486.

<sup>91</sup> Wehsmann, Das Rote Wien, 24.

Revolution“ bis hin zur austromarxistischen Räterepublik, wie sie beispielsweise von Otto Bauer und Karl Kautsky angedacht war, nicht zur Debatte. Aufgrund wachsender sozialer Spannungen zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen zerbrach die große Koalition nach den ersten freien Wahlen vom 16. Februar 1919 am 10. Juni 1920. Eine sozialdemokratische Mehrheit löste die bis dahin in Wien regierende bürgerlich-konservative Stadtregierung ab. Erstmals ergab sich in einer Millionenstadt die Möglichkeit, soziale und ökonomische Probleme zu lösen.<sup>92</sup>

Immerhin konnten bis dahin wichtige und weitreichende Sozial- und Wirtschaftsreformen durchgebracht werden, wie der Achtstundentag, der Arbeitsschutz mit dem Verbot der Nachtarbeit für Frauen, das Urlaubs- und Invaliditätsgesetz, die Errichtung autonomer Arbeiterkammern, das Betriebsrätegesetz, Kollektivverträge, eine allgemeine Sozialversicherung, Frauenarbeits-, Mutterschutz- und Überstundenregelungen sowie eine progressive Schulreform. Dennoch fehlten der Sozialdemokratie vorerst die nötigen finanziellen Mittel zum Bau von Schulen und Wohnungen und die notwendige verfassungs- und landesrechtliche Bewegungsfreiheit, wenn es um den Beschluss neuer Gesetze ging.<sup>93</sup>

Im Spätherbst 1919 gelang es den Sozialdemokraten, ein Wohnungsförderungsgesetz durchzusetzen, welches die Gemeinde dazu legitimierte, „Doppelwohnungen und ungehörig ausgenützte Wohnungen und Wohnräume“ zu belegen. Das heißt, der Gemeinde war es nun möglich, sich durch den freien Wohnungsmarkt fehlbelegte oder leere Wohnungen, primär in Hotels, Kasernen oder Schulen, anzueignen und als provisorische Wohnungen für ökonomisch Schwache zur Verfügung zu stellen. Dies gab ihnen aber auch die Möglichkeit, Obdachlose, Flüchtlinge oder Asoziale einzuquartieren.<sup>94</sup>

Auf diese Art gelang es der Gemeinde zwar, auf verschiedenen Wegen neuen Wohnraum zu schaffen, dennoch wurde den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern bewusst, dass der Wohnungsnot auf diesem Wege nicht längerfristig begegnet werden konnte.<sup>95</sup>

---

<sup>92</sup> Ebenda, bzw. 25.

<sup>93</sup> Ebenda.

<sup>94</sup> Ebenda.

<sup>95</sup> Ebenda.

## **8 KOMMUNALE „LEUCHTTURMPROJEKTE“ DER SOZIALPOLITIK DES ROTEN WIEN**

Unter der Führung politisch hervorragend geschulter Funktionäre entschloss sich die Gemeinde, den sozialen Missständen mit einem umfangreichen Reformpaket entgegenzutreten. Dazu gehörten jedoch nicht nur eine Gesundheitspolitik mit einer breiten Vorsorgemedizin gegen typische Arbeiterkrankheiten wie Tuberkulose und eine Wohnbaupolitik, welche sich zum Ziel gesetzt hatte, alle Wiener Arbeiter mit preiswerten Wohnungen zu versorgen und mit infrastrukturellen Sozialeinrichtungen auszustatten. Darüber hinaus beinhaltete das Reformpaket eine Sozialpolitik mit Schwerpunkt Kinder- und Jugendfürsorge, eine Schulpolitik, welche neben der Errichtung neuer und dem Ausbau bestehender Schulgebäude auch die kostenlose Abgabe von Unterrichtsmaterialien vorsah und eine Kultur- und Erziehungspolitik, die Wien mit Volksbibliotheken und Kulturvereinen versorgte.<sup>96</sup>

### **8.1 Architektur und Wohnbau**

Das „lange 19. Jahrhundert“ stellte für die Stadt Wien den Zeitraum des größten Stadt- und Bevölkerungswachstums dar. Aus diesem Zeitraum stammen auch die meisten städtebaulichen Maßnahmen, die das Stadtbild Wiens bis heute maßgeblich prägen, darunter die Schleifung der Basteien zugunsten der Errichtung der Ringstraße, die Donauregulierung oder die Eingemeindung der ehemaligen Vorstädte und Vororte zu den heutigen inneren und äußeren Bezirken Wiens. Ausschlaggebend hierfür war ein enormer Anstieg der Wiener Bevölkerung, der vorwiegend auf Einwanderung basierte. In den Jahren 1840 bis 1918 stieg die Anzahl der in Wien lebenden Personen, die Vororte miteinkalkuliert, von knapp 40.000 auf rund zwei Millionen Einwohner an.<sup>97</sup>

Die vorherrschende soziale und technische Infrastruktur der Stadt konnte dieser rasanten Entwicklung nicht standhalten, besonders die Versorgung mit geeignetem Wohnraum erwies sich als problematisch. Parallel dazu erfolgte ein Wandel in den vorherrschenden Produktionsstrukturen. Kleingewerben wichen Klein- und Mittelbetrieben, zu denen sich ab den 1880er-Jahren großindustrielle Betriebe gesellten.<sup>98</sup>

Während die unselbstständigen Arbeitskräfte der traditionellen Kleinbetriebe meist Nebenmieter in den Häusern ihrer Meister waren, waren in der Industrie Tätige auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen. So stieg der Bau von Mietshäusern, die primär aus Wohnungen

---

<sup>96</sup> Ebenda.

<sup>97</sup> Peter Eigner, Herbert Matis, Andreas Resch, Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: *Verein der Geschichte der Stadt Wien* (Hg.), Jahrbuch des Vereins der Geschichte der Stadt Wien 1999 (Wien 1999), 49-100. Online unter: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) (letzter Aufruf: 20.5.2017, 10:30), hier Seite 3.

<sup>98</sup> Ebenda.

bestanden, deren Hauptziel es war, vermietet zu werden. Allerdings deckten die Bauherren dadurch nicht ihren eigenen Bedarf ab, sondern investierten ihr Kapital, um so entsprechenden Profit zu erlangen. Entgegen der zeitgenössischen Meinung war der Gewinn jedoch äußerst gering. Gerade in Zeiten guter wirtschaftlicher Konjunktur, in denen ein hoher Bedarf an Wohnraum bestand, erwiesen sich Anleihen, Aktien oder diverse andere Projekte lukrativer als der Bau von Mietwohnungen. Aus diesem Grund investierten zahlreiche Unternehmen eher in Grundstücke als in Bautätigkeiten. Ein zusätzlicher Kostenfaktor bestand in möglichen Mietausfällen, beispielsweise im Falle der Arbeitslosigkeit. Oftmals waren die Mietshäuser von minderer Qualität, Überbelegung und der häufige Wechsel der Mieter zogen rasch Abnutzungserscheinungen mit sich.<sup>99</sup>

So lag es im Interesse der Auftraggeber, vorwiegend neue Gebäude mit Wohnungen ab mittlerer Größe für ein betuchteres Publikum, anstatt alter, abgerissener Häuser mit Kleinwohnungen zu errichten. Daraus resultierte, dass im Wien der letzten Jahrhundertwende wohlhabendere Gesellschaftsschichten relativ günstige Wohnungen ihr Eigen nennen konnten, wohingegen ärmere Schichten oftmals auf engstem Raum und recht kostenintensiv lebten. Während das Bürgertum etwa zehn Prozent des Einkommens für die Miete veranschlagen musste, mussten Arbeiter hingegen 20 bis 40 Prozent des Monatsgehalts dafür einplanen.<sup>100</sup>

Aus den breitgefächerten Einrichtungen und von den Wiener Sozialdemokraten organisierten Aktivitäten lässt sich klar ablesen, dass sich die sozialpolitischen Reformen in nahezu allen Bereichen des Alltagslebens umfassend bemerkbar machten. Diesem Kulturkonzept war es zu verdanken, dass die Partei ihr Hauptaugenmerk auf den Wohnungsbau lenkte und die Bereitstellung neuer Wohnräume als ihre oberste Pflicht ansah.<sup>101</sup>

Bereits vor 1918 hatte die Gemeinde Wien damit begonnen, Gemeindebauten zu errichten, um der akuten Wohnungsnot Einhalt zu gebieten. So hatte der Sozialdemokrat Leopold Winarsky bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges neben preiswerten Kleinwohnungen und der Aufhebung der Hauszinssteuer unter anderem die Brechung der Hausherrenschaft in der Gemeindevertretung und die Erlassung eines Reichswohnungsgesetzes gefordert.<sup>102</sup>

---

<sup>99</sup> Ebenda, bzw. 4.

<sup>100</sup> Ebenda. Siehe dazu auch: Peter *Feldbauer*, Stadtwachstum und Wohnungsnot. Determinanten unzureichender Wohnungsversorgung in Wien 1848 bis 1914 (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 13, Wien 1980).; Wolfgang *Hösl*, Gottfried *Pirhofer*, Wohnen in Wien 1848-1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 19, Wien 1988).

<sup>101</sup> *Blau*, Rotes Wien, 69.

<sup>102</sup> Peter *Autengruber*, Ursula *Schwarz*, Lexikon der Wiener Gemeindebauten. Namen, Denkmäler, Sehenswürdigkeiten (Wien 2013), 12.

*„In der kapitalistischen Gesellschaft wird alles zur Ware. Jeder Gegenstand wird erzeugt, nicht um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um seinen Erzeugern Profit zu bringen. Ob durch seine Erzeugung auch menschlichen Bedürfnissen Rechnung getragen wird, ist eine Frage, die nur so weit Berücksichtigung findet, als dadurch die Absetzbarkeit der erzeugten Waren und damit die Verwirklichung des Profits beeinflusst wird. Dieses Schicksal aller menschlichen Gebrauchsgegenstände teilen auch die Wohnungen. Häuser werden heute nicht gebaut, um Menschen Obdach zu verschaffen und den Familien ein Heim zu geben, sondern um ihren glücklichen Besitzern durch die Vermietung der Wohnungen an Leute, die keine Hausbesitzer sind, reichen Gewinn zu liefern.“<sup>103</sup>*

Dabei begnügten sich die Sozialdemokraten aber nicht nur damit, neue Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, wie der amtsführende Wiener Stadtrat Anton Weber bereits 1926 folgerichtig bemerkte, sondern bauten eine völlig neue Wohnkultur auf, welche es ermöglichen sollte, einen neuen kulturellen Lebensstandard in Wien zu ermöglichen. Die Entscheidung, dem Wohnbau oberste Priorität beizumessen war jedoch nicht nur eine Frage der sozialdemokratischen reformatorischen Ideologie, sondern auch ein Thema, das politisch gesehen von größter Bedeutung und Dringlichkeit war.<sup>104</sup>

Wie bereits erwähnt, erbten die Sozialdemokraten, als sie am 19. Mai 1919 in Wien an die Macht kamen, die akute Wohnungsnot der Stadt. Diese Knappheit an Wohnraum lässt sich einerseits durch die Zuwanderungswelle während des ersten Weltkrieges, das Fehlen und Verfallen alter Bauten während des Krieges und andererseits auf eine 50- bis 90-prozentige Zunahme an Eheschließungen und neuen Haushaltsgründungen nach dem Krieg verorten. Obwohl all diese Faktoren zur Wohnungsnot beitrugen, ihre unmittelbare Ursache stellten sie nicht dar.<sup>105</sup>

Helmut Gruber spricht bei einer Einwohnerzahl von 165.000 von einem Anstieg der Haushalte von rund 40.000 auf knapp 60.000, zu einer Zeit, in der die Anzahl verfügbaren Wohnraumes selten die Nullgrenze überschritt.<sup>106</sup>

Die Architektur- und Kunsthistorikerin Eve Blau führt die massive Ungerechtigkeit im Wohnungssystem, die gewalttätigen Feindseligkeiten zwischen Mietern und Hausbesitzern und einen tief empfundenen Klassenhass zwischen der Arbeiterklasse und der besitzenden Klasse in der Stadt auf eine lange Geschichte offiziellen Desinteresses an den Lebensbedingungen der Industriearbeiter in Wien zurück. Daraus resultierend erschien es, insofern die Sozialdemokratie ihre Monopolstellung in Wien weiterhin behaupten wollte, als

---

<sup>103</sup> Vgl. dazu: Leopold Winarsky, Wohnungsteuerung und Wohnungselend (Wien 1911). In: *Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung* (Dokumentation 3/2000), zitiert nach: Autengruber, Schwarz, Lexikon der Wiener Gemeindebauten, 12.

<sup>104</sup> Blau, Rotes Wien, 69.

<sup>105</sup> Ebenda, bzw. Gruber, Red Vienna, 45.

<sup>106</sup> Gruber, Red Vienna, 45.

unerlässlich, sich dem „Wohnungsproblem“ in Wien in gebührender Form zu widmen und jenem durch Wohnbauförderung als Produkt und Instrument ihres politischen Programmes Einhalt zu gebieten.<sup>107</sup>

Um die sozialdemokratische Lösung der Wohnraumproblematik verstehen zu können, ist es wichtig, nicht nur die Problematik, mit der sich die Wiener Sozialdemokratie konfrontiert sah, zu hinterleuchten, sondern auch die dazugehörigen historischen Rahmenbedingungen: Wiens rasante und spät einsetzende Industrialisierung und damit verbunden das urbane und wirtschaftliche Wachstum der Stadt, wie dies bereits in den vorhergehenden Kapiteln untersucht wurde.<sup>108</sup>

Am 21. September 1923 wurde ein Wohnbauprogramm beschlossen, welches zunächst auf fünf Jahre befristet war und 1927 fortgesetzt wurde. Innerhalb des Zeitraumes von 1920 bis 1934 entstanden 61.175 Wohnungen, wovon rund 5.257 in Siedlungshäusern lagen. Sie alle wurden aus den Mitteln der Wohnbausteuer finanziert, auf welche im weiteren Verlauf des Kapitels noch genauer eingegangen werden wird.<sup>109</sup>

Ausschlaggebend hierfür war eine vorangegangene Diskussion, ob sogenannte „Superblocks“ oder lieber Häuser im Stile des „englischen Gartenstadtmodell“ errichtet werden sollten. Unter einer sogenannten „Gartenstadt“ wurden „kleine, mit Industrie und Gewerbe ausgestattete und mit einem landwirtschaftlichen Gürtel umgebene Städte, beziehungsweise ein Kranz idyllischer dörflich ausgerichteter Trabantenstädtchen mit Selbstversorgungsgärten und öffentlichen Einrichtungen<sup>110</sup>“ verstanden.<sup>111</sup>

Innerhalb der Jahre 1919 und 1920 verließen tausende Menschen Wien. Ehemalige Bewohner der Stadt, deren Muttersprache nicht Deutsch war, wanderten in die Nachfolgestaaten der ehemaligen Monarchie ab, Einheimische ließen sich in größeren Gruppen in behelfsmäßigen Hütten inmitten des Wienerwaldes oder sonst fernab jeglicher Zivilisation nieder. Diese wilden Siedlungen markieren jedoch lediglich den Beginn einer Entwicklung, die 1921/1922 zu einem Netzwerk sich gegenseitig unterstützender Organisationen geworden war und bald darauf auch von der Gemeinde gefördert wurde.<sup>112</sup>

Die wilde „Siedlungsbewegung“ in Wien lässt sich als eine direkte Folge des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Donaumonarchie nach der militärischen Niederlage Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg verstehen. Da die Aussicht auf einen baldigen

---

<sup>107</sup> *Blau*, Rotes Wien, 69.

<sup>108</sup> Ebenda.

<sup>109</sup> *Hautmann, Hautmann*, Die Gemeindebauten des Roten Wien, 138.

<sup>110</sup> Vgl. dazu: *Autengruber, Schwarz*, Lexikon der Wiener Gemeindebauten, 15.

<sup>111</sup> Ebenda.

<sup>112</sup> *Erich Bramhas*, Der Wiener Gemeindebau. Vom Karl-Marx-Hof zum Hundertwasserhaus (Basel/Boston/Stuttgart 1987), 23.

Frieden sank und die Bevölkerung zunehmend verstand, dass weder die kaiserliche Bürokratie noch die Stadtverwaltung dazu in der Lage waren, den knapp zwei Millionen Einwohnern der ehemaligen Kaiser- und Residenzstadt Unterkunft und ausreichende Lebensmittelversorgung zur Verfügung zu stellen, nahmen es private Bürger ab 1915 auf sich, nach eigenen Lösungen für die Wohnungsnot und Lebensmittelkrise zu suchen.<sup>113</sup>

Öffentliches Land wurde besetzt, um darauf Notunterkünfte zu bauen und am Stadtrand Gärten zur Selbstversorgung angelegt. Bereits 1918 lebten mehr als 100.000 Menschen in Unterkünften, die sie selbst errichtet hatten. Versorgt wurden sie von jenen Erzeugnissen ihrer auf öffentlichem Grund angelegten Gemüsegärten. 6,5 Millionen Quadratmeter waren auf diese Weise in anbaufähiges Land umgestaltet worden, das von 14.000 Familien kultiviert wurde.<sup>114</sup>

Die Kleingärtnerzeitung „Gartenfreund“ ging davon aus, dass sich im Jahr 1918 auf diese Art die Produktion auf 1.200 Eisenbahnwaggons Gemüse belief und 160.000 Menschen ernährte. Peter Marcuse, emeritierter Professor für Stadtplanung an der Columbia University New York, bezeichnete dieses als das „wohl am meisten verbreitete Beispiel physischer Selbsthilfe im Wohnbau des zwanzigsten Jahrhundert in einem industrialisierten Land“<sup>115</sup>, obwohl diese wilden Siedlungen auch ein Zeichen der katastrophalen Bedingungen in Wien, das bankrott aus dem Ersten Weltkrieg hervorging, darstellte.<sup>116</sup>

Zwischen 1919 und 1923 verwandelten sich diese „wilden“ Siedlungen in dauerhafte Gemeinschaften. Die Siedler begannen sich politisch und wirtschaftlich in Genossenschaften zu organisieren. Sie nahmen in Kauf, selbstständig für den Anbau ihrer eigenen Lebensmittel, die Herstellung ihres eigenen Baumaterials und die Errichtung ihrer eigenen Unterkünfte selbstverwaltend verantwortlich zu sein. Gerade in Wien und in ganz Österreich stellte diese Zeitspanne eine Zeit permanenter wirtschaftlicher Instabilität dar, da die Stellung der Sozialdemokraten innerhalb der Bundesregierung als auch der Status Wiens, dessen zukünftigen Ausmaße und Stellung als Bundesland fraglich waren. Bevor die Währungs- und Verfassungskrise in Österreich 1922 überwunden werden konnte, war es für die Gemeinde Wien nahezu unmöglich gewesen, ein Wohnbauprogramm etablieren und Baumaßnahmen in größerem Rahmen vornehmen zu können. Daraus resultierend stellten die ersten Nachkriegsjahre aus heutiger Sichtweise eine Zeit der Unentschlossenheit und des Zweifels

---

<sup>113</sup> Blau, Rotes Wien, 113. Siehe dazu auch *Eigner, Matis, Resch*, Sozialer Wohnbau in Wien. Online unter: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) (letzter Aufruf: 20.5. 2016, 11:05), hier 8ff.

<sup>114</sup> Ebenda.

<sup>115</sup> Vgl. dazu: Peter Marcuse, „A Useful Installment of Socialist Work; Housing in Red Vienna in the 1920s“. In: Rachel G. Bratt, Chester Hartman, Ann Meyerson (Hg.), *Critical Perspective on Housing* (Philadelphia 1986), 565, zitiert nach: Blau, Rotes Wien, 113.

<sup>116</sup> Blau, Rotes Wien, 113.

auf Seiten der Stadt- und Landesbehörden und deren eher seltene und zaghafte Eingriffe einen starken Kontrast zur als regierungsfeindlich zu bezeichnenden Aktivität der Siedler und Genossenschaften dar.<sup>117</sup>

Im Vergleich zu Deutschland, so Blau, schlug die Genossenschaftssiedlungsbewegung in Österreich eine konträre Richtung ein als die Entwicklung der Siedlungen und Gartenstädte in Deutschland. Geprägt wurde diese Bewegung durch namhafte Architekten, beispielsweise Adolf Loos, Josef Frank, Margarete Lihotzky und Otto Neurath, die einerseits mit den Ideen der Gartenstädte sympathisierten, andererseits aber auch die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten tatkräftig unterstützten. Aus diesem Grund unterschieden sich die von ihnen errichteten Siedlungen merklich von den eigentumsorientierten Stadtrand-Siedlungen, wie sie vor allem in Mitteleuropa nach dem Krieg vorherrschend waren. In einem radikalen Kontrast zu den bürgerlichen Strukturen stehend, waren die Wiener Siedlungen beton anti-pittoresk, urban und untrennbar mit dem Anbau von Lebensmitteln verknüpft.<sup>118</sup>

Adolf Loos, geboren am 10. Dezember 1870 in Brünn, Mähren, war ab 1897 als freiberuflicher Möbelgestalter, Innenarchitekt und Publizist tätig. Seine eigentliche Karriere begann er als Gesellschaftskritiker, Gestalter von privaten Wohnungseinrichtungen und stilgebender Ausstatter von Wiener Kaffeehäusern. Für die Gemeinde Wien erbaute Loos gemeinsam mit den Privatarchitekten Margarete Lihotzky, Karl Dirnhuber und Franz Schuster den „Otto-Haas-Hof“ 1924 – 1926. Sein bekanntestes Bauwerk ist jedoch sein umstrittenes, aber wegweisendes Wohn- und Bürohaus der Firma Goldmann & Salatsch am Wiener Michaelerplatz Nr. 3, das sogenannte „Loos-Haus“, erbaut in den Jahren 1909 – 1911, durch welches er schlagartig berühmt wurde. Adolf Loos verstarb am 23. August 1933 in Wien.<sup>119</sup>

Der am 15. Juli 1885 in Baden bei Wien geborene und am 8. Jänner 1967 in Stockholm verstorbene Architekt Josef Frank studierte ab 1903 an der Technischen Hochschule Wien, an welcher er 1910 promovierte. Franks erste Aufträge waren die Gestaltung diverser Wohnungseinrichtungen und der Umbau einer schwedischen Gymnastikschule in Wien. Ebenso wie Adolf Loos vertrat Josef Frank die Meinung, der Wohnbau sei künftig nur in Form von kostengünstigen, in Selbsthilfe errichteten Siedlungshäusern vertretbar. Dennoch entwarf er entgegen seiner Prinzipien Stockwerksbauten für die Gemeinde Wien.<sup>120</sup>

Margarete Lihotzky, gebürtig den 23. Jänner 1897 in Wien, verstorben am 18. Jänner 2000 ebenda, absolvierte nach dem Besuch der Bürgerschule von 1913 – 1915 die Graphische

---

<sup>117</sup> Ebenda.

<sup>118</sup> Ebenda.

<sup>119</sup> Vgl. dazu: *Weihsmann*, In Wien erbaut, 230f.

<sup>120</sup> Vgl. dazu: *Weihsmann*, In Wien erbaut, 103.



Lehr- und Versuchsanstalt in Wien und nahm Privatunterricht in Zeichnen. Nach der Aufnahme an der Wiener Kunstgewerbeschule wollte Lihotzky an der Reichshochschule in Architektur promovieren, da dies Frauen jedoch nicht erlaubt war, entschied sich Magarete Lihotzky für „Illustrationsmalerin und Zeichnerin“. Allmählich stieg sie in das Studienfach Architektur um und war die erste Frau, die ein Architekturstudium an einer österreichischen Hochschule absolvierte. Im Frühjahr 1920 bewarb sich Lihtozky beim Wiener Siedlungsamt und plante in der Folge gemeinsam mit Adolf Loos unter anderem die Kriegsinvalidensiedlung „Friedensstadt“ im Lainzer Tiergarten.<sup>121</sup>

Als Wiens provisorischer Gemeinderat am 3. Dezember 1918 zum ersten Mal seit dem Kriegsende zusammentrat, hatte es sich die sozialdemokratische Partei zum Ziel gesetzt, neben dem Ausbau der Lebensmittelversorgung, der Wahlreform und der Bildungs- und Jugendfürsorge-Einrichtungen in der Stadt vorwiegend der Linderung der akuten Wohnungsnot erhöhte Priorität beizumessen. Allerdings machte es die Krise der österreichischen Währung für die Stadt und das Bundesland Wien unmöglich, etwaige Baumaßnahmen zu realisieren. Der Gemeinde war es lediglich möglich, eine kleinere Anzahl von Notunterkünften in Wien zur Verfügung zu stellen, deren Ausmaß circa 2000 Wohnungen in renovierten Militärkasernen und anderen bestehenden Gebäuden betrug.<sup>122</sup>

Die effektivsten Maßnahmen innerhalb dieser Zeitspanne waren die Zwangsumverteilungen des in Wien bereits vorhandenen Wohnraumes. Die erste diesbezügliche Maßnahme war die Requisition „untergenutzten“ Raumes innerhalb privater Wohnungen, die mehr als drei Zimmer hatten, wobei dieser „Überschuss“ an Raum primär Obdachlosen zugewiesen wurde.<sup>123</sup>

Auch wenn auf diese Weise eine beträchtliche Menge an Wohnraum neu verteilt werden konnte, sahen die Sozialdemokraten darin nie mehr als eine Notmaßnahme zur Eindämmung der Wohnraumkrise. Zudem erhöhte die Umverteilung das Angebot an Wohnraum kaum spürbar und die Nachfrage nach Wohnraum stieg stetig. Innerhalb von zwei Jahren, von 1922 bis 1924, stieg die Anzahl vorgemerkter Wohnungssuchender in Wien von 42.642 auf 68.175.<sup>124</sup>

Die wichtigste Aufgabe, vor die neue Stadtverwaltung gestellt wurde, war jedoch die Regulierung der wilden Siedlungen. Primär galt die Besorgnis der Besiedlung von Wiens geschützten Grünflächen den Wald- und Wiesengürtel der Stadt in einen Gürtel der

---

<sup>121</sup> Vgl. dazu: *Weihsmann*, In Wien erbaut, 226f.

<sup>122</sup> *Blau*, Rotes Wien, 113.

<sup>123</sup> Ebenda.

<sup>124</sup> Ebenda, bzw. 114.

„Holzschuppen und Zigeunerndörfer“ verwandeln würde, wenn keine diesbezüglichen Maßnahmen ergriffen würden.<sup>125</sup>

Jakob Reumann, erster sozialdemokratischer Bürgermeister Wiens, ernannte im Mai 1919 seinen Parteigenossen, den Gemeinderat Gustav Scheu zum Berater in Fragen des Wohnungswesens. In der frühen Wohnbaupolitik spielte Scheu durchaus eine wichtige Rolle. Als Rechtsanwalt tätig und Sohn eines der Mitbegründer der sozialdemokratischen Partei in Österreich, Joseph Scheu, hatte Scheu die besten sozialdemokratischen Referenzen für diese Position vorzuweisen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatten Scheu und dessen Ehefrau, die Schriftstellerin Helene Scheu-Reisz, der Erfinder der sogenannten „Gartenstadt“ Ebenezer Howard und andere führende Köpfe der Gartenstadtbewegung in England und Deutschland kennengelernt und von deren Philosophie profitiert. Scheu selbst war Gründungsmitglied der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich und während des Krieges einer der Autoren der Mieterschutzgesetze in Österreich gewesen.<sup>126</sup>

Zunächst erschienen Scheus Vorstellungen eines sozialdemokratischen Wohnbauprogramms innerhalb eines programmatischen Essays „Zur Wohnungsreform“<sup>127</sup>, welcher im April 1919, nur wenige Wochen vor der ersten Wiener Gemeinderatswahl nach dem Krieg, in „Der Sozialdemokrat“ veröffentlicht wurde. Darin stellte Scheu die These auf, dass die Stadt sich nicht direkt an der Schaffung von Wohnraum beteiligen, sondern stattdessen den Wohnbau durch Lösen der einschlägigen Verkehrs- und Transportprobleme fördern sollte. Konkret bedeutete dies die Bereitstellung schneller Verkehrsbindungen zwischen Zentrum und Peripherie und die Erschließung von Gebieten für neue Wohnungsbauten durch Straßen, Kanalisation, Wasser, Gas, Strom und andere, dringend benötigte, urbane Infrastruktur.<sup>128</sup>

In Fragen hinsichtlich des Bautyps sprach sich Scheu für Flachbau-Einfamilienhäuser mit Gärten in den Randgebieten aus, da dort Bauland reichlich vorhanden und vor allem billig war.<sup>129</sup>

Die Gemeinde verfügte jedoch bereits über einen ansehnlichen Grundbesitz in der Innenstadt, weshalb Scheu anregte, mit den Bautätigkeiten innerhalb der Stadt zu beginnen, wobei urbanen Wohnblöcken aufgrund der hohen Grundstückspreise und des urbanen Charakter dieser Bezirke der Vorzug gegeben werden sollte. Diese Entscheidungen spiegeln den Umstand wieder, dass Verkehr und öffentlicher Transport die Hauptproblematiken Wien

---

<sup>125</sup> Ebenda.

<sup>126</sup> Eve Blau, Rotes Wien, 114.

<sup>127</sup> Gustav Scheu, „Zur Wohnungsreform“. In: Der Sozialdemokrat (April 1919), zitiert nach: Blau, Rotes Wien, 114.

<sup>128</sup> Blau, Rotes Wien, 114

<sup>129</sup> Ebenda.

darstellten. Andererseits zeigt diese Entscheidung, dass Scheu die Erschließung von Randgebieten und Herauslösung des Wohnbaus aus dem Wiener Zentrum favorisierte, da Landstreifen verfügbar und nicht mit hohen Kommunalsteuern behaftet waren.<sup>130</sup>

Scheus Vorschläge variierten nur gering jenen, die der bürgerlichen Zentralstelle und der christlichsozialen Stadtverwaltung zur Stadterweiterung vor dem Ersten Weltkrieg entstammten. Im Wesentlichen war dies primär die Ideen Adolf Damaschkes, des Gründers des konservativen Bundes deutscher Bodenreformer im Jahre 1898. Der Bund wehrte sich gegen spekulative Bauprojekte in den städtischen Bauzonen und befürwortete die Zuführung dieser Bauzonen zu kollektivem Nutzen. Konträr zu Scheus Ideen hatten Damaschke und die Bodenreformer allerdings niemals die Abschaffung privaten Eigentums im Sinn, im Gegenteil, sie argumentierten die von ihnen angestrebte breite Verteilung des Grundeigentums damit, dass Menschen, die in großen Städten lebten, wenn sie Eigentum innerhalb dieser Stadt erwerben konnten, sich mit der Stadt verbunden fühlen würden. Aus diesem Grund kann in der großzügigen Verteilung von Stadtgrund nicht nur ein Mittel zur Bekämpfung der urbanen Entfremdung, sondern auch zur Entschärfung des Klassenkonflikts verortet werden.<sup>131</sup>

So sehr die Bodenreformer auch spekulative Bauprojekte ablehnten, eine radikale Umstrukturierung der bestehenden sozialen Struktur stand nie in ihrem Sinn. Die Ideologie der Bodenreformer richtete sich hauptsächlich, wie auch jene anderer konservativer Reformgruppen der Jahrhundertwende, gegen die Großstadt und das Leben in Mietshäusern per se. Exemplarisch sei hier die Heimatschutz-Bewegung, welche sich der Bewahrung der unverfälschten nationalen Kultur des deutschen und somit auch österreichischen Landes verschrieben hatte, genannt. Gewünscht war das Wohnungseigentum, mit einer Präferenz für alteingesessene Bau- und Architekturformen. Obwohl sie zwar weniger nationalistisch und rassistisch als die sich dem Motto „Zurück aufs Land“ verschriebene Heimatschutz-Bewegung, war die Bewegung der Bodenreformer ebenso politisch wie ökonomisch konservativ.<sup>132</sup>

In Fragen der Methodik unterschied sich Scheus Programm grundlegend von den Vorschlägen der Bodenreform-Gruppen: Enteignung verfügbaren Baulandes in der Stadt für gemeinnützige Zwecke, Erwerb von Beteiligung an großen Versicherungsgesellschaften zum Zwecke der Investition in den kommunalen Wohnungsbau, ein Baumanagement durch Einrichtung eines

---

<sup>130</sup> Ebenda, bzw. 115.

<sup>131</sup> Ebenda.

<sup>132</sup> Ebenda, bzw.: Joachim *Petsch*, The German Werkbund from 1907 to 1933 and the Movements for the 'Reform of Life and Culture'. In: Lucius *Burckhardt* (Hg.), The Werkbund: History and Ideology, 1901 – 1933 (New York 1980), 85-93, hier 88.

effizient organisierten Stadtbauamts, welches die Bautätigkeiten kooperativer Baugenossenschaften koordinieren und die Überwachung der Produktion und der Verteilung des Baumaterials leiten würde und schließlich die Einführung eines Systems der Mieterselbstverwaltung in den neuen Wohnbauten.<sup>133</sup>

Der Gemeinde oblag die Aufgabe, für die Bereitstellung von Geldmitteln, Bauland, öffentlichen Verkehrsmitteln und urbaner Infrastruktur zu sorgen, der Entwurf und die Errichtung der Bauten sollte bei den ausführenden Baugenossenschaften liegen.<sup>134</sup>

Scheus Wohnbaureformvorschläge, die am Vorabend einer Gemeinderatswahl von einem Gemeinderatsmitglied in einem Organ der Wiener sozialdemokratischen Partei veröffentlicht wurden, zeigen deutlich, in welche Akzente die Sozialdemokratie mit ihrer Positionierung zu setzen gedachte. Seit 1914 waren die Vorschläge Scheus der erste Hinweis darauf, welche Methoden die Sozialdemokraten zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Wien anwenden wollten.<sup>135</sup>

Die Architekturhistorikerin Eve Blau verortet diesen politischen Paradigmenwechsel zum einen in der Schwierigkeit, durch die enormen finanziellen Engpässe um 1919, größere Bautätigkeiten durchzuführen. Andererseits kann diese Verschiebung auch ideologisch begriffen werden, denn Scheu und die sozialdemokratischen Führungspersonlichkeiten, darunter der neue Wiener Bürgermeister Jakob Reumann, waren deutlich von den englischen Gartenstadtideen kooperativen Eigentums und Managements beeinflusst. Ebenso wahrscheinlich ist allerdings auch die Beeinflussung durch den 1908 von Gustav Landauer in Deutschland gegründeten linken Flügel der deutschen Gartenstadtbewegung, dem antikapitalistischen Sozialistischen Bund. Dieser plädierte für eine Kombination aus Dezentralisierung und einer dem gegenseitigen Nutzen opportunen ökonomischen Wechselbeziehung in Form eines „Bundes wirtschaftlich unabhängiger Gemeinden, die nach Grundsätzen der Wechselseitigkeit miteinander agieren“.<sup>136</sup>

Ebenso möglich erscheint die Inspiration der sozialdemokratischen Führung durch das Beispiel Amsterdam, wo die Beziehung zwischen der sozialdemokratischen Stadtregierung und den Baugenossenschaften zur nachahmenswerten Entwicklung der südlichen Peripherie der Stadt geführt hatte.<sup>137</sup>

---

<sup>133</sup> Blau, Rotes Wien, 115.

<sup>134</sup> Ebenda.

<sup>135</sup> Ebenda.

<sup>136</sup> Ebenda, bzw.: Gustav Landauer zitiert in: Iain Boyd Whyte, Bruno Taut and the Architecture of Activism (Cambridge 1982), 54.

<sup>137</sup> Blau, Rotes Wien, 115. Zum Amsterdamer Wohnungsbau siehe auch Max Eisler, Der Baumeister Berlage (Wien 1920), bzw.: Nancy Stieber, Housing Design and Society in Amsterdam: Reconfiguring Urban Order and Identity, 1900-1920 (Chicago 1998).

Die Basis des kommunalen Programmes bildete die systematische Umstrukturierung der Stadtfinanzen. Federführend waren hierbei vor allem zwei Persönlichkeiten: Der Präsident des Wiener Landtages, Robert Danneberg und der Finanzstadtrat Hugo Breitner. Der Jurist Danneberg hatte 1908 die Verantwortung für das Bildungs- und Kulturprogramm der sozialdemokratischen Partei übernommen, ebenso war er mit der Herausgabe der Zeitschrift „Die Bildungsarbeit“ betraut, in welcher diese Programme erörtert wurden. Darüber hinaus zeichnete er sich für die Erarbeitung der Wohnbaupolitik der Partei und die Schaffung des Netzwerkes zusammenwirkender Einrichtungen verantwortlich, die das Wohnbauprogramm des Roten Wien festsetzten. Eine wichtige Rolle sollte Danneberg bei der Reform der Struktur der Wiener Kommunal- und Landessteuern spielen. Dabei arbeitete er eng mit dem ehemaligen Direktor der Österreichischen Länderbank, dem Banker und Sozialisten Hugo Breitner, zusammen.<sup>138</sup>

Breitners Stellung innerhalb der Politik war ambivalent. In den konservativen Reihen gering geschätzt und bei den Sozialdemokraten wegen seines wirtschaftlichen Scharfsinns beliebt, galt er auf beiden Seiten als Finanzgenie. Kern der Finanzpolitik Breitners war die Finanzierung des umfangreichen Bauprogrammes des Roten Wien durch laufende Steuereinnahmen und nicht durch Hypothekendarlehen. Diesen Entschluss begründete er damit, dass er die Auffassung vertrat, in Zeiten wie diesen nicht mit geliehenem Geld haushalten zu können. Breitner war gegen das Schuldenmachen, er wollte lieber seine Aktivitäten einschränken und schuldenfrei bleiben.<sup>139</sup>

Das von Hugo Breitner entwickelte Finanzprogramm beinhaltete eine Umwandlung allgemein fixierter indirekter Steuern in stark progressive direkte Steuern nach sozialen Gesichtspunkten. Realisiert werden sollte dies durch eine weitgehende Eigenfinanzierung und den Verzicht auf Aufnahme eines Kredites, eine sozial gerechtere Wohnbausteuer, die vorwiegend die großen bürgerlichen Etagenwohnungen und innerstädtischen Palais mit Personalräumen belastete, dafür jedoch die kleinstbürgerlichen Schichten so gut wie möglich schonen sollte, eine sparsame Kostengestaltung im Bau- und Transportwesen mit einer preisgünstigen Vermietung und dem Verzicht auf Amortisationskosten der Wohnobjekte, eine

---

<sup>138</sup> Blau, Rotes Wien, 163.

<sup>139</sup> Blau zitiert hier *Die Neue Wirtschaft* (11. Juni 1925), 10 nach Felix Czeike, Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1881 – 1934): Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien (Wien 1962), 91.

Einführung verschiedener Luxussteuern<sup>140</sup> und den Verzicht auf Profit bei städtischen Betrieben und Unternehmungen.<sup>141</sup>

Die bereits unter dem ehemaligen Bürgermeister Doktor Karl Lueger kommunalisierten Versorgungsbetriebe wurden von der Gemeinde übernommen und auch ehemals private Versorgungsdienste wurden nun auf nicht mehr profitorientierter Basis weitergeführt. Die Tarife für Strom, Gas und Wasser wurden von der sozialdemokratischen Verwaltung auf den Selbstkostenpreis gedrückt, die als „unsozial“ bezeichnete Mehrwertsteuer unterlassen. Um all diese Maßnahmen aus- und durchführen zu können, bedurfte die Stadtverwaltung einer gut ausgebildeten, funktionierenden und vor allem nicht korrupten Beamtenschaft. Die ständige Weiterbildung und Schulung der Beamten sollte durch die Einrichtung einer Verwaltungsakademie mit zweijährigen Fortbildungskursen sicher, die vor allem im Bereich der Eintreibung von Gemeindesteuern förderlich war. Die Betroffenen versuchten immer wieder, Steuerabgaben zu entgehen. Trotz Kontrollen und der Androhung schwerer Geldstrafen versuchten zahlreiche Betriebe die Breitner'schen Steuerabgaben durch Schwarzarbeit, unbezahlte Heimarbeit oder Auslandseinkäufen zu umgehen.<sup>142</sup>

Die Grundsteuer spielte im Gemeindebudget keine große Rolle, da sie nur auf unverbautem Grund, das heißt, primär landwirtschaftlich genutzten Parzellen eingehoben wurde. Wirtschaftlich Schwache waren auch hierbei besonders begünstigt. Als Siedlungs- und Schrebergärten verwendete Grünflächen und jene, die für Kleingärten verwendbar waren, wurden mit der niedrigsten Grundsteuer, 0,32 Groschen pro Quadratmeter, besteuert. Bei einem Umsatz von 492.000 Schilling im Jahr 1930 war der Ertrag dieser Abgabe dementsprechend bescheiden.<sup>143</sup>

Die in den ersten Jahren der sozialdemokratischen Verwaltung noch von der Gemeinde eingehobene Bodenwertabgabe wurde wieder aufgelassen, da sie durch die infolge des weitgehenden Mieterschutzes bedingte Ertraglosigkeit des Realbesitzes nicht weiter entwickeln konnte. Nach der Lockerung des Mieterschutzes ging die Gemeinde 1929 wieder dazu über, eine beschränkte Bodenwertabgabe bei verbauten Grundstücken, die nicht in ihrem eigenen Besitz lagen, einzuheben. Mit ersten Jänner 1930 erfolgte die Einhebung auch für unverbaute Gründe. Im Stichjahr 1930 brachten beide Abgaben zusammengerechnet einen Betrag von 3,84 Millionen Schilling ein.<sup>144</sup>

---

<sup>140</sup> Beispielsweise auf die Beschäftigung von Hauspersonal oder das Halten von Automobilen und Zweitwohnungen.

<sup>141</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 27.

<sup>142</sup> Ebenda, bzw. 28.

<sup>143</sup> Ebenda.

<sup>144</sup> Ebenda, bzw. 31.

Wer im Stadtgebiet vermietbare Räume in Gebäuden besaß, musste die sogenannte Wohnbausteuer entrichten. Dies galt sowohl für die Hausbesitzer selbst, als auch für die Eigentümer von Villen und Stadtpalästen, egal, ob diese bewohnt waren oder nicht. Die Wohnbausteuer stellte eine der meisten umkämpften und verhassten Reformen dar, denn sie war scharf gesellschaftskritisch gestaffelt und betraf vor allem die Luxuswohnungen, Villen und Stadtpaläste. Bemessen wurde sie am Goldzins. Die Skala war so gefächert, dass Kleinwohnungen nur geringfügig, Luxusobjekte jedoch außerordentlich hoch besteuert wurden. In Zahlen ausgedrückt: Die Steuer betrug das 300-fache des Goldzinses bei Kleinwohnungen, wie sie von den meisten Arbeitern bewohnt wurden und stieg auf das 1.800-fache des Goldzinses bei großen Luxuswohnungen und Villen.<sup>145</sup>

Bei der Bemessung der Steuer für Geschäftslokale und Betriebsstätten lag die Orientierung ebenfalls auf der Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Für die Betriebsstätten wurde eine eigene Skala etabliert, die es vom sozialen Standpunkt aus rechtfertigte, dass sich bei großen Objekten wesentlich geringere Steuerbelastungen ergaben als bei großen Wohnungen.<sup>146</sup>

Bezeichnend ist, dass es sich bei der Wohnbausteuer um eine reine Zwecksteuer handelte, bei welcher nichts davon für allgemeine Gemeindezwecke verwendet wurde. Der Ertrag der Wohnbausteuer diente der Verzinsung einer Wohnbauanleihe der Gemeinde und hauptsächlich der Finanzierung des Wohnbaus sowie der Förderung des Siedlungswesens.<sup>147</sup>

Obwohl der Finanzstadtrat Hugo Breitner von seinen politischen Gegnern des Öfteren in beleidigenden und antisemitischen Karikaturen als „Steuerbolschewist“, „Steuersadist“ oder „Steuervampir“ beschimpft wurde, bewirkte sein neues Steuersystem aufgrund seiner sozial extrem kompensatorischen Staffelung positive Veränderungen für den Wohnungsmarkt: Mangels Angeboten auf dem Privatmarkt sahen sich Eigentümer von kleineren Grundstücken und aristokratische und großbürgerliche Familien, welche Anteile an dem städtischen Boden besaßen gezwungen, ihre Parzellen an die Stadtverwaltung zu verkaufen. So bekämpften die Sozialdemokraten einerseits erfolgreich die private Grundstücksspekulation, andererseits erhielten sie auf diesem Wege oftmals sehr preiswerte, oft größere und zusammenhängende, Grundstücke für ihre Großwohnbauvorhaben.<sup>148</sup>

Des Weiteren brachte der im Folgenden ausführlicher erklärte Mieterschutz einen Kündigungsschutz. Darüber hinaus wurde der Mietzins durch die Aufspaltung in Grundmietzins, Instandhaltungs- und Betriebskosten auf ein Minimum gesenkt, sodass private

---

<sup>145</sup> Ebenda.

<sup>146</sup> Ebenda.

<sup>147</sup> Ebenda.

<sup>148</sup> Ebenda, bzw. 32.

Bautätigkeiten unrentabel wurden. Die allgemeine Mietzinsregelung wurde mit Mai 1922 eingeführt und mit 20. Jänner 1923 statt der bisherigen Mietzinsabgabe die neue Wohnbausteuer beschlossen – die die eigentliche Basis für das umfangreiche Wohnbauprogramm der Sozialdemokraten bildete.<sup>149</sup>

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das umfangreiche kommunale Wohnbauprogramm des Roten Wien stellte der sogenannte „Mieterschutz“ dar. Am 1. Mai 1922 mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Großdeutschen gesetzlich fixiert, ging er ursprünglich auf eine Notverordnung aus dem Jahr 1917 zurück. Der Mieterschutz gehörte zu einer ganzen Reihe beschwichtigender Notmaßnahmen Kaiser Karls, welche dieser zwischen 1916 und 1917 erlassen hatte. Am 26. Jänner 1917 erließ der kaiserliche Staat eine „Verordnung über den Schutz der Mieter“, welche das Kündigungsrecht der Hausbesitzer eindämmen und das Einfrieren der Mietzinse erreichen sollte. Primär wandte sich die neue Verordnung gegen die vorwiegend zu Kriegsbeginn einen wahren Boom erlebende Sitte, die Mieten aufgrund der Geldentwertung drastisch zu erhöhen und jene zu kündigen, die nicht zahlen konnten.<sup>150</sup>

Der neue Mieterschutz diente nicht gerade dem Wohlgefallen der Hausbesitzer, denn dadurch, dass ihnen das Kündigungsrecht eingeschränkt und die Erhöhung der Mietzinse verboten worden war, war die private Vermietung von Haus- und Grundeigentum kaum noch rentabel, woraus ein starker Rückgang privater Bautätigkeiten resultierte. Durch das Einfrieren der Mietzinse auf das Preisniveau vor 1914 verloren Hausbesitzer und Baugesellschaften die Motivation für teilweise dringend notwendige Renovierungsarbeiten und zu allgemeinen sanitären Verbesserung der Wohnungen, wodurch die Wohnhäuser immer mehr an Wert verloren und verfielen. Dementsprechend kam die private Bautätigkeit, obwohl Neubauten nach 1917 nicht unter die Maßnahmen des Mieterschutzes fielen und bis 1947 von allen Gemeindesteuern befreit waren, fast vollständig zum Erliegen.<sup>151</sup>

Wohnungsablösen durch den Hausbesitzer oder Hausverwalter waren verboten. Da die Miete in einen gesetzlich geregelten und preisgesicherten Grundmietzins, Instandhaltungszins und Betriebskosten aufgespaltet worden war, war für die Hauseigentümer keine Möglichkeit gegeben, hohe Mieten zur Rückzahlung der durch etwaige Kreditaufnahmen entstandenen erhöhten Baukosten und Kapitalausgaben zu verlangen. Zudem schrieb der Mieterschutz eine polizeiliche Anmeldepflicht vor, sodass es unmöglich war Doppelwohnsitze zu erhalten.<sup>152</sup>

---

<sup>149</sup> Ebenda.

<sup>150</sup> Ebenda.

<sup>151</sup> Ebenda.

<sup>152</sup> Ebenda.



Die Vergabe von Wohnungen erfolgte nicht nach dem Einkommen der Wohnungswerber, sondern nach dem Bedarf. Für gewöhnlich erfolgte in einem marktwirtschaftlichen System die Vergabe von Wohnungen nach der Höhe des Familieneinkommens. Die Gemeinde Wien setzte diesem Prinzip der Wohnungsvergabe ein Verteilungssystem entgegen, bei welchem die Wohnungsnot der gesamten Bevölkerung objektiv gemessen wurde und die Wohnungen dementsprechend nach der Dinglichkeit vergeben wurden. Die Familienumstände und bisherigen Wohnverhältnisse wurden nach einem Punkteschema erfasst und die Wohnungssuchenden in Wartelisten gereiht.<sup>153</sup>

Die Wohnungszuteilung wurde vom Wohnungsamt übernommen, die öffentlich einem Punktesystem erfolgte, das die Wohnungswerber in schwere, mittlere und leichtere Bedürftigkeitsklassen zusammenfasste. Auch hier erfolgte eine Zuteilung zu den Klassen nach Punkten: 1-5 (leicht), 5-9 (mittel) und 10 oder mehr (schwer). Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht anschaulich, welche Kriterien bei der Aufnahme zu tragen kamen<sup>154</sup>:

Österreichischer Staatsbürger	1	Invaldität 66-90%	2
In Wien geboren	4	Halbinvaldität weniger als 66%	1
Heimatberechtigt in Wien	1	Kündigung	5
In Wien seit 1.8. 1914 ansässig	3	Untermieter	2
In Wien erst seit einem Jahr ansässig	1	Bettgeher	2
Jung vermählt	1	Wohnungshygiene	1-2
Mehr als 1 Jahr vermählt	2	Unbewohnbarkeit	5
Lebensgemeinschaft	1	Obdachlosigkeit	5

<sup>153</sup> Wilhelm Kainrath, Die gesellschaftspolitische Bedeutung des kommunalen Wohnbaus in Wien der Zwischenkriegszeit. In: *Presse- und Informationsamt der Stadt Wien* (Hg.), *Kommunaler Wohnbau in Wien* (Wien o.J.), o.S., zitiert nach: *Weihsman*, Das Rote Wien, 37.

<sup>154</sup> *Weihsman*, Das Rote Wien, 37.

Pro Kind unter 14 Jahren	1	Küchenmangel	1
Pro Kind über 14 Jahren	2	Überbelegung der Wohnung	1
Getrennter Haushalt	2	Krankheit in Zusammenhang mit Wohnverhältnissen	1
Schwangerschaft	1	Parteizugehörigkeit	?
Kriegsbeschädigt	5		

(Abbildung 1: Punktesystem zur Wohnungszuteilung. Quelle: Charles O. Hardy, The Housing Programme of the City of Vienna (Washington D.C. 1934). In: *Weihsman*, Das Rote Wien, 37.)

Anhand dieser Tabelle soll verdeutlicht werden, dass dieses System länger bestehende, beziehungsweise geordnete Familienverhältnisse begünstigte. Allerdings war ein Eintrag in das Parteibuch oder die Vorlage eines Trauscheines nicht zwingend notwendig. Auffallend ist, dass dieses System gewisse Schutzmaßnahmen gegen Zuwanderung aus dem Ausland enthielt, das heißt, Wiener wurden eher als Wohnungswerber berücksichtigt als Wohnungssuchende aus den Bundesländern. Somit erscheint die Beurteilung objektiver Notlagen durch „heimatrechtliche“ oder familienrechtliche Aspekte relativiert.<sup>155</sup>

Der Zins für die Gemeindewohnungen wurde in einer zur Deckung der Instandhaltungs- und Betriebskosten notwendigen Höhe bestimmt, des Weiteren flossen die Gebrauchswerte kommunaler Sanitäreinrichtungen, Bauqualität und Wohnkomfort in die Höhe der Miete ein. Alle Betriebskosten, für die Mieter aufzukommen hatten, darunter Wasserverbrauch, Reinigungsarbeiten, Kanalräumung und Versicherung, wurden von den Mietparteien eingefordert. Die Instandhaltungskosten wurden zunächst nach Erfahrungswerten ermittelt. Bei Neubauten waren naturgemäß keine nennenswerten Instandhaltungsarbeiten zu tätigen, sodass etwaige Überschüsse in einem separaten Fonds für die Zukunft angelegt wurden. Dadurch sollte verhindert werden, dass Mieterparteien in den ersten Jahren wenig zahlten, dafür jedoch Mieter, die gerade während einer Phase vermehrter Reparaturen in den Gebäuden wohnten, für Instandhaltungsarbeiten vergangener Jahre aufkommen mussten.<sup>156</sup>

Das Primärziel der Stadtverwaltung lag in der Aufwertung der niedrigen Wiener Wohnkultur. Bei der Anlage der Gemeindewohnungen sollte sowohl Rücksicht auf wohnhygienische und

<sup>155</sup> *Weihsman*, Das Rote Wien, 37.

<sup>156</sup> Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien (a.a.O.), 42ff.

gärtnerische, als auch auf Forderungen nach einem „grünere“ Wien genommen werden. Grundsätzlich wurden bei Neubauten nur rund 50% der Geländefläche verbaut, der Rest wurde in Höfen mit Gartenanlagen und Grünflächen belassen. Jede Wohnung war mit einem der direkten Besonnung ausgesetzten Raum auszustatten, die Errichtung von Lichthöfen zur Belichtung von Wohn- und Aufenthaltsräumen entsprach kaum noch der Praxis. Im Gegensatz zur sogenannten „Bassenawohnung“<sup>157</sup> waren die Wohnungen nicht von einem Gang aus erschlossen, sondern lagen maximal zu viert pro Stockwerk an der Treppe. Jede Wohnung erhielt ihre eigene sich innerhalb der Wohnung befindende Toilette, in jeder Küche wurde ein Wasseranschluss installiert. Die im Wiener Volksmund scherzhaft als „indische Klos“ bezeichneten Toiletten jenseits des Ganges und das eigentliche Hauptcharakteristikum des Arbeiterhauses, die Bassena, gehörten nunmehr der Vergangenheit an.<sup>158</sup>

Anstelle der kontaktfördernden, doch kaum als hochwertig zu bezeichnenden Wohnverhältnisse in Bassenahäusern trat die Privatisierung des Wohnens. Die vormals so gefürchteten Hofwohnungen erlebten einen regelrechten Hype durch den Blick auf Grünflächen und die Anlage von Spielwiesen für Kinder und Ruheplätze für Erwachsene und wurden nun gegenüber straßenseitig gelegenen Wohnungen sogar bevorzugt.<sup>159</sup>

Die Gemeindewohnungen lassen sich in zwei Kategorien klassifizieren<sup>160</sup>:

In etwa 75% der 25.000 Etagenwohnungen des ersten Wohnbauprogrammes waren Wohnküche-Zimmer-Wohnungen von 38m<sup>2</sup> Nutzfläche, die restlichen 25% beliefen sich auf die im Wiener Lokalkolorit als „Zimmer-Küchl-Kabinett“- bezeichneten Wohnungen von 48m<sup>2</sup> Nutzfläche. Obwohl im internationalen Vergleich für die 1920er-Jahre eher bescheiden dimensioniert, waren die Größen der Wiener Wohnungen gemessen an deren niedrigen Standard fortschrittlich.<sup>161</sup>

Aufgrund der Kritik des Internationalen Wohn-und Städtebaukongresses in Wien 1927 änderte die Gemeinde ihre Richtlinien. Ab 1928 begann die Gemeinde mit dem Bau von Wohnungen zu 21m<sup>2</sup> für Junggesellen und Ledige, die aus einem Raum bestanden und

---

<sup>157</sup> Vor dem um 1923 herum einsetzenden sozialen Wohnbau galten in Wien Bassenawohnungen „en vogue“. Die sanitären Einrichtungen wie Toiletten und Wasserleitungshähne befanden sich auf dem Gang und wurden von mehreren Familien gemeinschaftlich genutzt. Vgl. dazu: Helmut *Weihsmann*, Das Rote Wien.

Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik (Wien 2013), bzw. Josef *Ehmer*, Familienstruktur und Arbeiterorganisation im frühindustriellen Wien (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 13, Wien 1980).

<sup>158</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 39.

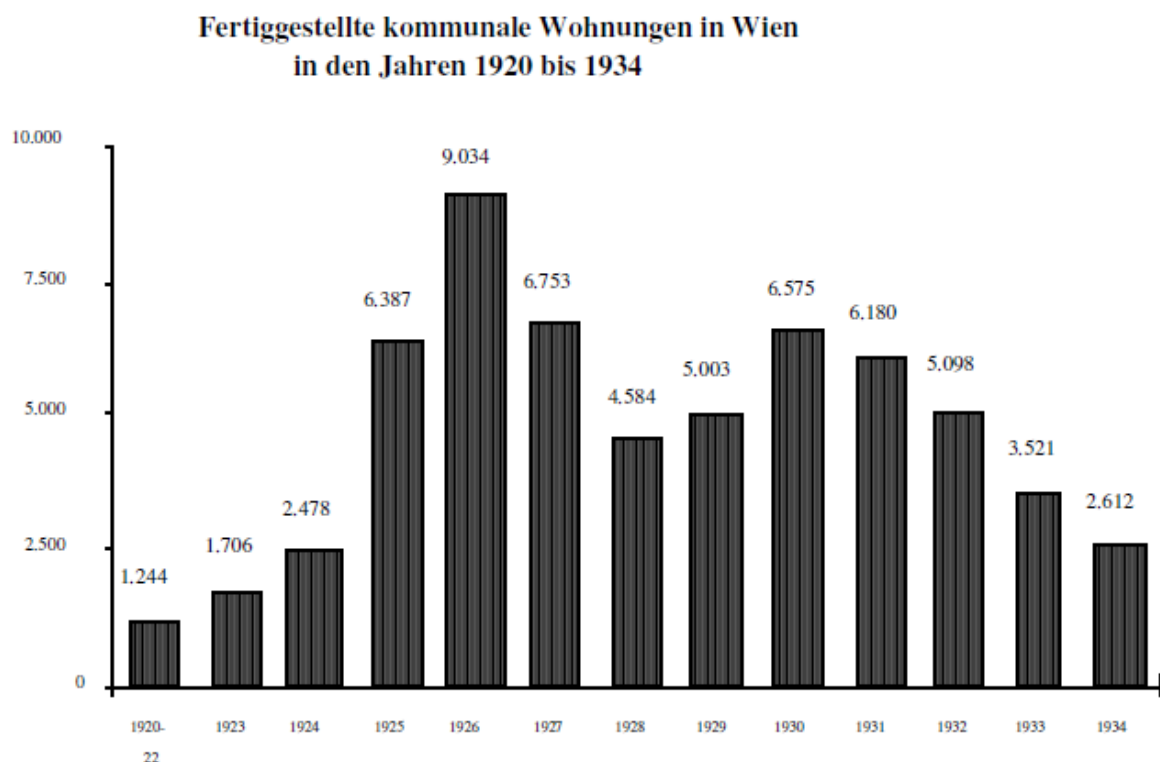
<sup>159</sup> Ebenda.

<sup>160</sup> Ebenda.

<sup>161</sup> Nach einer amtlichen Zählung 1919 durch die Wohnungsaufnahme des Wohnungsamtes der Gemeinde Wien verfügten nur 2,29% aller Wohnungen über ein Vorzimmer, 8% über ein eigenes WC und 5% über eine eigene Wasserleitung. Am 12. April 1919 wurden in Wien 554.545 Wohnungen gezählt, von denen 405.191 Kleinstwohnungen, bestehend aus einer Größe von maximal 28m<sup>2</sup>, waren und höchstens aus einem Zimmer und einer Küche, zumeist nur aus einem einzigen Raum, bestanden. Vgl. dazu: Hans *Riemer*, Ewiges Wien. Eine kommunalpolitische Skizze (Wien 1945), 43.

anstelle einer Küche über eine Kochnische und einen Gasherd verfügten, Wohnungen zu 40m<sup>2</sup> mit einem Schlafraum und einem Wohnraum und, nach Möglichkeit, einem Balkon, Wohnungen zu 49m<sup>2</sup> mit zwei Schlafzimmern und einem Wohnraum sowie einer Loggia oder einem Balkon und Wohnungen zu 57m<sup>2</sup> mit zwei großen Zimmern und einem Kabinett. Jede Wohnung verfügte über einen Vorraum und ein eigenes Kellerabteil. Die Küchen waren meistens Wohnküchen.<sup>162</sup>

Die nachfolgende Graphik verdeutlicht, wie viele kommunale Wohnungen während der Jahre 1920 und 1934 fertiggestellt wurden<sup>163</sup>:



(Abbildung 2: Fertiggestellte kommunale Wohnungen in Wien in den Jahren 1920 bis 1934. Quelle: Felix Czeike, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien, Wien 1980, 10.)

Die Herkunft der am Bau der Wiener Gemeindebauten des Roten Wien beteiligten Architekten ist durch große Heterogenität gekennzeichnet. Von 1919 bis 1934 beauftragte die Gemeinde Wien neben beamteten Architekten der Magistratsabteilung für Hochbau, über 190 freischaffende private Architekten mit der Planung von 384 Kommunalwohnprojekten. Bis 1923 waren es primär anonyme beamtete Architekten der Gemeinde Wien, deren Namen lediglich durch die Nennung auf Bautafeln oder aus den Festschriften bekannt sind. Nach der

<sup>162</sup> Weihsmann, Das Rote Wien, 40.

<sup>163</sup> Felix Czeike, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien (Wien 1980), 10.

Verabschiedung des ersten Wohnbauprogrammes wurden mehr Architekten benötigt, als dem Stadtbauamt zur Verfügung standen.<sup>164</sup>

Zwischen 1919 und 1934 entstanden in Wien 63.924 neue Wohnungen, 58.667 befanden sich in Mehrfamilien-, 5.257 in Einfamilienhäusern. In der Praxis bedeutete dies, so der Historiker Helmut Gruber, dass sich jede zehnte Wohnung in einem der neu errichteten Bauten befand. Allerdings konnte der „Vorzeigecharakter“ des Wohnbauprogrammes nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wien weit davon entfernt war, zum „Mekka für Sozialisten aus aller Welt“<sup>165</sup> zu werden, wie der österreichische Politiker Karl Honay es ausgedrückt hatte. So bemerkenswert die Errungenschaften des Roten Wien in wohnbaulicher Hinsicht auch sind, es darf nicht vergessen werden, dass zeitgenössische Angaben dieser Jahre stets die Wichtigkeit und den Erfolg dieser Reformen betonen, Kritik daran jedoch stets ausgeklammert wurde.<sup>166</sup>

Das Gros der von städtischen Beamten und Politikern präferierten Architekten entstammte jenen, die in Wien ansässig waren, wobei die meisten der Schule Otto Wagners entstammten. Die Gemeindebauten wurden trotz internationaler Anerkennungen englischer, niederländischer, skandinavischer und amerikanischer Delegationen aufgrund ihrer architektonischen Leistungen und dementsprechend nicht als zeitgemäße Architektur eingestufte Darstellung von den damaligen Fachleuten gering geschätzt. Namhafte Architekturkritiker und Vertreter der modernen Architekturtheorie, darunter Adolf Behne und Alexander Schwab, mokierten sich über die ästhetische Rückständigkeit der Gemeindebauten. Erst ab dem Schlüsseljahr 1968 wurde die bis dahin vorherrschende Meinung revidiert und die Architektur der Gemeindebauten unter dem Blickwinkel der beginnenden Neuwertung der modernen Architekturkritik betrachtet.<sup>167</sup>

Im Folgenden werden zwei Bauwerke des Roten Wien, der Karl-Marx-Hof in Wien-Döbling und das Amalienbad in Favoriten, näher vorgestellt.

### **8.1.1 Karl-Marx-Hof**

Mit dem Entschluss der Wiener Gemeindeverwaltung, auf der Hagenwiese in Wien-Heiligenstadt eine Wohnhausanlage zu errichten, sah sie sich mit dem größten Bauvorhaben konfrontiert, welches jemals im Rahmen der Errichtung einer Wohnhausanlage zu lösen war. Von den Handelsgärtnereien zwischen der Heiligenstädterstraße und dem Damm der Franz-

---

<sup>164</sup> Ebenda, bzw. 132.

<sup>165</sup> Karl Honay, „Aufbauarbeiten in Krisenzeiten. Der Wiener Stadthaushalt im Jahre 1932“. In: Der Sozialdemokrat (1, 1932), 6-8 zitiert nach: Gruber, Red Vienna, 46.

<sup>166</sup> Gruber, Red Vienna, 46f.

<sup>167</sup> Weihsmann, Das Rote Wien, 130.

Josephs-Bahn begrenzt, dehnte sich die zu verbauende Hagenwiese mehr als einen Kilometer aus.<sup>168</sup>

Die wichtigste Frage dabei war, ob eine Siedlung, eine Gartenstadt oder eine geschlossene Wohnhausanlage errichtet werden sollte, der Entschluss fiel auf eine geschlossene Wohnhausanlage mit großen Gartenhöfen.<sup>169</sup>

Der zwischen 1927 und 1930 von Karl Ehn erbaute Karl-Marx-Hof zählt, obwohl er nicht der größte der Wiener Gemeindebauten ist, bis dato zu den bekanntesten und eindrucksvollsten Gemeindebauten der Stadt Wien.<sup>170</sup>

Karl Ehn, geboren am 1. November 1884 in Wien, verstorben am 26. Juli 1959 ebenda, studierte bei Otto Wagner an der Akademie der bildenden Künste. 1908 trat er in den Dienst des Stadtbauamtes der Gemeinde Wien ein, wo er bis zu seiner Pensionierung 1950 blieb. In den 1920er-Jahren galt Karl Ehn als einer der Hauptverantwortlichen für den kommunalen Wohnbau des Roten Wien, sein bekanntestes Projekt ist der Karl-Marx-Hof in Wien-Döbling. Als Oberbaurat und Leiter der damaligen MA 22, welche unter anderem für Architektur zuständig war<sup>171</sup>, arbeitete Ehn auch unter den geänderten politischen Verhältnissen, erhielt allerdings keine nennenswerten Aufträge mehr.<sup>172</sup>

Ehn ging bei der Errichtung des Karl-Marx-Hofes von einer, wie Kunsthistorikerin Eve Blau beschreibt, ziemlich getreuen Übernahme der lokalen Bautraditionen zu einer freieren „dimensionalen Interpretation von Ideen“<sup>173</sup> über. Griff sein erster Gemeindebau an der Balderichgasse in Wien-Hernals aus dem Jahr 1923 noch auf die Ornamentik des Biedermeier zurück, so zeigte sich bereits in der Siedlung Hermeswiese 1923 deutlich eine Kombination von lokalem Baustil und dem damals en vogue seienden, durch die englische Gartenstadtarchitektur geprägten „Arts and craft“-Stil.

Bei dem ebenfalls von Karl Ehn im 18. Bezirk errichteten Lindenhof 1924 waren die Anklänge aus Biedermeierzeiten nahezu verschwunden, die lokalen Bezüge traten in den Vordergrund, hierbei jedoch kombiniert mit den Einflüssen der damals gängigen „Amsterdamer Schule“, die primär an den Fassaden zu erkennen sind.<sup>174</sup>

---

<sup>168</sup> Vgl. dazu: Broschüre zur Errichtung des Karl-Marx-Hofes, 1-19, 1. Online unter: [www.dasrotewien.at/bilder/d44/Karl-Marx-Hof.pdf](http://www.dasrotewien.at/bilder/d44/Karl-Marx-Hof.pdf) (letzter Aufruf: 14.03.2016, 09:59).

<sup>169</sup> Ebenda.

<sup>170</sup> *Weihsman*, Das Rote Wien, 398.

<sup>171</sup> *Magistratsdirektion – Stadtbauverwaltung der Bundeshauptstadt Wien* (Hg.), 150 Jahre Wiener Stadtbauamt (Wien 1985), 31.

<sup>172</sup> Vgl. dazu: *Weihsman*, In Wien erbaut, 75, bzw. 76.

<sup>173</sup> Vgl. dazu: *Blau*, Rotes Wien, 437f.

<sup>174</sup> Ebenda.

Beim Karl-Marx-Hof wichen die expressionistischen Details und facettierten Flächen glatten Mauern und einer nahezu kubistischen Volumetrie. Die Errichtung erfolgte in drei Abschnitten, die Bauteile I und II wurden während 1929 und 1930 errichtet, der dritte Bauteil im August 1933 fertiggestellt. Die feierliche Eröffnung erfolgte am 12. Oktober 1930 im Beisein des Wiener Bürgermeisters Karl Seitz<sup>175</sup>:

„Wenn wir einst nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen.“

Ehn löste die ihm gestellte architektonische Aufgabe auf interessante Art. In der Mitte der Wohnhausanlage wurde, um die einen Kilometer lange Gebäudefront zu unterbrechen, ein sich zur Heiligenstädterstraße hin öffnender, gärtnerisch gestalteter und 10.480m<sup>2</sup> umfassender Platz geschaffen. An seiner Rückfront begrenzt der höchste Bauteil der Anlage, die fünf Stockwerke umfassende Überbauung jener Straße, die zum Sportplatz „Hohe Warte“ führt und mit sechs Turmaufbauten versehen ist, den Platz. Zutreffend ist hierbei auch der Leitspruch Otto Wagners, „artis sole domine necessitas.“<sup>176,177</sup>

Zum Zeitpunkt des Erstbezuges boten rund 1.382 Wohnungen Platz für circa 5.000 bis 6.000 Menschen. Die Gesamtfläche des Karl-Marx-Hofes beläuft sich auf 156.027m<sup>2</sup>, wovon allerdings „nur“ 18,4%, das entspricht 28.751m<sup>2</sup>, auf Verkehrs-, Spiel- und Gartenflächen entfallen 127.276m<sup>2</sup>, verbaut wurden. Auch die damals gängige Redewendung von einer „Stadt in der Stadt“<sup>178</sup> ist durchaus zulässig, denn innerhalb der Fassaden befanden sich Bäder, eine Mutterberatungsstelle, ein Jugendheim, eine Tuberkulosefürsorgeanstalt, eine Zahnklinik, mehrere Ordinationsräume, eine Apotheke, eine Bücherei, ein Postamt, Gaststätten und 25 Geschäftslokale, in den Innenhöfen Kindergärten, Wäscherein und eine Gebietskrankenkasse.<sup>179</sup>

Von zentraler Wichtigkeit gestaltete sich die Anlage der Zentralwaschküchen. Der Wohnblock sollte möglichst rauchfrei gehalten werden, weswegen von einer Kohlebefeuerung Abstand genommen wurde. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass bei entsprechend eingerichtetem Betrieb die Nutzung des Nachstromes möglich und billig wäre, fiel die Wahl auf die elektrische Wasserwärmung. Deren Vorteil bestand darin, dass in zwei Elektrokesseln von jeweils 1,35m Durchmesser und drei Meter Höhe mit Elektrodenheizungseinrichtungen das Wasser bis zu einem Druck von acht Atmosphären

---

<sup>175</sup> Weihsmann, Das Rote Wien, 401.

<sup>176</sup> „Der Kunst einzige Herrin ist die Notwendigkeit.“

<sup>177</sup> Vgl. dazu: *Broschüre zur Eröffnung des Karl-Marx-Hofes*, 1, bzw. 2.

<sup>178</sup> Ebenda.

<sup>179</sup> Ebenda.

geheizt werden und in zwei großen Kesseln von 3m Durchmesser und 15m Gesamtlänge gespeichert werden konnte.<sup>180</sup>

Zusammen umfassten die beiden Speicher 200m<sup>3</sup> Inhalt, genug, um den Betrieb einer Wäscherei und der damit verbundenen Bäderanlage während eines ganzen Betriebstages mit Wasser und Dampf versorgen zu können.<sup>181</sup>

Die Meinungen innerhalb der Presse zu dem wohnbaulichen Großprojekt können als ambivalent beschrieben werden. „Zehntausende Wiener“, so vermeldet die Arbeiterzeitung die Eröffnung des Karl-Marx-Hofes am Vortag in ihrem Leitartikel von Montag, dem 13. Oktober 1930, „strömten gestern nach Heiligenstadt, um das schöne Fest der Eröffnung des Karl-Marx-Hofes mitzufeiern. Mit Blumen und Fahnen, Girlanden und Transparenten war die riesige Wohnanlage reich geschmückt, keine Wohnung, kein Fenster war ohne Zier geblieben, mit rührender Mühe hatte die Bewohner ihrer Freude und Dankbarkeit Ausdruck gegeben, in den schönen Häusern eine Heimstätte gefunden zu haben.“<sup>182</sup>

Neben Bürgermeister Karl Seitz, der gemeinsam mit den Stadträten und Vertrauensmännern des Bezirks zur Eröffnung gekommen war, erläuterte Anton Weber, Stadtrat für Sozialpolitik und Wohnungswesen die Entstehungsgeschichte des Karl-Marx-Hofes<sup>183</sup>:

*„Der Bau ist nach dem großen Denker und Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus benannt worden und die Gemeindeverwaltung ist überzeugt, damit Karl ein würdiges Denkmal gesetzt, dem Bauwerk den ehrendsten Namen gegeben zu haben. Die neue Anlage steht als Zeichen einer neuen, einer demokratischen Bauzunft vor Ihnen, als ein Wahrzeichen des neuen Wien, an dem niemand achtlos vorrübergehen kann.“*<sup>184</sup>

Lässt sich in den Worten der Arbeiterzeitung noch deutlich die Euphorie über die Eröffnung des größten Gemeindebaukomplexes des Roten Wien erkennen, so berichtete die Wiener Zeitung in ihrer Ausgabe von Sonntag, dem 12. Oktober 1930, wesentlich „nüchterner“ darüber. In einem viertelseitigen Artikel werden den Lesern unter anderem Größe, Höhe und architektonische Gestaltung des Gemeindebaus beschrieben:

*„Heute, Sonntag, erfolgt die feierliche Eröffnung der großen Wohnhausanlage in Heiligenstadt durch Bürgermeister Seitz [...]. [...] Die Gesamtfläche des ‚Karl-Marx-Hofes‘ beträgt 156.027 Geviertmeter<sup>185</sup>, von denen aber nur 28.751 Geviertmeter verbaut wurden. Auf Verkehrs-, Spiel- und Gartenflächen entfallen 127.276*

---

<sup>180</sup> Ebenda.

<sup>181</sup> Ebenda.

<sup>182</sup> Arbeiterzeitung Nr. 283 (43. Jahrgang, Wien, 13. Oktober 1930), 1. Online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19301013&seite=1&zoom=43> (letzter Aufruf: 03.08. 2016, 16:45).

<sup>183</sup> Ebenda.

<sup>184</sup> Ebenda.

<sup>185</sup> Veralteter Ausdruck für Quadratmeter.



*Geviertmeter. Der Karl-Marx-Hof enthält 1382 Wohnungen, zwei Zentralwäscherein, zwei Bäder, [...].*<sup>186</sup>

Auch die Neue Freie Presse widmete sich der Eröffnung des Karl-Marx-Hofs in ihrer Ausgabe vom 13. Oktober 1930 lediglich auf einer Viertelseite. Knapp wurde der Ablauf der Eröffnungszeremonie skizziert, etwas ausführlicher die Rede des Bürgermeisters zitiert<sup>187</sup>:

*„Wir stehen in einer historischen Periode der Sachlichkeit, der stillen, aber energischen Aufbauarbeit. Möge man diese Gemeindeverwaltung und ihre Grundsätze bekämpfen, möge man in Worten gegen uns argumentieren, die Tat beweist! Mögen die Menschen, die in diesen neuen Gebäuden aufwachsen, einer besseren Zukunft entgegensehen.“*<sup>188</sup>

Bekannt wurden die Wiener Gemeindebauten, allen voran der eben erwähnte Karl-Marx-Hof und der Sandeleitenhof in Wien-Ottakring, auch durch die Februarkämpfe 1934. Von einem innenpolitischen Standpunkt aus gesehen verliefen die ersten Nachkriegsjahre in Österreich ruhig, wenngleich sich die beiden politischen Großparteien, Sozialdemokraten und Christlichsoziale, in einer weltanschaulichen Divergenz gegenüberstanden. Die Christlichsozialen, welche nach dem Scheitern der großen Koalition in einer Koalition mit den Großdeutschen die Regierung übernahmen, waren innerlich gespalten: Auf der einen Seite standen diejenigen, die für den Fortbestand der Monarchie plädierten, auf der anderen Seite all jene, die die Errichtung einer Republik Deutsch-Österreich forcierten.<sup>189</sup>

Letztlich fiel die Entscheidung zugunsten der Republik, allerdings wünschten sich die Regierungsträger den Anschluss an Deutschland, obwohl dies der Parteilinie der Christlichsozialen grundsätzlich fern gewesen war. Die wichtigste Führungspersonlichkeit war klar der am 19. Juli 1876 geborene und am 2. August 1932 in Pernitz verstorbene „Prälat ohne Milde“ Ignaz Seipel, der die Partei klar antimarxistisch ausrichtete. Seipel war daran gelegen, den verhassten linken Gegner auszuschalten und sich zu einem Einparteienstaat unter katholischer Flagge zu bekennen.<sup>190</sup>

Im konservativen Lager fanden diese antidemokratischen und antiparlamentarischen Ansichten raschen Anklang. Nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Frontkämpfervereinigungen, welche noch über ein großes Kontingent an Waffen verfügten, da die österreichische Armee offiziell nicht entwaffnet worden war, wurden von der

---

<sup>186</sup> Wiener Zeitung Nr. 237 (227. Jahrgang, Wien, 12. Oktober 1930), 2. Online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wrt&datum=19301012&seite=2&zoom=33&query=%22Karl-Marx-Hof%22&provider=P03&ref=anno-search> (letzter Aufruf: 03.08.2016, 17:04).

<sup>187</sup> Neue Freie Presse Nr. 23738 (Wien, 13. Oktober 1930), 7. Online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19301013&seite=1&zoom=43> (letzter Aufruf: 03.08.2016, 17:15).

<sup>188</sup> Ebenda.

<sup>189</sup> Vgl. dazu: Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (Graz/Wien/Köln 42002), 286.

<sup>190</sup> Ebenda.

christlichsozialen Partei in deren Sinne umgestaltet. Daraus resultierend entstand eine Parteiarmee, die Heimwehr. Darüber hinaus wurde auch die staatliche Exekutive unter dem Einfluss der christlichsozialen Regierung zunehmend ein Machtinstrument der Konservativen. Basierend auf der christlichen Soziallehre wurde die Errichtung eines „Stände-Staates“ propagiert, welcher nicht auf Geburts-, sondern auf Berufsständen fußen sollte. Dadurch sollte der Klassenkampf überwunden und ein „christliches Regime“ aufgebaut werden.<sup>191</sup>

Nach den Ereignissen in Schattendorf am 30. Jänner 1927 und damit verbunden dem Brand des Justizpalastes am 15. Juli desselben Jahres, geriet die christlichsoziale Regierung zunehmend unter Druck. Obwohl die Heimwehr zusehends unter den Einfluss des italienischen Faschismus, der sie in ihrer antimarxistischen Linie bestärkte, geriet, reagierte die Sozialdemokratie abwartend. 1930 postulierte die Heimwehrebewegung im sogenannten „Korneuburger Eid“ nochmals ihre Ablehnung der Demokratie und forderte vehement die Errichtung eines Ständestaates. Dies zeigt deutlich die faschistischen Bestrebungen eines Einparteienstaates. Bei den Nationalratswahlen im November 1930 kandidierten die Heimwehren als „Heimatblock“ und konnten neun Mandate für sich gewinnen, 66 entfielen auf die Christlichsozialen, auf den sogenannten „Schoberblock“, einem Wahlbündnis zwischen dem nationalen Wirtschaftsblock und dem Landbund, entfielen 19 Mandate. Dennoch verblieben die Sozialdemokraten mit 72 Sitzen im Parlament die stärkste Partei im Land. Die Panik der Christlichsozialen verstärkte sich bei den folgenden Lokalwahlen, die starke Zugewinne für die Nationalsozialisten brachte.<sup>192</sup>

Der christlichsoziale Politiker Kurt Schuschnigg gründete als seine persönliche Machtstütze die Ostmärkischen Sturmscharen, die stärker monarchistisch ausgerichtet waren und einen Gegenpol zu den Heimwehren darstellen sollten. Unter Führung des steirischen Heimwehrführers Walter Pfrimer versuchten Teile der steirischen Heimwehr 1931 einen Putsch, der allerdings fehlschlug. Pfrimer wurde des Hochverrats bezichtigt und angeklagt, aber freigesprochen.<sup>193</sup>

Als die beiden prägendsten Persönlichkeiten der Christlichsozialen, Ignaz Seipel und Johann Schober 1932 verstarben, trat eine völlig neue Generation junger Politiker ihr Erbe an, darunter Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg, die in der Regierung Buresch Ministerposten bekleidet hatten. Der Erfolg der Nationalsozialisten bei den Lokalwahlen 1932

---

<sup>191</sup> Ebenda, bzw. 287.

<sup>192</sup> Ebenda, bzw. 289.

<sup>193</sup> Ebenda.

war ein Schock für die österreichische Regierung, sodass die Übereinkunft getroffen wurde, dass Neuwahlen unbedingt zu verschieben, wenn nicht gar zu verhindern waren.<sup>194</sup>

Innenpolitisch hatten die „Lausanner Protokolle“ 1932 einen Diskurs ausgelöst, da sie der jungen Republik Österreich zwar einen Kredit von 30 Millionen Schilling gewährten, aber abermals das Anschlussverbot an Deutschland enthielten. Am 4. März 1933 musste die Abstimmung über diesen Vertrag im Parlament wiederholt werden, da der Nationalrat in Bezug auf die Gültigkeit einer Stimme in Streit geraten war. Die Entscheidung hing an einer einzigen Stimme, sodass Karl Renner, sozialdemokratischer Präsident des Nationalrates und in dieser Position nicht stimmberechtigt, zurücktrat, um seiner Partei zu einer weiteren Stimme zu verhelfen. Damit musste der zweite Präsident, der christlichsoziale Rudolf Ramek den Vorsitz übernehmen, was seine Partei um eine Stimme gebracht hätte. Ramek trat ebenfalls zurück und übergab den Vorsitz an den dritten, deutschnationalen Präsidenten Sepp Straffner, der aus völlig unerklärlichen Gründen ebenfalls zurücktrat. Es gab keinen Nationalratspräsidenten mehr, der die Sitzung ordnungsgemäß führen und schließen hätte können, das Parlament war handlungsunfähig.<sup>195</sup>

Darin sah der spätere Kanzlerdiktator Engelbert Dollfuß seine große Chance. Durch diesen formalen Fehler war es möglich, das Parlament auszuschalten und Neuwahlen zu verhindern. In der Terminologie der Christlichsozialen sprach man allerdings von der „Selbstausschaltung des Parlaments“. Als Sepp Straffner versuchte, das Parlament wieder einzuberufen, wurden die zur Sitzung erschienen Abgeordneten mit Gewalt daran gehindert, das Gebäude an der Wiener Ringstraße zu betreten. Der sozialdemokratische Schutzbund und die kommunistische Partei wurden aufgelöst und verboten, die Heimwehr sollte fortan als Hilfspolizei dienen. Bundespräsident Wilhelm Miklas, dessen Aufgabe es nun gewesen wäre, das Parlament offiziell aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, schwieg unter dem immensen Druck seiner Parteikameraden. Eine von der sozialdemokratischen Wiener Landesregierung beim Obersten Gerichtshof eingebrachte Klage wurde genutzt, um diesen zu demontieren, indem die christlichsozialen Mitglieder zurücktraten und den Gerichtshof somit entscheidungsunfähig machten. Fortan wurde wieder mittels kriegswirtschaftlichem Ermächtigungsgesetz von 1917 regiert.<sup>196</sup>

Die Sozialdemokraten, die als Partei noch Bestand hatten und einige Machtpositionen im Land für sich beanspruchen konnten, beschlossen, erst dann mit bewaffnetem Widerstand einzugreifen, wenn die Partei aufgelöst, die Gewerkschaften verboten, das Rote Wien

---

<sup>194</sup> Ebenda.

<sup>195</sup> Ebenda, bzw. 290.

<sup>196</sup> Ebenda.

angegriffen oder eine faschistische Verfassung ausgerufen werden sollte. Der Weg in die Diktatur schien geebnet. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Jahrestag der „Türkenbefreiung“ 1863 im September 1933 und dem zeitgleich stattfindenden Katholikentag am 11. September 1933 stellte Bundeskanzler Engelbert Dollfuß in seiner berühmten „Trabrennplatzrede“ dar, dass sein erklärtes Ziel die Errichtung eines Ständestaates unter autoritärer Führung sei. Als letzte Maßnahme dazu wurden Arbeiterheime des Schutzbundes nach Waffen durchsucht, Schutzbündler verhaftet und in Wöllersdorf ein Anhaltelager errichtet. Unterstützung kam von der katholischen Kirche und dem faschistischen Italien.<sup>197</sup>

Für den 11. Februar 1934 hatte Innenminister und Heimwehrführer Emil Fey den Coup in einer Versammlung in Großenzersdorf angekündigt. Die Sozialdemokratie reagierte immer noch abwartend, doch der Linzer Schutzbundführer Richard Bernaschek entschloss sich, zu handeln. In den Morgenstunden des 12. Februar 1934 durchsuchte die Heimwehr das Linzer Hotel Schiff nach Waffen, der Schutzbund wehrte sich – der Beginn eines kurzen, intensiven Bürgerkrieges in den Industrievierteln in Oberösterreich, der Obersteiermark und in Wien, wo erbittert in und um viele Gemeindebauten gekämpft wurde.<sup>198</sup>

Der Schutzbund, durch seit Monaten bestehende Verhaftungswellen merklich geschwächt, unterlag dem Militär und der hochgerüsteten Heimwehr. Auf Seiten des Schutzbundes wurden 200 Tote und 300 Verletzte gezählt. Die sozialdemokratische Partei mitsamt all ihren Unterorganisationen wurde aufgelöst und verboten, der Austrofaschismus hatte gesiegt.<sup>199</sup>

### 8.1.2 Amalienbad

Das von Karl Schmalhofer und Otto Nadel zwischen 1923 und 1926 erbaute Amalienbad, benannt nach der 1924 verstorbenen Politikerin und seit 1919 als erste Favoritnerin dem Wiener Gemeinderat angehörenden Amalie Pölzer, zählte mit seinem umbauten Raum von rund 10.000m<sup>3</sup> und Benützungsmöglichkeiten für 1.300 Personen zu den größten Schwimmbäder Europas.<sup>200</sup>

Karl Schmalhofer, geboren am 24. November 1871 in Wien, verstorben am 10. Juni 1960 ebenda, trat bereits in jungen Jahren in das Wiener Stadtbauamt ein, wo er sich rasch zum

---

<sup>197</sup> Ebenda, bzw. 292.

<sup>198</sup> Ebenda.

<sup>199</sup> *Vocelka*, Geschichte Österreichs, 292. Zu den in Wien stattgefundenen Kampfhandlungen siehe auch: Walter *Kleindel*, Isabella *Ackerl* (Hg.), Günter K. *Kodek* (Hg.), Österreich. Zahlen, Daten, Fakten (Wien <sup>5</sup>2004), 349-350.

<sup>200</sup> *Weihsmann*, Das Rote Wien, 249, bzw. 250

Bauleiter und Baurat honoris causa aufarbeitete. Gemeinsam mit Otto Nadel für den Bau des Amalienbades zuständig, stammen von ihm auch zahlreiche Entwürfe für Kinderfreibäder.<sup>201</sup>

Der am 20. März 1894 in Wien und am 20. Mai 1970 ebenda verstorbene Otto Nadel, begann in den Jahren 1913/1914 ein Studium an der Technischen Hochschule Wien. Bald nach Beginn des Ersten Weltkrieges musste er einrücken und verblieb bis zu dessen Ende an der Front. Nach seiner Heimkehr setzte Otto Nadel sein Studium fort, danach trat er in den Dienst der Stadt Wien ein. Neben dem Bau des Amalienbades sind von Nadel eher kleinere Projekte bekannt. Nach der Annektion Österreichs an das Deutsche Reich fiel Otto Nadel als bekennender Nationalsozialist und ehrgeiziger Raumplaner auf. Ohne expliziten Auftrag der Gauleitung entwarf er im Mai 1938 eine städtebauliche Studie zur Umgestaltung des zweiten und dritten Bezirks auf Kosten des sogenannten „Judenviertels“ in der Leopoldstadt, welches einem NS-Gauforum und Aufmarschstraßen, die von Prunkbauten umsäumt werden sollten, weichen sollte. Ab 1940 war Nadel freiberuflich tätig, ab 1953 Mitglied des Wiener Künstlerhauses.<sup>202</sup>

Das Ziel der Architektur des Amalienbades bestand darin, den Blick des Betrachters vom Reumannplatz auf das Bad zu lenken und dem Betrachter ein neues, gesteigertes Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl zu vermitteln. Die Raumaufteilung verdeckte weitestgehend die Abfolge von Sporthallenbad, welches mit einem beweglichen Glasdach ausgestattet wurde, Medizinalbädern, Duschen, Friseuren, einem Imbiss und Restaurant, einer Wartehalle, Trockenräumen und den technischen Nebenräumen.<sup>203</sup>

Im Erdgeschoß gelangte der Besucher über die Vorhalle mit glasbedecktem Vestibül in die nahezu basilikal anmutende Schwimmhalle, die an ihren Längsseiten drei Tribünenstufen, einen Sprungturm, eine zwei Stockwerke umfassende Galerie mit 553 Kästchen und zwei in die 14m hohe Halle hineinreichenden Toilettenanlagen umfasste. Untergliedert wurde das Bad wie folgt: Im Erdgeschoss befand sich die große Sportschwimmhalle mit einem kleineren, separaten Kinderbecken, im Untergeschoss ein sechsbahniges Wettbewerbsbecken. Des Weiteren beherbergte das Amalienbad Dampf- und Heißluftbäder mit einem Fassungsvermögen für 224 Personen im ersten und zweiten Stock. Der Bereich der Reinigungsduschen und der Warmbecken, in welchem sich heute die Saunaanlagen befinden, wurde mit farbigen Majolikasteinen im „Art déco“-Stil verkleidet.<sup>204</sup>

---

<sup>201</sup> Vgl. dazu: *Weihsman*, In Wien erbaut, 350.

<sup>202</sup> Vgl. dazu: *Weihsman*, In Wien erbaut, 263.

<sup>203</sup> *Weihsman*, Das Rote Wien, 249, bzw. 250.

<sup>204</sup> Ebenda.

Über die Platzwahl wurde kontrovers diskutiert. Auffallend ist, dass einzig die Arbeiterzeitung, Zentralorgan der Sozialdemokratie, der Eröffnung des Amalienbades einen mehrseitigen Artikel widmete. „Just nach Favoriten“<sup>205</sup> wurde das Amalienbad „gestellt“, als „Bad im Proletenviertel“<sup>206</sup>, das für viele Bürgerliche reinen Luxus darstellte. Die Welt außerhalb der Ringstraße und des Gürtels bedeutete für die Bürgerlichen in Wien eine Welt hoher Zinskasernen, welche die ehemalige Hausherrenherrlichkeit widerspiegeln, eine Welt, in der mehrheitlich sozialdemokratisch gewählt wurde und eine Gegend, in der zwischen Zinskasernen bereits ein paar der neuen Gemeindebauten, „Volkswohnpaläste“<sup>207</sup>, prangten. Für sie gehörte ein Nobelbad in die innere Stadt, wenn „die Proleten baden wollen, dann ist das Tröpferlbad gut genug für sie!“<sup>208</sup> So erschien es ihnen geradezu wie ein Faux pas, den „Luxustempel“ im „Proletenviertel“ zu platzieren.<sup>209</sup>

Allerdings darf nicht vergessen werden, dass der Name „Favoriten“ für den zehnten Wiener Gemeindebezirk auf ein kaiserliches Jagdschloss zurückging. Favoriten, so schreibt die Arbeiterzeitung in ihrer Morgenausgabe vom 9. Juli 1926, war jener Bezirk, in welchem sich Viktor Adler der Probleme der Ziegelerbeiter annahm, das erste Arbeiterwohnheim entstand und Jakob Reumann, der erste sozialdemokratische Bürgermeister Wiens, in den Gemeinderat entsandt wurde. Darüber hinaus war Favoriten jener Bezirk, in dem Amalie Pölzer, die Namensgeberin des Amalienbades, jahrelang als „gute Seele“ und Vorbild einer Arbeiterin, mit den Schicksalen der dort lebenden und ihr Tagwerk verrichtenden Arbeiter vertraut war und diese betreute. Aus diesem Grund fand das Amalienbad als Denkmal des sogenannten „neuen Wien“ seinen Platz in Favoriten.<sup>210</sup>

Kurz vor der Eröffnung des Amalienbades in Wien-Favoriten hatte die Gemeinde eine Statistik über den Bäderbesuch in Wien veröffentlicht. 1913 hatten rund 4.049.371 Personen die städtischen Badeanstalten besucht, im Jahr 1925 waren es bereits 6.393.341, das bedeutet eine Steigerung um 57%. Die Zahl der errichteten Sommer- und Strandbäder stieg kontinuierlich, die Kinderfreibäder eröffneten einen neuen Zweig in der Jugendfürsorge.<sup>211</sup>

---

<sup>205</sup> Vgl. dazu: Rede zur Eröffnung des Amalienbades von Bürgermeister Karl Seitz am 8. Juli 1926, zitiert nach: Morgenblatt der Arbeiterzeitung Nr. 187 (39. Jahrgang, Wien, 9. Juli 1926), 3. Online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19260709&seite=1&zoom=33&query=%22Amalienbad%22&provider=P03&ref=anno-search> (letzter Aufruf: 15.03. 2016, 08:47).

<sup>206</sup> Ebenda.

<sup>207</sup> Ebenda.

<sup>208</sup> Ebenda.

<sup>209</sup> Ebenda.

<sup>210</sup> Ebenda.

<sup>211</sup> Ebenda.

Die Wiener Zeitung widmete sich in ihrer Ausgabe vom 7. Juli 1928 dem großen Erfolg des Amalienbades: In der Zeit seiner Eröffnung am 8. Juli 1926 bis zum Dezember 1926 hatten es 499.589 Gäste besucht, im darauffolgenden Jahr waren es bereits 1.177.051 Badegäste. In der Zeit zwischen der Eröffnung des Bades und der Erscheinung des Artikels in der Wiener Zeitung konnte das Amalienbad 2.345.078 Badegäste verzeichnen.<sup>212</sup>

## 8.2 Gesundheitspolitik

Denselben Überlegungen, denen das Wohnbauprogramm der Sozialdemokraten zugrunde lag, die Verwirklichung eines Konzeptes möglicher Rahmenbedingungen zur Ermöglichung eines verbesserten Lebensstandards, unterlag auch die sozialdemokratische Gesundheitspolitik und Krankenfürsorge. Noch im Sommer 1919 waren die Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges deutlich spürbar. Das öffentliche Gesundheitswesen war zusammengebrochen, die Bevölkerung nach vier Jahren Krieg merklich geschwächt und dezimiert. Überall lauerte die Gefahr möglicher Epidemien und die Anzahl derer, die an der Wiener Volkskrankheit, Tuberkulose, erkrankt waren, stieg nahezu explosionsartig.<sup>213</sup>

Um diesem Zustand Einhalt zu gebieten, reagierte die sozialdemokratische Stadtverwaltung mehrheitlich mit der Investition in neue Krankenhäuser, Familien- und Kinderfürsorgeanstalten. Doch bis zum Sommer 1920, als Dr. Julius Tandler zum Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen der Stadt Wien ernannt wurde, geschah die Umsetzung dieser Maßnahmen eher zögerlich.<sup>214</sup>

Julius Tandler, geboren am 16. Februar 1869 in Iglau im heutigen Tschechien, verstorben am 25. August 1936 in Moskau, studierte Medizin an der Universität Wien, wo er 1895 promovierte und im selben Jahr zum Assistenten von Emil Zuckerkandl, einem Anatom österreich-ungarischer Herkunft, ernannt wurde. Nach seiner Habilitation 1899 erhielt Julius Tandler als Anatom und einer der wenigen jüdischen Professoren an der Universität Wien 1910 einen Lehrstuhl für Anatomie, von 1914 – 1917 war er Dekan der medizinischen Fakultät. 1919 wurde er in den Gemeinderat gewählt. Von Mai 1919 bis Oktober 1920

---

<sup>212</sup> Wiener Zeitung Nr. 155 (225. Jahrgang, 7. Juli 1928), 2. Online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wrt&datum=19280707&seite=2&zoom=33&query=%22Amalienbad%22&provider=P03&ref=anno-search> (letzter Aufruf: 15.03.2016, 09:26)

<sup>213</sup> Gruber, Red Vienna, 65, bzw. Mag. Peter Schwarz, Univ.-Professor Julius Tandler (1869 – 1936) und sein Verhältnis zu Eugenik, Rassenhygiene und „Euthanasie“. (Projektnummer P12-1229). (Projektendbericht von Mag. Peter Schwarz, Zukunftsfonds der Republik Österreich, Dezember 2015), 41.

<sup>214</sup> Gruber, Red Vienna, 65.

Unterstaatssekretär für Volksgesundheit im Staatsamt für soziale Verwaltung, wurde Julius Tandler am 22. November 1920 zum amtsführenden Stadtrat für Wohlfahrtspflege berufen.<sup>215</sup>

Als Hauptproblem des Gesundheits- und Fürsorgewesens des Roten Wiens galt, resultierend aus den finanziellen Engpässen nach dem Ersten Weltkrieg, dessen Finanzierung. Um eine „Wiederbelebung“ des Gesundheitswesens gewährleisten zu können, entschied sich die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung für eine umfassende Reform des Steuersystems. Eine notwendige Maßnahme hierzu war jedoch die Erreichung der Steuerhoheit und damit einhergehend die Erhebung Wiens zu einem selbstständigen Bundesland.<sup>216</sup>

Bereits nach den ersten Gemeinderatswahlen 1919 zeigten sich sowohl seitens des Wiener Gemeinderates und des niederösterreichischen Landtages Bestrebungen zur Trennung der beiden Bundesländer. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Initiative dazu eindeutig auf Seiten der christlichsozialen Partei lag, die Sozialdemokratie hielt sich diesbezüglich anfänglich zurück, obwohl sie es Ende des 19. Jahrhunderts gewesen war, die die Autonomie Wiens gefordert hatte.<sup>217</sup>

Ein möglicher Grund, weswegen die Autonomiebestrebungen Wiens für die Sozialdemokraten nicht von oberster Priorität waren, könnten die Mandatsverteilungen im niederösterreichischen Landtag gewesen sein, bei welchen die Sozialdemokraten im Mai 1919 mit 64 von 120 Mandaten die Mehrheit für sich beanspruchen konnten. Somit lag mit Albert Sever das Amt des Landeshauptmannes bei den Sozialdemokraten und alle Beschlüsse des Wiener Gemeinderates, die der Sanktionierung des niederösterreichischen Landtages unterlegen wären, konnten ohne größere Probleme durchgesetzt werden.<sup>218</sup>

Eine weitere Erklärung liegt nach den Historikern Maren Seliger und Karl Ucakar in den unterschiedlichen Interessen innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbst. Da die Erhebung Wiens zu einem eigenen Bundesland mit Sicherheit den Verlust der Mehrheit im niederösterreichischen Landtag bedeutet hätte, standen die niederösterreichischen Sozialdemokraten der Autonomie skeptischer und zurückhaltender gegenüber als die wienerischen. Die anderen Bundesländer sprachen sich allerdings hinsichtlich der Größe, Bevölkerungszahl und ökonomischen Bedeutung der nicht in zwei eigenständige

---

<sup>215</sup> Karl *Sablik*, Julius Tandler. Mediziner und Sozialreformer. Eine Biographie (Wien 1983), bzw. Felix *Czeike*, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 5, Ru – Z, Wien 1997), 415.

<sup>216</sup> Felix *Czeike*, Geschichte der Stadt Wien (Wien/München/Zürich/New York 1981), 269.

<sup>217</sup> Maren *Seliger*, Karl *Ucakar*, Wien, politische Geschichte 1740-1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik. (Bd.2:1896-1934, Wien 1985), 1001.

<sup>218</sup> Ebenda.



Bundesländer aufgespalteten späteren „neuen“ Bundesländer „Wien“ und „Niederösterreich“ für die Unabhängigkeit Wiens aus.<sup>219</sup>

Bereits in der Bundesverfassung von 1920 wurde die staatsrechtliche Stellung Wiens als „Bundeshauptstadt und Sitz der obersten Organe des Bundes“<sup>220</sup> festgesetzt. Darüber hinaus wurde Wiens Status als „selbstständiges Land“<sup>221</sup> etabliert. Seit damals bestand das Bundesland Niederösterreich aus zwei getrennten Teilen, „Niederösterreich-Land“ und „Wien“. Es gab zwar getrennt arbeitende Landtage, aber auch einen gemeinsamen Landtag für Fragen, die für beide Teile von Wichtigkeit waren. Allerdings kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einem eigenen Bundesland „Wien“ gesprochen werden.<sup>222</sup>

Am 1. Jänner 1922 erhielt Wien den Status eines eigenen Bundeslandes. Die Verhandlungen waren langwierig und schwierig, eine Einigung hinsichtlich der Aufteilung des liegenden und beweglichen Vermögens mittels „Trennungsgesetz“<sup>223</sup> konnte erst am 29. Dezember 1921 erzielt werden. Daraus resultierten neben ökonomischen auch rechtliche Konsequenzen.

In Tandlers relativ kurze Regierungszeit fiel die Neuregelung der Finanzierung der öffentlichen Krankenhäuser, die bis dato von wohltätigen Fonds finanziert wurden. Das primär durch das vehemente Vorantreiben Tandlers eingeführte Krankenanstaltengesetz sah eine Finanzierung der öffentlichen Krankenhäuser durch Bund, Länder und Gemeinden vor.<sup>224</sup>

Die Umsetzung von Tandlers Ideen und Maßnahmen erntete dabei nicht nur massive Kritik seitens der katholischen Kirche, die durch die Caritas und andere karikative Organisationen Hauptträgerin des Wohlfahrtswesens war, und der christlichsozialen Partei, auch innerhalb der Wiener Arbeiterschaft blieb man skeptisch. Allerdings stimmte die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung mit Tandlers Ansichten überein, dass Gesundheit und Fürsorge das Recht jedes Bewohners der Stadt Wien wären.<sup>225</sup>

Kurz darauf machten sich die ersten Fortschritte der neu entwickelten Gesundheitspolitik bemerkbar. Im direkten Vergleich zu den Vorkriegsjahren sank die Todesrate um 25%, die Kindersterblichkeit dezimierte sich um die Hälfte. Das Hauptanliegen der Gesundheitspolitik, die Eindämmung der im Volksmund scherzhaft als „Wiener Krankheit“ titulierten

---

<sup>219</sup> Ebenda.

<sup>220</sup> Vgl. dazu: Czeike, Geschichte der Stadt Wien, 269.

<sup>221</sup> Ebenda.

<sup>222</sup> Ebenda.

<sup>223</sup> Verfassungsgesetz vom 29. 12. 1921, mit welchem ein selbstständiges Land Wien gegründet wurde. Vgl. dazu: LGBl Nr.153/1921, 253. Online unter: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=lgw&datum=19210004&seite=00000253&zoom=2> (letzter Aufruf: 04.04.2016, 10:39).

<sup>224</sup> Siehe dazu: Sablik, Julius Tandler, 174ff., bzw.: Schwarz, Univ.-Professor Julius Tandler, 42.

<sup>225</sup> Ebenda, bzw. 66.

Tuberkulose, konnte nur stückweise umgesetzt werden. Die Schärfung des Bewusstseins für Vorsorgeuntersuchungen und Hygiene sollte möglichst früh angesetzt werden, bereits in den Kindergärten und Schulen. In den Schulen wurden Mittagstische eingeführt, schul- und zahnärztliche Untersuchungen, Sommerferienlager und Nachmittagsbetreuung. So konnte im Wien der Zwischenkriegszeit dank Tandlers politischer Bestrebungen ein Netz von Kindergärten, Horten, Mutterberatungsstellen, Schulzahnkliniken und Eheberatungsstellen aufgebaut werden.<sup>226</sup>

Gab es, Historiker Helmut Gruber folgend, 1913 in Wien lediglich 20 Kindergärten, stieg deren Anzahl auf 113 im Jahr 1931, die von rund 10.000 Kindern besucht wurden. Die Anzahl der Vorsorgeuntersuchungen, welche in städtischen Kliniken an Erwachsenen und Kindern vorgenommen wurden, wuchs auf 123.000 im Jahr 1932, im selben Jahr führten Sozialhilfearbeiter rund 91.000 Hausbesuche durch. Obwohl dieser Durchbruch hinsichtlich der Bewusstseinsbildung für Hygiene und Vorsorgeuntersuchungen durchaus als bahnbrechend angesehen werden kann, war er längst nicht so einzigartig, wie die Sozialdemokraten ausführten. Im europaweiten Vergleich mit anderen Großstädten, Gruber führt hierbei Düsseldorf an, fanden sich nahezu identische Entwicklungen.<sup>227</sup>

Tandlers großer Erfolg bestand im Wesentlichen darin, dass es ihm gelungen war, eine sozial- und gesundheitspolitische Zeitenwende einzuläuten. In der Monarchie galt das Gesundheitswesen primär als jener Bereich, der von den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen sowie der Spendenfreudigkeit privater Einrichtungen und Privatpersonen abgedeckt worden war. Dem entgegenwirkend vertrat Julius Tandler die Ansicht, dass die Gesundheitspolitik als Teil der Sozialpolitik ein Teil und die Aufgabe der Öffentlichkeit war. Die Pflicht des Staates lag Tandler zufolge darin, jedem Einzelnen eine ausreichende und hervorragende medizinische Versorgung zu garantieren.<sup>228</sup>

Dementsprechend war ihm daran gelegen, ein Sozial- und Fürsorgesystem zu etablieren, welches nicht mehr ausschließlich auf privater Wohltätigkeit, sondern auf dem Recht des Einzelnen auf Fürsorge gegenüber dem Staat fußen sollte. Die Kosten dafür unterlagen, wie auch beim Wohnbau, dem Abgaben- und Steuersystem Hugo Breitners.<sup>229</sup>

1927 formulierte Tandler seine eigenen Gedanken dazu wie folgt<sup>230</sup>:

---

<sup>226</sup> Ebenda, bzw. *Schwarz*, Univ.-Professor Dr. Julius Tandler, 43.

<sup>227</sup> *Gruber*, Red Vienna, 66.

<sup>228</sup> *Schwarz*, Univ.-Professor Julius Tandler, 43.

<sup>229</sup> Ebenda.

<sup>230</sup> Julius Tandler, Städtisches Wohlfahrtswesen. In: *Gemeinde Wien* (Hg.), Das Neue Wien. Städtewerk (Bd. 2, Wien 1927), o.S.

*„Wenn ich als verantwortlicher Volksbeauftragter an dieser Stelle das Wort ergreife, so geschieht dies [...], um die Zusammenhänge innerhalb des großen Ganzen aufzuzeigen [...]. Gibt es doch keine zweite Stadt, ja kein zweites Gemeinwesen, in welchem eine so einheitliche, den Menschen lange vor der Geburt erfassende, ihm bis zum Tode getreue Wirksamkeit der Wohlfahrtspflege vorhanden ist. [...]*

*Denn auf dem Trümmerfeld der Ökonomie und der Moral ein neues Gebäude der Menschlichkeit und der Hilfsbereitschaft zu errichten, war nicht leicht. Am schwersten aber war es, die seelischen Voraussetzungen zu schaffen, das vom Bettlergeist bedrückte Volk von Wien aufzurichten, den Geist der Wohltäterei zu bannen und an seine Stelle ein Rechtsbewusstsein des Befürsorgten, aber auch das Pflichtbewusstsein des von der Gesellschaft berufenen Fürsorgers zu setzen. [...]*

*Man beschreibt die ungeheuren Leistungen unserer Verwaltung auf dem Gebiet des Finanzwesens, man bildet sie ab, die neuen Wohnhäuser und Wohlfahrtseinrichtungen, man spricht von den Fortschritten des Verkehrs, deutet da und dort die Wandlungen unserer Kultur an, man spricht aber nicht von dem neuen Geist, der die Verwaltung dieses neuen Wien beseelt. Die Menschen, die in unseren neuen Häusern wohnen, sind neue Menschen, leben und atmen nicht nur in neuen Räumen, sondern denken und fühlen auch anders.<sup>231</sup>“*

Nicht nur bei der Eindämmung der Tuberkulose, auch im Bereich der Krebsvorsorge erarbeitete der Stadtrat für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen einige Leuchtturmprojekte. So entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Chirurgen Leopold Schönbauer Wiens erste Krebsberatungsstelle. Durch den Ankauf von Radium konnte Wien als weltweit dritte Stadt Krebspatienten des Krankenhaus Lainz eine Behandlung mittels Strahlentherapie ermöglichen und sich als Zentrum medizinischer Forschungstätigkeiten und der Altenfürsorge weiterentwickeln.<sup>232</sup>

So nennenswert seine Errungenschaften in gesundheitspolitischer Hinsicht auch waren, durch seine Aussagen zu Eugenik und Rassenhygiene gilt die Person Tandlers innerhalb der Geschichtswissenschaften bis heute als umstritten. Wie Peter Schwarz ausführt, sind mit den während der 1990er-Jahre verstärkt einsetzenden wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Eugenik, Rassenhygiene und NS-Euthanasie in Österreich auch vereinzelte Aussagen Tandlers zur Bevölkerungspolitik dem kritischen Diskurs unterlegen. Dabei handelte es sich primär um Aussagen, die fokussiert auf die Grundregeln der humanmedizinischen Ethik und Menschenrechte unvertretbar sind.<sup>233</sup>

So beschrieb Tandler etwa in seinem 1924 in der „Wiener Medizinische Wochenschrift“ erschienen Artikel „Ehe und Bevölkerungspolitik“<sup>234</sup> Staaten als nicht nur „wirtschaftlich und politisch, sondern auch organisch bedingte Daseinsformen der menschlichen Gesellschaft,

---

<sup>231</sup> Ebenda.

<sup>232</sup> Schwarz, Univ.-Prof. Julius Tandler, 44.

<sup>233</sup> Ebenda.

<sup>234</sup> Dieser 1924 publizierte Beitrag geht auf einen Vortrag Tandlers, den dieser im Februar 1923 gehalten hatte, zurück. Vgl. dazu: Schwarz, Univ.-Prof. Julius Tandler, 6.

*wobei wir unter organischer Bedingtheit die Abhängigkeit des Staates von dem Zustande seines organischen Kapitals verstehen. Dieses wird aber repräsentiert durch die den Staat bildende Menschheit. Die Verwaltung dieses organischen Kapitals ist Gegenstand der Bevölkerungspolitik. [...]*<sup>235</sup>.

Des Weiteren sprach Tandler von der „Wertung des Menschenlebens“ als „Fundament der Bevölkerungspolitik“, wenngleich er anmerkte, dass es ethische, humanitäre oder, wie er es ausdrückte, „fälschlich humanitäre“ Gründe sind, die dagegen sprechen, aber letztendlich, so zeigt sich Tandler in diesem Artikel überzeugt davon, „wird auch die Idee, dass man lebensunwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins Volksbewusstsein dringen. [...]<sup>236</sup>.

Der Aufsatz „Ehe und Bevölkerungspolitik“ handelte jedoch nicht gänzlich von Eugenik und Euthanasie, auch soziale Maßnahmen und eine Veränderung des Milieus gehörten, Tandler zufolge, zu der Bevölkerungspolitik. In seinen Publikationen finden sich vermehrt sozialkritische Gedanken zu Schwangerschaftsabbruch, Mutterschaftszwang und Geburtenrückgang. Dabei wies er auch auf die gravierenden Unterschiede innerhalb der finanziellen Schere hin: Reichen Frauen war die Möglichkeit zur Empfängnisverhütung gegeben, im Falle einer ungewollten Schwangerschaft konnten sie bei einem Schwangerschaftsabbruch das Gesetz umgehen und einen Arzt konsultieren. Ärmere Frauen waren nicht dazu in der Lage, sich einen Arzt leisten zu können, darüber hinaus erreichte die Hälfte der in dieses Milieu hineingeborenen Kinder nicht einmal das 16. Lebensjahr. Mit aller Vehemenz forderte Tandler immer wieder die Aufhebung des Abtreibungsstrafgesetzes und die Straffreiheit derselben als medizinischer, sozialer und eugenischer Maßnahme. Seinem Vorschlag, eine Kommission bestehend aus einem Arzt, einem Richter und stellvertretend für alle Mütter einer Frau, über den Schwangerschaftsabbruch entscheiden zu lassen, wurde allerdings nicht Rechnung getragen.<sup>237</sup>

Generell ist zu vermerken, dass das Armenwesen und die öffentliche Fürsorge keine Themen waren, die für den Nationalrat in der Ersten Republik von besonderer Bedeutung gewesen wären. Die als „Wiener System“ bezeichnete kommunale Fürsorgepolitik des Roten Wien stellte ein modernes Konzept innerhalb einer industriekapitalistischen Gesellschaft dar, die

---

<sup>235</sup> Julius Tandler, *Ehe und Bevölkerungspolitik* (Wien/Leipzig 1924), 17, zitiert nach: Schwarz, Univ.-Prof. Julius Tandler, 6.

<sup>236</sup> Ebenda.

<sup>237</sup> Gudrun Exner, Josef Kytir, Alexander Pinwinkler, *Bevölkerungswissenschaft in Österreich in der Zwischenkriegszeit (1918-1938): Personen, Institutionen, Diskurse* (Wien/Köln/Weimar 2004), 43f.

sich in ihrem systematisch-konzeptionellen Ansatz von den in den Bundesländern vorherrschenden Fürsorgeformen deutlich abhob.<sup>238</sup>

Das Wiener Wohlfahrtswesen basierte auf vier Grundprämissen, die 1926 wie folgt formuliert wurden<sup>239</sup>:

*„Die Gesellschaft ist gegebenenfalls auch ohne gesetzliche Vorschriften dazu verpflichtet, allen Hilfsbedürftigen umfassende Hilfe zu gewähren; Individualfürsorge kann rationell nur in Verbindung mit Familienfürsorge geleistet werden; aufbauende Wohlfahrtspflege ist vorbeugende Fürsorge; die Organisation der Wohlfahrtspflege muss in sich geschlossen sein.“*<sup>240</sup>

1921 wurde im Rahmen einer Verwaltungsreform das zentrale Wohlfahrtsamt der Stadt Wien geschaffen, welches jegliche Wohlfahrtseinrichtungen der Jugend- und Gesundheitsfürsorge in sich vereinte und dem amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe III, Julius Tandler, unterstand. Das städtische Jugendamt war bereits 1917 noch während des Krieges gegründet worden und hatte die Funktion einer Zentralstelle für alle Angelegenheiten, die die Jugendfürsorge anbelangten, inne. Seit 1925 oblag ihm auch die gesetzliche „Armenkinderfürsorge“, welche vorher zu der Magistratsabteilung 8, der Wohlfahrtspflege, gehört hatte.<sup>241</sup>

Das von Tandler forcierte Fürsorgemodell versinnbildlichte primär jenes einer „vorbeugenden“ Fürsorge, fußend auf der Jugendfürsorge als „Fundament jeder Fürsorge“, die nicht nur die Entstehung sozialen Elends eindämmen, sondern auch körperliche und geistige „Minderwertigkeit“ verhindern sollte. Neben den Ausgaben für den kommunalen Wohnbau in Wien verschlangen die Kosten für die soziale Fürsorge mit einem Drittel den Löwenanteil des Gesamtbudgets. Das budgetäre Denken war stets von einer sich wechselseitig bedingenden Divergenz zwischen „bevölkerungspolitisch produktiven“ und „bevölkerungspolitisch unproduktiven“ Ausgaben bestimmt. Seit 1926 überwogen mehrheitlich die „produktiven“ Ausgaben, exemplarisch seien hier Jugendfürsorge, Familienfürsorge oder Gesundheits- und Erziehungsfürsorge genannt.<sup>242</sup>

Neben den Ausgaben für Ausländer oder in Wien Nicht-Heimatberechtigten waren der Wiener Fürsorge auch Ausgabe für die sogenannten „Minusvarianten“ innerhalb der Wiener Gesellschaft zuwider. Fokussiert auf den Kosten-Nutzen-Standpunkt argumentierte Tandler, [...] *„Wenn ein Epileptiker eine Schwachsinnige heiratet, so gehört nicht viel Kenntnis von*

---

<sup>238</sup> Gerhard Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt. Aspekte kommunaler Sozialpolitik 1918-1934. In: Öhlinger, Das Rote Wien 1918-1934, 104-122, hier 104, bzw. 107.

<sup>239</sup> Ebenda.

<sup>240</sup> Franz Karner, Aufbau der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien (Wien 1926), 5.

<sup>241</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 108.

<sup>242</sup> Ebenda.

*der Vererbungstheorie dazu, um von vornherein sagen zu können, dass die Gemeinde Wien die Kinder dieser Ehe wird erhalten müssen solange sie leben und wie weit das geht [...]. Ich sehe darin eine Ungeheuerlichkeit, weil wir wissentlich etwas gestatten, was bevölkerungspolitisch, finanzpolitisch ein Unsinn ist.*<sup>243</sup>

Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, wurde neben der gesetzlichen Fürsorge auch die freiwillige offene Wohlfahrtspflege ausgebaut. Der Fokus lag hierbei im Wesentlichen darauf, wirtschaftlich Schwachen und all jenen, denen es nicht möglich war, einen aktiven Anteil an der Wirtschaft einzunehmen, durch planmäßige Beratung und Führung, sowie durch erzieherische Einflussnahme, die den gesamten Lebensstil beeinflusste, wieder einen angemessenen Platz im wirtschaftlichen Leben bieten zu können.<sup>244</sup> Zwar wurde all jenen, die der Fürsorge bedurften, das „Recht auf Fürsorge“ zuerkannt, allerdings erwartete sich das Rote Wien dahingehend eine Gegenleistung, als dass derjenige, der die Fürsorge in Anspruch nahm, dazu bereit war, seine Lage mit dem nötigen Verantwortungsgefühl bewusst zu ändern.<sup>245</sup>

Das Konzept erwies sich Hilfsbedürftigen gegenüber jedoch keineswegs als neutral. Soziale Unterschichten, exemplarisch seien hier „Bettler“ angeführt, wurden als Gegenbild zu den verantwortungsbewussten Proletariern propagiert. Der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Gerhard Melinz argumentiert hierbei, dass die Möglichkeit der Fürsorge bei Bettlern und Landstreichern aufgrund ihrer „antisozialen Einstellung“ und dem „Mangel an Verantwortungsgefühl“ nicht gegeben war.<sup>246</sup>

Einen nicht unwichtigen und unwesentlichen Eckpfeiler des Wohlfahrts- und Fürsorgewesens des Roten Wien stellte die Jugendfürsorge dar, deren institutionelles Flaggschiff das Jugendamt war. Das Jugendamt hatte die Vormundschaft über alle unehelichen Kinder Wiens inne, die zur Zeit der Geburtsanzeige beim Bezirksjugendamt der Zuständigkeit eines Wiener Vormundschaftsgerichtes unterlagen. Das bedeutete, dass nun, im Gegensatz zum früheren Berufsvormund<sup>247</sup>, die Vormundschaft beim Amt lag und von der Geburt bis zur Volljährigkeit andauerte. Der Fürsorge der Jugendämter oblag zudem die rechtliche Beratung

---

<sup>243</sup> Gemeinderatssitzungsprotokoll vom 27. Juni 1921, 884.

<sup>244</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, hier 108.

<sup>245</sup> Ebenda.

<sup>246</sup> Vgl. dazu: Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 108.

<sup>247</sup> Mit 20.12.1910 wurde im Rahmen der gesetzlichen Regelung der Erziehungsfürsorge die Berufsvormundschaft geschaffen, deren Wirkungsbereich am 6.9.1912 auf arme uneheliche Kinder ausgedehnt wurde. Die hohe Säuglingssterblichkeit und zahlreiche Verwahrlosungsfälle bei Kindern und Jugendlichen hatten die Mängel der Einzelvormundschaft aufgezeigt. In der Regel bezog sich die Berufsvormundschaft auf die ersten beiden Lebensjahre mit der Möglichkeit der Ausdehnung bis zum 18. Lebensjahr. Vgl. dazu: Felix Czeike, Historisches Lexikon der Stadt Wien (Bd. 1 A - Da, Wien 1992), 343., bzw. Maren Seliger, Karl Ucakar, Wien. Politische Geschichte 1896-1934 (Geschichte der Stadt Wien 2, Wien 1985), 860f.

schwangerer unverheirateter Frauen, die rechtliche Vertretung der Kinder hinsichtlich der Vaterschaftsfeststellung und die gerichtliche Festlegung der zur Unterhaltszahlung verpflichteten Personen und Unterhaltsleistungen.<sup>248</sup>

Darüber hinaus hatte das Jugendamt die Wahrnehmung der städtischen Ziehkinderaufsicht inne. Die Zuständigkeit hierbei lag bei Kindern unter 14 Jahren, die an fremde Pflegefamilien abgegeben worden waren, bei den Bezirksjugendämtern, für Kinder, die in Anstalten untergebracht waren, war das die Ziehkinderaufsichtsstelle. Die Kinder wurden regelmäßig von Ärzten und Fürsorgerinnen besucht und kontrolliert, das Jugendamt kontrollierte auch die Einhaltung des Kinderarbeitsgesetzes.<sup>249</sup>

Jugendfürsorge galt als „Familienfürsorge“, ihr Ziel war die „Erhaltung und Förderung des Kindes in der natürlichen Keimzelle der Gesellschaft“<sup>250</sup>. „Den Familien standen unterstützend eine Reihe von Unterstützungsformen zur Verfügung, so gab es zum Beispiel Baraushilfen wie Pflegebeiträge oder Naturalunterstützungen in Form von Wäsche, Kleidung oder Lebensmittel. Die Abgabe von Kindern in Anstalten wurde als letzter Ausweg angesehen. Ein Mittel, um die Abgabe in Fürsorgeanstalten einzudämmen, war die Erziehungsberatung bei sogenannten „Auffälligkeiten“ oder Schwierigkeiten mit Kindern und Jugendlichen. Fürsorgerinnen leisteten bei den leichten Fällen im Rahmen eines Hausbesuches Erziehungsberatung, bei schwereren Fällen lag die Kompetenz bei von den Jugendämtern angestellten Heilpädagogen und Ärzten, die die Eltern unentgeltlich in ein- bis zweimal wöchentlich stattfindenden Konsultationen unterstützten und berieten.“<sup>251</sup>

Von wesentlichen Umstrukturierungen war auch der Kindergartenbetrieb betroffen. Ein Leuchtturmprojekt war hierbei die Schaffung von „Volkskindergärten“, in denen die Kinder von sieben Uhr früh bis sechs Uhr abends betreut wurden. Frühstück, Mittagessen und eine Jause waren inkludiert. Um den Müttern die Möglichkeit einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgehen zu können zu bieten, waren bereits 1931 80% aller Wiener Kindergärten derart ausgestattet. Das Aufnahmealter der Kinder lag im Durchschnitt bei drei Jahren, neben einer systematischen ärztlichen wurde den Kindern eine pädagogische Betreuung durch im Sinne der Lehren Maria Montessoris ausgebildeten Kindergärtnerinnen zuteil.<sup>252</sup>

Größere, schulpflichtige Kinder besuchten im Sinn der „verbeugenden Jugendfürsorge“ städtische Horte. Allerdings wurde das Gros der Hortbesucher, die, wie Melinz beschreibt,

---

<sup>248</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 109.

<sup>249</sup> Ebenda.

<sup>250</sup> *Gemeinde Wien* (Hg.), *Das Neue Wien. Städtewerk* (Bd. 2, Wien 1927), 392ff.

<sup>251</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 110.

<sup>252</sup> Ebenda.

oftmals „dem tiefsten proletarischen Milieu entstammen und häufig von der Verwahrlosung direkt betroffen sind“<sup>253</sup> im direkten Einvernehmen mit der Schule oder dem Jugendamt übermittelt, das die Aufsicht über das Hortwesen innehatte. Die Finanzierung der Horte erfolgte fast nahezu nur über die Gemeinde Wien. Die Hortkostenbeiträge orientierten sich an den Einkünften und der sozialen Bedürftigkeit der Eltern.<sup>254</sup>

Die Jugendfürsorgeanstalten der Gemeinde Wien waren unterteilt in „vorrübergehende“ und „dauerhafte“ Unterbringungsmaßnahmen. Zur ersten Unterbringungsvariante zählte auch die 1925 neueröffnete Kinderübernahmestelle, kurz KÜST, die über 204 Betten für Kinder jeder Altersstufe verfügte. Bis zu seiner Schließung 1998 war die KÜST im 9. Bezirk, in der Lustkandlgasse 50, untergebracht. Von 1965 bis 1985 als „Julius-Tandler-Familienzentrum“ bekannt, befindet sich heute das Referat für Adoptiv- und Pflegekinder der Magistratsabteilung 11<sup>255</sup> darin. Die Kinder wurden nach der Aufnahme ärztlich untersucht und dann entweder in das angrenzende Karolinenhospital überstellt, oder ordentlich gewaschen und mit frischer Kleidung in die für sie passende Abteilung übermittelt. In den nächsten ein bis zwei Wochen erfolgte die sogenannte „Quarantänisierung“. Die Kinder unterlagen in einem „Boxensystem aus Glas“<sup>256</sup> der wissenschaftlichen Beobachtung durch Ärzte und Entwicklungspsychologen, die Gutachten erstellten und somit den weiteren Weg der Kinder bestimmten.<sup>257</sup>

Auf diese Weise war durchaus die Möglichkeit gegeben, die Kinder an die Eltern zurückzugeben, sie mit einer Unterstützung zu bedenken, der Betreuung durch das Jugendamt zu unterstellen oder bei privaten Pflegefamilien unterzubringen. All jene Kinder, für die nach der Beobachtungsphase keine Entscheidung getroffen werden konnte, kamen in das der KÜST angegliederte Kinderheim Wilhelminenberg zur weiteren Beobachtung oder wurden in das Zentralkinderheim, kurz ZKH, in der Bastiengasse im 18. Bezirk überstellt. Bei der oppositionellen christlichsozialen Partei stieß das in einem ehemaligen Habsburgerschloss untergebrachte Kinderheim Wilhelminenberg auf schärfste Evokation. Alle Kinder, die das sechste Lebensjahr überschritten hatten, wurden dort zur weiteren Beobachtung für maximal zwei Monate untergebracht. Auf der Widmungstafel des Kinderheims war ein Spruch zu

---

<sup>253</sup> Vgl. dazu: *Das Jugendamt der Stadt Wien* (Wien 1933), 28.

<sup>254</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 113.

<sup>255</sup> Vgl. dazu: Referat für Adoptiv- und Pflegekinder RAP, online unter [www.wien.gv.at/menschen/magelf/adoption/kontakte.html](http://www.wien.gv.at/menschen/magelf/adoption/kontakte.html) (letzter Aufruf: 4.7.2016, 09:17).

<sup>256</sup> Vgl. dazu: Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 113.

<sup>257</sup> Ebenda.



lesen, der das Fürsorgemotto der Sozialdemokratie maßgeblich bestimmte: „Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder.“<sup>258, 259</sup>

Im Rahmen der Wirksamwerdung des Trennungsgesetzes der beiden Bundesländer Wien und Niederösterreich 1922 wurde das ehemalige niederösterreichische Landes-Zentralkinderheim als Zentralkinderheim Gersthof übernommen und diente als Zwischenstation für Säuglinge und Kleinkinder. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Melinz, waren im Jahr 1929 1.905 Kinder und Jugendliche in den städtischen Anstalten der Stadt Wien untergebracht. Zeitgleich befanden sich 1.803 fürsorgebedürftige Kinder und Jugendliche in Privatanstalten. Die Kosten für diese Privatanstalten wurden von der Gemeinde übernommen.<sup>260</sup>

Ende 1929 gab es in Wien drei Waisenhäuser mit 540 Betten. Zwar wurden diese noch nach armenrechtlichen Grundsätzen geführt, die Waisenhauszöglinge wurden nun allerdings von geprüften Erzieherinnen unter neuen pädagogischen Vorstellungen betreut, für eine Gruppe von 50-60 Kindern wurde je eine „Heimmutter“ beschäftigt, um einen familiären Charakter gewährleisten zu können. Zu den Waisenhäusern kamen 1929 auch fünf Erziehungsanstalten, je eine für Meidling, Döbling, Klosterneuburg, Eggenburg und Weinzierl, welche jeweils nur männliche oder weibliche Zöglinge beherbergten. Da kein eigenes, modernes Fürsorgeerziehungsgesetz ausgearbeitet worden war, galten immer noch die alten gesetzlichen Bestimmungen der Monarchie, allerdings hatte die Zwangseinweisung im Laufe der 1920er-Jahre gegenüber der von dem gesetzlichen Vertreter des Jugendlichen beantragten Einweisung an Bedeutung verloren. Allerdings war die Umgestaltung und Modernisierung der einstigen „Besserungsanstalten“ in Erziehungsanstalten der christlichsozialen Opposition ein Dorn im Auge, wie sich deutlich an der Erziehungsanstalt Eggenburg zeigt. Sie sah die öffentliche Ordnung durch die neuen Erziehungsmethoden gefährdet, da „der strafanstaltsmäßige Charakter beseitigt, die versperrten Türen und Tore geöffnet, das Waffentragen der Aufseher eingestellt, die Arrest- und Prügelstrafe aufgehoben, die Uniformen eingezogen und die militärischen Übungen aufgelassen“<sup>261</sup> wurden.

Eigene Gruppen für „Debile“, „Rückständige“, „Minderwertige“, „Psychopathen“ und „Begabte“ wurden auf Basis der psychiatrisch orientierten Heilpädagogik nach dem System von Erwin Lazar etabliert. Es entstand ein System der Belohnung und Bestrafung, welches die schulische Ausbildung und die „Erziehung zur Arbeit“ in den Fokus stellte. Um der massiven

---

<sup>258</sup> Von Julius Tandler geprägter Leitsatz zur Sozial- und Gesundheitspolitik des Roten Wien, der sich auf Kindergärten, Tagesheimstätten, Horte und Erholungsstätten für Kinder und Jugendliche sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und Jugendämter bezog. Vgl. dazu:

[www.wien.gv.at/kultur/chronik/gedenken2008/archiv/palast.html](http://www.wien.gv.at/kultur/chronik/gedenken2008/archiv/palast.html) (letzter Aufruf: 4.7.2016, 09:46).

<sup>259</sup> Vgl. dazu: Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 113.

<sup>260</sup> Vgl. dazu: Die Anstaltenfürsorge der Stadt Wien. (Wien 1930), 90.

<sup>261</sup> Gerhard Melinz, Gerhard Ungar, Wiener Wohlfahrtspolitik in der Krise 1929 – 1938 (Wien 1993), 300.

Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen einen Riegel vorzuschieben, wurden zwei ebenfalls erwähnenswerte „Aktionen“ etabliert. Zum einen war dies die Errichtung von Tagesheimen, in welchen die Jugendlichen während der Wintermonate die Möglichkeit hatten, in den beheizten Räumen einen Teil des Tages zu verbringen und eine Mahlzeit in Form einer Suppe und Brot zu sich zu nehmen, zum anderen sollte die Freizeit dieser Arbeitslosen organisiert werden. Aus der 1930 entstandenen Aktion „Jugend in Not“, kurz JIN entstand 1932 „Jugend am Werk“, Arbeitsgemeinschaften, die für ein warmes Mittagessen freiwillig gemeinnützige Arbeiten verrichteten.<sup>262</sup>

Das von Julius Tandler erdachte Fürsorgekonzept basierte stark auf bevölkerungspolitischen Überlegungen, um den Verlusten des Ersten Weltkrieges, dem Geburtenrückgang, Geschlechtskrankheiten und der Kinder- und Säuglingssterblichkeit auf sozial- und gesundheitspolitischer Ebene zu begegnen und so, Melinz folgend, das „organische Kapital“<sup>263</sup> im Sinne einer qualitativen Bevölkerungspolitik maßgeblich zu steigern.<sup>264</sup> Heruntergebrochen auf verschiedene Instanzen begann die gesundheitspolitische Kette mit der Errichtung von im Sinne der Eugenik agierenden Eheberatungsstellen, die sich im weiteren Verlauf zu Ehe- und Sexualberatungsstellen weiterentwickelten. Im Falle einer Schwangerschaft gab es die Schwangerenberatungsstellen, die ab 1930 mit Schulungskursen für Mütter einhergingen, aber keine allzu große Bedeutung erlangen konnten. Als wesentlich erfolgreicher erwies sich die Schwangerenbetreuung der Mutterhilfe für mittellose Frauen, die der Bekämpfung der in Wien nach dem Krieg grassierenden Erbsyphilis diente.<sup>265</sup>

Jede in Wien lebende Frau, die keinen Anspruch auf die Unterstützung durch Krankenkassen stellen konnte, erhielt eine Unterstützung von 40 Schilling, wenn sie ihre Schwangerschaft bis spätestens zum vierten Monat meldeten, um sich fachärztlichen Blutuntersuchungen und im Falle eines positiven Befundes einer unentgeltlichen Behandlung unterziehen zu können. Die Wöchnerinnenfürsorge erfasste die Geburt eines Kindes, denn ab 1931 war es neben der gesetzlich verpflichtenden Anzeige an das Gesundheitsamt auch die Aufgabe der Hebammen, die Geburt des Kindes dem Wohlfahrtsamt zu melden. Einen weiteren Schritt stellte die Mutterberatung dar. Die Aufgabe dieser Stellen lag in der Überwachung der gesundheitlichen

---

<sup>262</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 115.

<sup>263</sup> Der Begriff des „organischen Kapitals“ wurde maßgeblich durch den Wiener Soziologen Rudolf Goldscheid (1870 – 1931) geprägt. Goldscheid sah in der „Menschenökonomie“ der Eugenik eine wirtschaftliche Komponente, der Mensch und seine Gesundheit standen im Vordergrund ökonomischer Betrachtungen. Diese Sichtweise wurde vor allem von den Sozialdemokraten übernommen. Siehe dazu: <http://www.univie.ac.at/hypertextcreator/oegeschichte/site/browse.php?arttyp=k&l1=2&l2=1028&l3=1029&l4=1032&a=1295> (letzter Aufruf: 4.7. 2016, 10:10).

<sup>264</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 115.

<sup>265</sup> Ebenda.

Entwicklung von Säuglingen und Kleinkindern, aber auch in einem erzieherischen Einfluss auf die Mütter.<sup>266</sup>

In diesen Rahmen fällt auch eine der berühmtesten Maßnahmen Tandlers, das 1927 eingeführte und am 4. April 1927 erstmals ausgegebene unentgeltliche Säuglingswäschepaket für Neugeborene im Wert von 55 Schilling. Darin enthalten waren neben „24 Tetrawindeln, sechs gewirkte Lätzchen mit Bijourabschluss, ein großes Frottierbadetuch, sechs praktische Hemdchen, ein Badetuch, sechs Nabelbinden, ein Tragleibchen aus Bisee, eine lichtblaue Flanellecke und zwei Kautschukeinlagen, Seife, Creme und Hautpuder<sup>267</sup>“. Da die Einführung mit dem Wahlkampf zusammenfiel, sprach die Opposition in diesem Zusammenhang oftmals von den sogenannten „Wahlwindeln“, für die Sozialdemokratie jedoch sollte „im Roten Wien kein Kind mehr in Zeitungspapier gewickelt werden [...]“<sup>268</sup>

Wie dankbar die Wiener Bevölkerung für diese Wäschepakete war und welch enormer Erfolg diese waren, zeigt sich in einem Brief des Strafverteidigers Dr. Ernst Ress an Tandler:

*„Hochgeschätzter Herr Stadtrat!*

*Als ich gestern abends meine Gattin Kitty, die seit 6 Tagen überglückliche Mutter ist, aufsuchte, empfing sie mich mit den Worten: ‚Onkel Tandler hat ein Wäschepaket geschickt! Und so wunderschöne Sachen sind drinnen!‘ Meine Gattin war ganz selig, ich selbst aufs tiefste bewegt; und ich weinte Tränen – Tränen der Seele [...]*

*[...]Dass Sie, verehrter Herr Stadtrat, als Fürsorge-Referent der Gemeinde Wien die offen einbekannte Armut bekämpfen, ist Ihres Amtes. Dass Sie es mit Erfolg tun, zeugt nur von Ihren überragenden Fähigkeiten. Dass Sie aber für die verschämte Armut ein so richtiges Verständnis und ein so warmes Gefühl aufbringen, beweist, welch inniges Verständnis Sie, verehrter Herr Stadtrat, für jene Schichten der Bevölkerung haben, die so unsäglich leiden und aus Gründen falscher Scham es einzubekennen unterlassen.“<sup>269</sup>*

Im schulischen Bereich etablierten sich weitere Projekte. Im Fokus stand der schulmedizinische Dienst, bestehend aus Schulärzten, die von Schulfürsorgerinnen unterstützt wurden. Sie bestimmten über die Inanspruchnahme der Schulausspeisungen und städtischen Ferienerholung. 1931 kümmerten sich bereits 15 Schulzahnkliniken um die systematische Zahnpflege von rund 90.000 Schulkindern. Von enormer Wichtigkeit erwies sich auch die

---

<sup>266</sup> Ebenda.

<sup>267</sup> Vgl. dazu: Arbeiterzeitung Nr. 75 (40. Jahrgang, 17. März 1927), 8.

<sup>268</sup> Ebenda.

<sup>269</sup> IGM: HS 4029/15, Auszüge aus einem Dankesbrief des Wiener Rechtsanwaltes Dr. Ernst Ress an Dr. Julius Tandler nach Erhalt des Wäschepakets vom 31. Oktober 1931. Siehe dazu auch: Sablik, Julius Tandler, 17., bzw.: [www.dasrotewien-waschsalon.at](http://www.dasrotewien-waschsalon.at). Von 22.9. 2016 – 1.5.2017 war der Brief Bestandteil der im Waschsalon des Karl-Marx-Hof gezeigten Sonderausstellung „Julius Tandler oder: Der Traum vom ‚neuen Menschen‘“.

Schülerausspeisung, 1929 lag der Unkostenbeitrag bei 70 Groschen, allerdings zahlten nur 5% den vollen Betrag, 78% waren sogenannte „Freiesser“.<sup>270</sup>

Für all jene Kinder, die als „gesundheitlich bedürftig“ eingestuft worden waren, gab es ab 1922 die Erholungsfürsorge, neben den „schwierigen Verhältnissen der Großstadt“<sup>271</sup> kamen dabei durchaus auch „zum Teil erzieherische Gründe oder trostlose wirtschaftliche Verhältnisse“ bei der Entsendung von Kindern zum Tragen<sup>272</sup>.

Die Geschäftsführung des Wiener Jugendhilfswerk Wijug oblag dem Jugendamt, es beriet die privaten Einrichtungen bei der Errichtung und Führung der Heime oder zahlte Vorschüsse aus. Finanziert wurde das Wijug durch verschiedenste Budgetmittel, öffentliche Sammlungen, Lotterien sowie Beiträge der Eltern oder Zuschüsse durch Krankenkassen.<sup>273</sup>

Der Fürsorgebetrieb für Erwachsene blieb, im Gegensatz zu den Sparmaßnahmen innerhalb der Kinder- und Jugendfürsorge, konstant, wenngleich die Nachfrage stetig wuchs. „Erhaltungsbeiträge“ waren in der „offenen“ Fürsorge federführend. Sie wurden an in Wien heimatberechtigte Personen gezahlt, wenn diese aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder körperlicher oder geistiger Einschränkungen nicht dazu in der Lage waren, selbst für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Resultierend aus den städtischen Wohlfahrtsanstalten in Lainz oder anderen Versorgungsanstalten wie beispielsweise der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ ergab sich für das Fürsorgebudget ein wesentlicher Kostendruck.<sup>274</sup>

Die sozialdemokratische Fürsorgeverwaltung hielt Geldzuwendungen „im Allgemeinen nicht geeignet, den Notstand des Bedürftigen zu beheben, da sie ihn leicht der Versuchung aussetzen, das Geld für andere Zwecke auszugeben.“<sup>275</sup>

Durch Wirtschaftskrise und steigender Verarmung wuchs der Druck auf die offene Erwachsenenfürsorge deutlich. Von, exemplarisch dienen hier die Jahre 1929 bis 1931, standen 20% weniger an Geldmitteln für rund ein Viertel mehr an Geldaushilfen zur Verfügung. Von höchster Priorität war hierbei die Unterstützung bei Natural- und Sachaushilfen wie Brennstoff für Bedürftige, Speiseanweisungen oder die Ausgabe von Kleidern, Schuhen und Wäsche. Dabei verdeutlichte sich auch die Wichtigkeit der Umstrukturierung von Geld- zu Sachaushilfen.<sup>276</sup>

Schon 1925 hatte die Gemeinde Wien damit begonnen, außerordentliche Notstandaktionen zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen zu entwickeln. Zur besseren Unterstützung bei

---

<sup>270</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 118.

<sup>271</sup> Wiener Jugendhilfswerk, Jahrbuch 1928 (Wien 1928), 26.

<sup>272</sup> Ebenda.

<sup>273</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 118.

<sup>274</sup> Ebenda.

<sup>275</sup> Die Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien 1919-1931, 249.

<sup>276</sup> Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt, 104-122, hier 118.

Hunger, Not und Kälte veranlasste Tandler 1931 die überparteiliche Aktion „Winterhilfe“, die von staatlichen Zuschüssen, Spenden und Geldmitteln der Gemeinde Wien finanziert wurde. „Ausgesteuerte“ und „kinderreiche Arbeitslose“, die vorab eine Bedürftigkeitsprüfung über sich ergehen lassen mussten, erhielten Sachunterstützungen durch Essensanweisungen, Lebensmittelpaketen, Brennmaterialien und Kleidungsstücken.<sup>277</sup>

---

<sup>277</sup> Ebenda.

## 9 FAZIT: „SOCIAL ENGINEERING“ IM ROTEN WIEN?

Der Begriff des „Social Engineering“ ist bis dato eher in politischem und soziologischem Kontext zu verorten. Im engeren Sinne kann darunter die bewusste und gezielte Manipulation verschiedener Strukturen einer Gesellschaft, beispielsweise das Alter oder die Bevölkerung durch bestimmte staatliche Maßnahmen, wie etwa durch Wohnbauförderung oder Geburtenkontrolle, verstanden werden.<sup>278</sup>

Social Engineering diente und dient bis heute als transnationaler, transdisziplinärer Versuch, die durch die als zersetzend erachteten „Kräfte“ der Industrialisierung verloren geglaubte natürliche Gesellschaftsordnung künstlich zu regenerieren. Dabei stand die Schaffung dieser neuen Ordnung auf einer Art „Zwischenebene“ im Fokus. Großprojekte und die gezielte Manipulation Einzelner stand hierbei nicht im Vordergrund. Vielmehr war das Ziel des Social Engineering die Gestaltung sozialökologischer Umwelten, um Menschengruppen durch diesen neuen Lebensraum dazu zu bringen, in Form einer „Gemeinschaft“ zu agieren.<sup>279</sup>

Die Anfänge des Social Engineering reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück. Mit der einsetzenden Industrialisierung gingen gravierende Veränderungen im politischen und sozialen Bereich einher, sodass Social Engineering als lediglich ein Versuch unter vielen bezeichnet werden kann, der dazu dienen sollte, die Folgen der zeitgleich einsetzenden Modernisierung zu bewältigen. Der Wunsch lag in der Restabilisierung der sozialen Beziehungen in Form einer Gemeinschaft, wie er auch in der Politik Karl Luegers zu beobachten ist. Obwohl Luegers Politik einerseits Kommunalisierungsprojekte forcierte, stand auf der anderen Seite die Etablierung einer Gesellschaft in Form einer Gemeinschaft. Innerhalb des Social Engineering herrschte eine Symbiose aus technokratischer Denkweise und Weltanschauung. Technische Lösungen hatten stets eine Neuordnung des bestehenden sozialen Gefüges zur Folge.<sup>280</sup>

Die Hochblüte des Social Engineering lag, so der Sozialhistoriker Thomas Etzemüller, zwischen dem Ersten Weltkrieg und den 1960er-Jahren. Einerseits rückten die gravierenden gesellschaftlichen Probleme in den Vordergrund, andererseits lieferte der Erste Weltkrieg den perfekten Nährboden für jegliche Experimente der technokratischen Steuerung ganzer Gesellschaften.<sup>281</sup>

---

<sup>278</sup> Siehe dazu: *Etzemüller*, Die Ordnung der Moderne.

<sup>279</sup> Siehe dazu: Thomas *Etzemüller*, Social engineering, 1-10, hier 1. Online unter: [https://docupedia.de/zg/Social\\_engineering](https://docupedia.de/zg/Social_engineering) (letzter Aufruf: 20.10. 2016, 09:16).

<sup>280</sup> Siehe dazu: Ebenda, bzw. *Maderthaner*, Transformationen der Wien-Narrative im 20. Jahrhundert, 20-33, hier 24f.

<sup>281</sup> Siehe dazu: *Etzemüller*, Social engineering, 1-10, hier 2. Online unter: [https://docupedia.de/zg/Social\\_engineering](https://docupedia.de/zg/Social_engineering) (letzter Aufruf: 20.10. 2016, 09:35).

Obwohl sich Social Engineering bereits während des Ersten Weltkrieges zu manifestieren begann, wurde der Begriff erst 1945 in Karl Poppers Werk „The Open Society And Its Enemies“<sup>282</sup> eingeführt. Der österreichisch-britische Philosoph differenzierte dabei zwischen zwei Formen, dem „piecemeal social engineering“ und dem „utopian social engineering“. Das „piecemeal social engineering“ kennzeichnete den Versuch, sozialen Missständen stückchenweise mittels rationaler und wohlüberlegter Planung zu begegnen, unter dem „utopian social engineering“ verstand Popper einen „dogmatisch zu befolgenden Plan zur Erlangung eines ideologisch fixierten Zieles“<sup>283</sup>,<sup>284</sup>.

Hinsichtlich des Roten Wiens entwickelten die Austromarxisten rund um Otto Bauer jedoch keine dogmatische Doktrin, sondern eine neue Gesellschaftstheorie. Das Hauptaugenmerk lag hierbei auf der sozialistischen Bewusstseinsbildung der Wiener Bevölkerung, durch welche diese peu á peu verändert und zu „neuen“ Menschen umerzogen werden sollte.<sup>285</sup>

Der deutsche Historiker Lutz Raphael weist darauf hin, dass Social Engineering weitaus mehr in sich birgt als „die Planung von gigantischen Großprojekten, das ‚scientific management‘ in Industriebetrieben, die verbreitete Sehnsucht nach sozialer Ordnung, die ‚Verwissenschaftlichung der Gesellschaft‘ oder den allgemeinen Glauben an die Segnungen der Technik“<sup>286</sup>. Vielmehr setzte und setzt sich Social Engineering aus verschiedenen Komponenten zusammen, die im Folgenden erläutert werden sollen, um daraus Rückschlüsse auf die sozialpolitische Gedankenwelt des Roten Wien ziehen zu können.<sup>287</sup>

Die Hauptakteure des Social Engineering waren stets Experten. Durch die gesellschaftliche Dynamik des 19. Jahrhunderts bedurfte es Fachkräften, die dazu geschult waren, einerseits Prozesse und systematische Zusammenhänge zu erkennen, die daraus resultierenden Problematiken zu analysieren und Lösungswege zu entwerfen, die auch zukünftig Bestand haben sollten. Dadurch, dass diese Experten nicht nur versuchten, Lösungen zu finden sondern auch die Organisation der Gesellschaft zu deuten, war ihnen ein enormer gesellschaftspolitischer Einfluss zuteil.<sup>288</sup>

---

<sup>282</sup> Siehe dazu: Ebenda. Siehe dazu auch: Karl Popper, Alan Ryan, Ernst Gombrich, *The Open Society and Its Enemies* (Princeton/Oxford 2013).

<sup>283</sup> Siehe dazu: Etzemüller, *Social engineering*, 2. Online unter: [https://docupedia.de/zg/Social\\_engineering](https://docupedia.de/zg/Social_engineering) (letzter Aufruf am 20. 10. 2016, 09:45). Siehe dazu auch: Karl Popper, *The Open Society and Its Enemies* (2 Bde., London 1991, <sup>1</sup>1945), Bd.1, 22-24, 157-168.

<sup>284</sup> Etzemüller, *Social engineering*, 2. Online unter: [https://docupedia.de/zg/Social\\_engineering](https://docupedia.de/zg/Social_engineering) (letzter Aufruf: 20.10. 2016, 09:45).

<sup>285</sup>

<sup>286</sup> Siehe dazu: Etzemüller, *Social engineering*, 3. Online unter: [https://docupedia.de/zg/Social\\_engineering](https://docupedia.de/zg/Social_engineering) (letzter Aufruf: 20.10. 2016, 13:08).

<sup>287</sup> Ebenda.

<sup>288</sup> Ebenda.

Durch die Modernisierung der Gemeinschaft drohte die Gesellschaft, sich in ihre einzelnen Bestandteile aufzulösen. Paradoxe Weise wurden dieser Moderne mithilfe der technischen Hilfsmittel, die diese hervorgebracht hatte, künstlich hergestellte, „organische“ Gemeinschaften gegenübergestellt. Darin liegt nach Etzemüller auch das radikalisierte Moment des Social Engineering, da es sich, parallel zur Biologisierung des gesellschaftspolitischen Denkens, die Ausmerzungen vermeintlich „kranken“ Gewebes aus dem Organismus zu eigen gemacht hatte, um den „Volkskörper“ von jeglichen negativen Einflüssen der Moderne „heilen“ zu können.<sup>289</sup>

Die Gegenwart offenbarte sich den Sozialingenieuren stets als Krise, die sich zukünftig noch verschärfen würde. Allerdings wurde die Krise stets als Krisis, als Punkt einer fälligen Entscheidung, betrachtet. Dementsprechend war es den Sozialingenieuren nicht möglich, nicht zu handeln. Basierend auf ihren Prognosen sahen sie sich geradezu dazu gezwungen, helfend einzuschreiten und Lösungswege zu forcieren, jedoch immer mit Bezug zur Realität. Die Realität galt den Sozialingenieuren als Legitimation für die Ordnung der Gesellschaft. Die Wirklichkeit wurde nach in der Natur bereits vorhandenen, „vernünftigen“ Ordnungsmodellen durchsucht. Dabei wurde in ihrer Selbstwahrnehmung allerdings außer Acht gelassen, dass die Sozialingenieure stets „realitätsbezogen, antiideologisch und antimetaphysisch“<sup>290</sup> handelten.<sup>291</sup>

Allerdings setzten die Sozialingenieure nicht auf Verordnungen, sondern auf Lernprozesse. Dazu bedurften sie aufwendiger Untersuchungen der materiellen und geistigen Bedürfnisse ihrer Probanden. Die Ergebnisse wurden anhand von Normalverteilungskurven veranschaulicht und dienten als Grundlage etwaiger Interventionen. Hierbei galt jedoch nicht die statistische Mehrheit als „normal“, sondern all das, was der Natur entsprach. Diese „Normalität“ war jedoch keine fixe Norm, sondern eine variable Zone mit möglichen Verhaltensweisen. Menschen, die sich außerhalb dieser Norm aufhielten, galten als problematisch, weswegen sie sich selbst so zu konditionieren hatten, bis sie sich „normal“ verhielten. Aus diesem Grund verfassten die Sozialingenieure auch keine Gesetze oder Anordnungen, sondern Ratgeber, fußend auf Anschauungsmaterial und Überzeugung in Ausstellungen, Bildbänden oder bereits erfolgreich realisierten Projekten.<sup>292</sup>

Auch die Idee von Architekten als „Sozialingenieuren“ zu sprechen ist nicht gänzlich neu. Bereits 1930 zeigte eine Leistungsschau im Rahmen einer Ausstellung in Stockholm, welchen

---

<sup>289</sup> Ebenda.

<sup>290</sup> Ebenda.

<sup>291</sup> Ebenda.

<sup>292</sup> Ebenda.



Anteil die schwedischen Architekten, Ingenieure und Kunsthandwerker an modernem Wohnbau, Verkehrswesen und Design hatten. Mit knapp vier Millionen Besuchern bei rund sechs Millionen Bewohnern stellte diese Ausstellung einen enormen Publikumserfolg dar. Neben Luxus- und Serienmöbeln, Keramiken, Tapeten und öffentlichen Verkehrsmitteln wurden, als wichtigster Teil dieser Leistungsschau, durchwegs als funktionalistisch zu bezeichnende Musterwohnungen und Musterhäuser gezeigt.<sup>293</sup>

Von einem Single-Haushalt mit geringem Einkommen bis hin zu einem Sechs-Personen-Haushalt samt Dienstpersonal ließen sich die gezeigten Musterunterkünfte in 15 unterschiedliche „Bedarfstypen“ kategorisieren, im Größenverhältnis von 29m<sup>2</sup> bis hin zu 111m<sup>2</sup>. Um nicht nur „Wohnen am Existenzminimum“<sup>294</sup> darzustellen, wurden nebenbei auch Einfamilienhäuser und Villen errichtet, sodass Wohnraum für jede Bevölkerungsschicht aufgezeigt werden konnte. Der Grundgedanke war jedoch immer derselbe, jedem Menschen sollte es ermöglicht werden, ihm seine „Ration Wohnung“<sup>295</sup> zuzuteilen.<sup>296</sup>

Wenngleich sich diese Ausstellung nach Sozialhistoriker Thomas Etzemüller durchaus in die Geschichte der Avantgarde von Kunst und Architektur einreihen lässt, ist neben einer rein kunsthistorischen Interpretation derselben auch eine sozialreformerische Interpretation zulässig. Die Ausstellungsverantwortlichen verstanden die Leistungsschau nämlich unter anderem auch als eine Art Erziehungsmodell, welches bahnbrechend den Weg in eine neue Zukunft weisen sollte. Wie bereits der österreichische Architekt Adolf Loos in seinen posthum herausgegebenen Schriften „Ornament und Verbrechen“<sup>297</sup> und „Warum Architektur keine Kunst ist: Fundamentales über scheinbar Funktionales“<sup>298</sup> forderte, sollten Ornamente und aufwendige Stuckaturen an den Fassaden der Hausmauern nicht länger den Blick auf die Wirklichkeit verstellen, die Fassaden der Gebäude sollten von einer zweckmäßigen Gestaltung zeugen.<sup>299</sup>

Ebenso verhielt es sich mit der Zweckmäßigkeit von Gebrauchsgegenständen, die zwar praktisch und funktional, aber dennoch von hoher Qualität waren. Einen nicht unwesentlichen

---

<sup>293</sup> Thomas Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes. Eine einleitende Skizze. In: Etzemüller, Die Ordnung der Moderne, 11-41, hier 11, bzw. 12.

<sup>294</sup> Vgl. dazu: Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, 12.

<sup>295</sup> Vgl. dazu: *Internationale Kongresse für Neues Bauen/Städtisches Hochbauamt in Frankfurt am Main* (Hg.), Die Wohnung für das Existenzminimum. Auf Grund der Ergebnisse des II. internationalen Kongresses für Neues Bauen, sowie der vom Städtischen Hochbauamt in Frankfurt am Main veranstalteten Wanderausstellung (Frankfurt am Main 1930), 8.

<sup>296</sup> Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, 12.

<sup>297</sup> Adolf Loos, Adolf Opel (Hg.), Ornament und Verbrechen. Ausgewählte Schriften – Die Originaltexte (Wien 2000).

<sup>298</sup> Adolf Loos, Warum Architektur keine Kunst ist: Fundamentales über scheinbar Funktionales (Wien 2009).

<sup>299</sup> Vgl. dazu: Adolf Loos, Adolf Opel (Hg.), Ornament und Verbrechen. Ausgewählte Schriften – Die Originaltexte (Wien 2000), bzw. Adolf Loos, Warum Architektur keine Kunst ist: Fundamentales über scheinbar Funktionales (Wien 2009).

Anteil an dem enormen Erfolg der Ausstellung in Stockholm hatten auch mehrere Ausstellungskataloge und aufwendig illustrierte Zeitschriften und Zeitungen. Darin waren neben Bildern von Einrichtungsgegenständen die Musterwohnungen samt Grundriss, Einrichtungslisten, geschätzter Jahresmiete und entsprechenden Einrichtungsfirmen abgebildet.<sup>300</sup>

Das Publikum wurde dabei selbst zu einem entscheidenden Moment, denn durch die Abbildungen wurde eine zukünftig gewünschte Utopie nicht nur bereits vorab illustriert, sondern auch realisiert. Diese gewünschte zukünftige Utopie basierte im Kern auf der Idee, „dass die Produktion von Gebrauchsgegenständen nicht nur der Schaffung von Reichtum oder einer erneuerten und entwickelten Technik diene, sondern vor allem der Bildung einer hochwertigen Gesellschaft.“<sup>301,302</sup>

Die moderne Gesellschaft wurde als eine Art komplexes Phänomen verstanden, als Symbiose von aufbauenden, das heißt, interesse- und idealbildenden Kräften auf der einen und zerstörerischen, durch Triebe und Begehren bedingten Kräften auf der anderen Seite. Diese „zerstörerischen“ Kräfte galt es zu kontrollieren, zunächst durch Selbstbeherrschung. Je größer die Beherrschung war, desto höher würde die geistige Reife und Kultur der Gesellschaft werden.<sup>303</sup>

Eine besondere Bedeutung wurde dabei dem „Heim“ zugedacht, welches als „Gegengewicht gegen das aufreibende Erwerbs- und Vergnügungsleben der Gegenwart und rücksichtslosem Kampf um das Dasein“ einen Gegenpol bieten sollte, an welchem „die im tieferen Sinne guten und lebensbejahenden Kräfte gedeihen können.“<sup>304, 305</sup>

Die Idee der „gelebten Utopie“ ist ebenfalls keine Erfindung innerhalb der neuesten Geschichte, erste Studien und Fragmente dazu finden sich bereits in der frühen Neuzeit, beispielsweise bei Thomas Morus „Utopia“ oder Tomaso Campanellas „Sonnenstaat“. Sowohl Utopia als auch der Sonnenstaat basieren auf einer „Solidargemeinschaft neuer Menschen“<sup>306</sup>, einer durchstrukturierten Gemeinschaft von produktiven Individuen, als ein ganzheitlich gedachtes ideales Gemeinwesen<sup>307 308</sup>.

---

<sup>300</sup> Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, 12f.

<sup>301</sup> *Stockholmsutställningen 1930*, Huvudkatalog (Stockholm 1930), 35.

<sup>302</sup> Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, 13.

<sup>303</sup> Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, 13.

<sup>304</sup> *Stockholmsutställningen 1930*, Hemmet. Kostindustrien (Stockholm 1930), 4.

<sup>305</sup> Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, 13.

<sup>306</sup> Vgl. dazu: Richard Saage, *Utopische Profile*, 4Bde. (Bd. 1, Münster 2001-2004), 82.

<sup>307</sup> Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, 10 bzw. 13.

<sup>308</sup> Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes, 13.

Der Fokus lag hierbei ganz bewusst auf der Bildung, zu der die „neuen Menschen“, die Arbeiter, im Rahmen ihres neuerworbenen Selbstbewusstseins freien Zugang haben sollten. Die Herangehensweisen an dieses Vorhaben waren variabel, aber in ihren Ansinnen mindestens ebenso radikal wie der Wunsch, schnellstmöglich eine Gegenkultur zu der traditionellen bürgerlichen Welt zu kreieren und zu etablieren. Allerdings war diese vom Roten Wien kommunalpolitisch geförderte Kultur von der nicht sozialistisch eingestellten Gesellschaft nicht als gleichwertig anerkannt worden. Insbesondere, nachdem die Sozialdemokraten aus der Koalitionsregierung in der Ersten Republik ausgeschieden waren, stellte das Rote Wien den Kontrapart zu den durchaus als konservativ zu bezeichnenden Bundesländern dar.<sup>309</sup>

Die Kommunalpolitik des Roten Wien förderte die Idee der Schaffung eines sogenannten „Neuen Menschen“. Die sozialistische Lebensweise sollte für alle Bereiche des alltäglichen Lebens gelten, primär galt es, den gesamten Menschen zu erfassen, „Verstand, Charakter und Gefühl in gleicher Stärke von der Leuchtidée des Sozialismus entflammen zu lassen, ist die Kunst der neuen Erziehung.“<sup>310,311</sup>

Die Arbeiterbewegung war innerhalb des Roten Wien so dicht verzweigt, dass kein Lebensbereich davon ausgespart werden konnte. Der Alltag stellte einen Hort der sozialistischen Kultur dar, in welchem neue Lebensformen vorweggegriffen werden sollten. Wie verzweigt und vor allem welchen Stellenwert die kulturellen Vereine hatten, zeigt deren Auflistung im Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung von 1927. Verzeichnet sind unter anderem die Arbeiter-Stenographen, der Arbeiter-Esperantobund, die Zentralstelle für Sozialistische Individualpsychologen oder der Freidenkerbund, um hier nur einige wenige exemplarisch zu nennen.<sup>312</sup>

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung war nicht nur eine Bewegung der Gegenkultur, sie stellte vielmehr das Erbe, die Vollendung und die Neuschöpfung der Kultur dar.<sup>313</sup> 1909 von den Sozialdemokraten, den Gewerkschaften und den Konsumverbänden gegründet, setzte sich die „Sozialistische Bildungszentrale“ das Ziel, einen auf wissenschaftlicher Basis fundierten Klassenkampf zu ermöglichen, wobei primär die „Gefühlsbildung“ zur Stärkung

---

<sup>309</sup> Susanne Böck, Neue Menschen. Bildungs- und Kulturarbeit im Roten Wien. In: Walter Öhlinger, Das Rote Wien 1918-1934. (Ausstellungskatalog zur 177. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien von 17.6. – 5.9.1993, Wien 1993), 142-152, hier 142.

<sup>310</sup> Josef Luitpold Stern, Klassenkampf und Massenbildung (Prag 1924), 19, zitiert nach: Böck, Neue Menschen. In: Öhlinger, Das Rote Wien 1918-1934, 142-152, hier 143.

<sup>311</sup> Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 143.

<sup>312</sup> Ebenda, bzw. 145.

<sup>313</sup> Dieter Langewiesche, Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen. In: Gerhard A. Ritter, Arbeiterkultur (Königstein 1979), 46.

des Selbstbewusstseins unter der Arbeiterschaft in den Vordergrund rückte. Nach Josef Luitpold Stern, dem Leiter der Sozialdemokratischen Bildungsstelle von 1918 bis 1922 und ab 1932 war es „unsere Aufgabe, jede Arbeiterstube zur Schule des Sozialismus zu machen, jeden Arbeiter, jede Arbeiterin zu einem Gefäß der Revolution.“<sup>314</sup>,<sup>315</sup>

Die Bildungseinrichtung offerierte den Wiener Arbeitern und Arbeiterinnen ein abgestuftes System verschiedenster Schulungseinrichtungen. Dazu zählten zunächst Einzelvorträge, die sich mit medizinischen Fragen, Sexualität, Alkoholismus, der Frauenbewegung oder dem politischen Leben in Österreich auseinandersetzten. Theoretische Inhalte deckte diese Stufe der Schulungseinrichtung lediglich marginal ab. Die zweite Stufe der neuetablierten Bildungsangebote richtete sich an Vertrauenspersonen, die eigens in Vortragsreihen geschult wurden. Wie die Historikerin Susanne Böck darstellt, war die Parteischule auf die Betonung theoretischer Fragen zum Sozialismus hin ausgerichtet, wohingegen die Arbeiterhochschule, an der die Bildungszentrale beteiligt war, die Schulung der Funktionäre abdeckte.<sup>316</sup>

Bereits vor Ende des 19. Jahrhunderts bestanden einige Arbeiterbüchereien, die mithilfe der Sozialistischen Bildungszentrale weiter ausgebaut wurden. Innerhalb der Ersten Republik konnten sie den Status der am effizientesten österreichischen Bibliotheksorganisation für sich beanspruchen. Die Unterbringung von Arbeiterbüchereien in den Gemeindebauten des Roten Wien, Böck führt hierbei den Sandeleitenhof in Ottakring an, war insofern ein Vorteil, da dadurch die Möglichkeit bestand, die Bibliotheken auf direktem Wege in das neue sozialdemokratische „Lebensangebot“ der Gemeindebauten miteinzubinden. Die Arbeiterbüchereien dienten dem Zweck, den „Sozialismus einzuführen und die Arbeiter im Sozialismus zu festigen“<sup>317</sup>. Ihre Hauptaufgabe sollte es sein, den Arbeitern den Sozialismus als Weltbild näherzubringen und zu vermitteln. Nach dem österreichischen Verhaltensforscher Otto Koenig würde ein „kluger, sozialistischer Bibliothekar seine Leser nicht vergewaltigen, aber er muss und wird sie leise, langsam und möglichst unmerklich lenken und zu leiten versuchen. Das ist seine Pflicht!“<sup>318</sup>. Besonders beliebt unter den Arbeitern waren die Bücher von Jack London und Upton Sinclair, aber auch die klassischen sozialen Romane von Maxim Gorki und Emile Zola erfreuten sich größter Beliebtheit, da sie

---

<sup>314</sup> Josef Weidenholzer, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik (Wien 1981), 61, zitiert nach: Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 145.

<sup>315</sup> Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 145.

<sup>316</sup> Ebenda.

<sup>317</sup> Böck bezieht sich hier auf den österreichischen Verhaltensforscher und Schüler von Konrad Lorenz, Otto Koenig (1914 – 1992), Vgl. dazu: Böck, Neue Menschen 142-152, hier 146.

<sup>318</sup> Otto Koenig, Tendenzbücherei. In: *Bildungsarbeit. Zeitschrift für sozialistisches Bildungswesen* Nr. 1 (Wien 1923), 5.

über eine schlichte Schreibweise und das Ineinanderfließen von Romantik, spannender Handlung und sozialem Gehalt in sich vereinten.<sup>319</sup> Genau dies sagte der lesenden Arbeiterschaft zu. Allerdings ist zu erwähnen, dass genau jene Bücher, die sich mit der Thematik des „Sozialismus“ auseinandersetzten, während der Kanzlerdiktatur unter Engelbert Dollfuß gesichtet und aus den Büchereien entfernt wurden.<sup>320</sup>

Das Gros der Wiener Arbeiterschaft beschäftigte sich zwar intellektuell mit den Lehren des Kapitalismus und den daraus resultierenden Konsequenzen, jedoch hatten diese keinerlei Auswirkungen auf ihren Alltag. Die Bildungszentrale verstand sich daher primär als jenes Organ, welchem es gelingen sollte, diese Widersprüche zu dezimieren. Gewünscht wurde eine Abgrenzung der bürgerlichen Werte und Normen und eine Trendwende hin zu an die Arbeiterschaft angepasste Formen des kulturellen Verhaltens. Darunter fielen beispielsweise auch religiöse Bräuche, die bei einem Großteil der Arbeiterschaft noch tief verwurzelt waren. Sie sollten durch proletarische Formen ersetzt werden.<sup>321</sup>

Die Sozialdemokratie versuchte, ähnlich wie die Kirche, den Menschen in seiner Gesamtheit zu erfassen, sodass es nicht verwunderlich ist, dass einige religiöse Bräuche von der Sozialdemokratie adaptiert wurden. So kann die Jugendweihe etwa als Gegenstück zur Firmung erachtet werden. Generell galt die Arbeiterkultur in Österreich als Gegensatz zu den klerikalen Werten. Kennzeichen einer modernen Industriegesellschaft, exemplarisch seien hier ein gesundes Leben oder das Streben nach Kultur und Bildung genannt, galten im katholischen Österreich als Auswüchse der „proletarischen Kultur“.<sup>322</sup>

Im Bereich der Erwachsenenbildung legten die Sozialdemokraten besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Wiener Volkshochschulen, insbesondere dem „Volksbildungshaus Magareten“ und dem „Volksheim Ottakring“. Gegründet durch das liberale Großbürgertum, hatten sich diese beiden Wiener Volkshochschulen schwerpunktmäßig in ihren volksbildnerischen Aufgaben auf die Lehren der Aufklärung fokussiert. Durch ihre Fürsorge für die sozialen Unterschichten konnten hierbei die Zielsetzungen der liberalen Linken mit jenen der Sozialdemokraten kombiniert werden. Der österreichische Kunsthistoriker und Direktor des Museums für angewandte Kunst, Eduard Leischnig, der an der Etablierung des Volksbildungshauses in Magareten wesentlichen Anteil hatte, definierte die Bestrebungen der

---

<sup>319</sup> Herbert Exenberger, Arbeiterbildung in Österreich: Am Beispiel der Wiener Arbeiterbüchereien. In: *Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung* (Hg.), Arbeiterbewegung, koloniale Frage und Befreiungsbewegung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Arbeiterbildung unter den Bedingungen des Kapitalismus (Wien 1983), 263.

<sup>320</sup> Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 146.

<sup>321</sup> Ebenda.

<sup>322</sup> Vgl. dazu: Alfred Pfoser, Das Ende der Bedürfnislosigkeit. Zur sozialistischen Bildungspolitik. In: Helene Maimann (Hg.), Die ersten hundert Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988 (Wien 1988), 129.

liberalen Linken und Sozialdemokraten durch die „Möglichkeit eines Zusammenwirkens des freisinnigen Bürgertums, der nationalen akademischen Kreise und der Arbeiterschaft auf dem Boden zielbewusster, neutraler Volksbildungsarbeit geschaffen werden könne [...]“<sup>323</sup>.<sup>324</sup>

Die Errichtung des Volksbildungsheimes Ottakring geht hingegen auf Emil Reich, der sich selbst als Verfechter der „Lassalleschule“ bezeichnete und Ludo Moritz Hartmann, einem bekannten Historiker und SDAP-Mitglied, zurück. Im Fokus der beiden Schulen stand die Vermittlung formalen Wissens und die Bemühung, ihre Zuhörer zu eigenständigem Denken anzuregen<sup>325</sup>:

*„Unser Ziel ist es, die Denkkraft zu wecken, die allzuhäufig schlummert, damit das Volk wirklich ein Volk der Denker werde. Deshalb gehen wir prinzipiell auf intellektuelle Bildung, wenn auch nicht auf spezialisierte Verbildung, und nicht auf ethische Anregung aus, wir glauben gerade dadurch den Kulturkampf gegen jegliche autoritäre Weltanschauung und geistige Knechtung am besten aufzunehmen.“*<sup>326</sup>

Allerdings dienten die Volkshochschulen nicht den beruflichen Karrierechancen einzelner, ihr Ziel war vielmehr die Schulung der Massen, weswegen berufsbildende Kurse abgelehnt wurden. Durch diese Art einer sozial-integrativen Herangehensweise sollten die unteren Sozialschichten an die Werte der bürgerlichen Hochkultur, wie Böck beschreibt, herangeführt werden. Bildung sollte als Mittel zur Überwindung der sozialen Gegensätze verstanden und eingesetzt werden.<sup>327</sup>

Die Volkshochschulen versuchten sich in ihrer politischen Ausrichtung als möglichst neutral zu präsentieren, ein Umstand, den vor allem der Sozialphilosoph und Austromarxist Max Adler scharf kritisierte. Allerdings kann der politisch neutralen Haltung der Volkshochschulen durchaus etwas Positives abgewonnen werden, da so, wie es der Dichter und einer der Bildungsfunktionäre der Arbeiterbewegung, Josef Luitpold Stern, formulierte, die Aufgabenverteilung zwischen den Volkshochschulen und der Sozialistischen Bildungszentrale besser gewährleistet werden konnte<sup>328</sup>:

*„Die Volksbildungsbewegung hat die Aufgabe, den mittelalterlichen Genoveva-Anbeter vor der Rotationsmaschine umzuwandeln in den modernen, naturwissenschaftlich gesinnten Monteur [...]. Es ist die Anpassung des unwissenden mittelalterlich-klerikal-autoritär erzogenen hörigen Menschen an die moderne Technik, um ihn zu einem naturwissenschaftlich etwas aufgeklärteren Bediener der Maschinen zu machen. Die Volksbildungsbewegung hat konservative Ziele, sie verfolgt die Erhaltung, den Bestand, ja die Fortentwicklung des kapitalistischen Systems. Es sind dies Ziele, die wir nicht*

---

<sup>323</sup> Vgl. dazu: Eduard Leisching, 40 Jahre Wiener Volksbildungsverein. 1887 – 1927 (Wien 1927), 12.

<sup>324</sup> Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 147.

<sup>325</sup> Ebenda.

<sup>326</sup> Ludo Moritz Hartmann, Volksbildung und Ethik. In: Die Zeit (15 Juni 1901), 165.

<sup>327</sup> Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 147.

<sup>328</sup> Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 147f.

*ablehnen, denn der Mensch muss diese ganze Phase der Entwicklung mitmachen. Der andere Zweig, die Arbeiterbildung, hat die Aufgabe, die Massen reif zu machen für die politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen Aufgaben des alles umspannenden Klassenkampfes.*“<sup>329</sup>

Die sozialpolitischen Maßnahmen der federführenden Politiker des Roten Wien, darunter Arbeiterkultur, Wohnungsbau, Sozialeinrichtungen und Schulreformen, bei welchen durchaus von „Social Engineering“ gesprochen werden kann, waren ein Reifeprozess, der sich verbunden mit zahlreichen Rückschlägen über mehrere Jahre hinweg entwickelte. Daraus formte sich das Model des „Roten Wien“, für die Sozialdemokraten ein Paradebeispiel der gelebten Form einer sozialistischen Utopie. Die Sozialdemokratie zeigte sich davon überzeugt, dass sie durch das „Rote Wien“ ihre Feuertaufe bestanden hatte und sich dieses Prestigeprojekt in ganz Österreich verwirklichen lassen würde. Die Wähler würden diese Sozialleistungen goutieren.<sup>330</sup>

Das bürgerliche Lager war offenbar nicht dazu in der Lage, die langanhaltende Arbeitslosigkeit und die sozialen Missstände im Land einzudämmen. Daraus schlussfolgerten die österreichischen Sozialdemokraten, dass es nicht mehr lange dauern würde, bis das Gros der Wähler den Sozialdemokraten ihr Vertrauen schenken und sie in die Regierung berufen würden.<sup>331</sup>

Von Industrialisierung und Fortschritt ausgeschlossene gesellschaftliche Schichten in der Gesellschaft rückten in den Fokus der Politik. Noch um die Jahrhundertwende herum hatten die Vorstädte aus der Sicht der innerhalb der Ringstraße gelegenen Gebiete als „Spielwiese“ zur Erprobung verschiedenster neuer Technologien gedient. Hier fanden sich gleichsam die großen Produktionsstätten verschiedenster industrieller Zweige und das Gros der Arbeiterbevölkerung, deren gesamtes Leben von diesen Produktionsstätten bestimmt wurde. Das Zentrum Wiens verstand die in der Peripherie der Stadt gelegenen Viertel als elendig und antizivilisiert. Als ökonomischer Standort schienen die industriellen Vorstädte zwar perfekt, kulturell hingegen waren sie marginalisiert.<sup>332</sup>

Durch die politische und ökonomische Modernisierung Wiens während der Zwischenkriegszeit erfuhren die Vorstädte eine völlig neue Bedeutung. Nun galten sie als Orte der Emanzipation, der kulturellen Utopie und Wegweiser in eine bessere Zukunft. In den

---

<sup>329</sup> Josef Luitpold *Stern*, Klassenkampf und Massenbildung (Prag 1924), 19, zitiert nach: Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 148.

<sup>330</sup> Vgl. dazu: Hugo *Portisch*, Österreich I. Die unterschätzte Republik (Wien 1989), 240f.

<sup>331</sup> Ebenda, bzw. 242.

<sup>332</sup> Vgl. dazu: *Maderthaner*, Transformationen der Wien-Narrative im 20. Jahrhundert, 20-33, hier 26. Siehe dazu auch Helmut *Gruber*, Red Vienna, Workers, Mass Culture and Modernity. In: Roman *Horak*, Wolfgang *Maderthaner*, Siegfried *Mattl*, Gerhard *Meißl*, Lutz *Musner*, Alfred *Pfoser* (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne (Bd. 2, Wiener Vorlesungen Bd. 9, Wien 2000), 48-53.

Vorstädten lag die soziale Basis des vom Roten Wien unternommenen Experiment von Zivilisierung, Heranführung an kulturelle Vielfaltigkeit, Weiterbildungsmöglichkeiten und Hygienisierung der Massen.<sup>333</sup>

Der von Otto Bauer erdachte und von 1919 bis 1934 forcierte und propagierte „Austromarxismus“ scheiterte letztendlich, so die Historikerin Susanne Böck, an seinem Selbstverständnis als Kulturbewegung denn als politische Kraft. Da er sich primär auf Bildungs- und Kulturarbeit fokussiert hatte, konnte er keinen dauerhaften Gegenpol zum Heimwehrfaschismus darstellen. Während der Jahre 1934 – 1938 richtete sich die Linie des austrofaschistischen Ständestaats bewusst gegen Positivismus, Rationalismus und Aufklärung. Eine Erziehung des Menschen im Sinne der Bildungspolitik des Roten Wien, gestützt auf dessen individuellen Stärken und intellektuellen Fähigkeiten, rückte in den Hintergrund. Während der Kanzlerdiktatur unter Engelbert Dollfuß widmete sich die Erziehung des Menschen gänzlich der Schaffung eines „Volksmenschen“, der eng mit seiner „Heimat“ und seinem „Volkstum“ verbunden war. Der Traum von einer „sozialistischen Gesellschaft“ musste dem Dachverband „Volk“ weichen.<sup>334</sup>

---

<sup>333</sup> Ebenda.

<sup>334</sup> Vgl. dazu: Böck, Neue Menschen, 142-152, hier 150.



## 10 ANHANG

### 10.1 Verzeichnisse

#### 10.1.1 Literatur

Peter *Autengruber*, Ursula *Schwarz*, Lexikon der Wiener Gemeindebauten. Namen, Denkmäler, Sehenswürdigkeiten (Wien 2013).

Walter *Baier*, Lisbeth N. *Trallori*, Derek *Weber* (Hg.), Otto Bauer und der Austromarxismus. „Integraler Sozialismus“ und die heutige Linke (Berlin 2008).

Eve *Blau*, Rotes Wien. Architektur 1919 – 1934. Stadt-Raum-Politik (Wien 2014).

Susanne *Böck*, Neue Menschen. Bildungs- und Kulturarbeit im Roten Wien. In: Walter *Öhlinger*, Das Rote Wien 1918-1934. (Ausstellungskatalog zur 177. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien von 17.6. – 5.9.1993, Wien 1993), 142-152.

John W. *Boyer*, Karl *Lueger* (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf (Wien/Köln/Weimar 2010).

Erich *Brahmas*, Der Wiener Gemeindebau. Vom Karl-Marx-Hof zum Hundertwasserhaus (Basel/Boston/Stuttgart 1987).

Felix *Czeike*, Geschichte der Stadt Wien (Wien/München/Zürich/New York 1981).

Felix *Czeike*, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 1, A – Da, Wien 1992).

Felix *Czeike*, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 2, De – Gy, Wien 1993).

Felix *Czeike*, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 3, Ha – La, Wien 1994).

Felix *Czeike*, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 4, Le – Ro, Wien 1995).

Felix *Czeike*, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Bd. 5, Ru – Z, Wien 1997).

Felix *Czeike*, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien (Wien 1980).

*Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien* (a.a.O.)

Peter *Eigner*, Herbert *Matis*, Andreas *Resch*, Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: *Verein der Geschichte der Stadt Wien* (Hg.), Jahrbuch des Vereins der Geschichte der Stadt Wien 1999 (Wien 1999), 49-100. Online unter: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org), hier Seite 3.

Thomas *Etzemüller* (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert (Historie Band 9, Bielefeld 2009).

Herbert *Exenberger*, Arbeiterbildung in Österreich: Am Beispiel der Wiener Arbeiterbüchereien. In: *Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung* (Hg.),

Arbeiterbewegung, koloniale Frage und Befreiungsbewegung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Arbeiterbildung unter den Bedingungen des Kapitalismus (Wien 1983).

Gudrun Exner, Josef Kytir, Alexander Pinwinkler, Bevölkerungswissenschaft in Österreich in der Zwischenkriegszeit (1918-1938): Personen, Institutionen, Diskurse (Wien/Köln/Weimar 2004).

Peter Feldbauer, Stadtwachstum und Wohnungsnot. Determinanten unzureichender Wohnungsversorgung in Wien 1848 bis 1914 (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 13, Wien 1980).

Gemeinde Wien (Hg.), Das Neue Wien. Städtewerk (Bd. 2, Wien 1927).

Harald D. Gröller, Karl Seitz. Ein Leben an Bruchlinien (Wien 2005).

Helmut Gruber, Red Vienna. Experiment in Working-Class Culture, 1919-1934 (Oxford 1991).

Helmut Gruber, Red Vienna, Worker, Mass Culture and Modernity. In: Roman Horak, Wolfgang Maderthaner, Siegfried Mattl, Gerhard Meissl, Lutz Musner, Alfred Pfoser (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne (Bd. 2, Wien 2000), 48-53.

Hans Hautmann, Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934 (Wien 1980).

Wolfgang Hösl, Gottfried Pirhofer, Wohnen in Wien 1848-1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 19, Wien 1988).

Roman Horak, Wolfgang Maderthaner, Siegfried Mattl, Gerhard Meissl, Lutz Musner, Alfred Pfoser (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne (Bd. 2, Wien 2000).

Internationale Kongresse für Neues Bauen/Städtisches Hochbauamt in Frankfurt am Main (Hg.), Die Wohnung für das Existenzminimum. Auf Grund der Ergebnisse des II. internationalen Kongresses für Neues Bauen, sowie der vom Städtischen Hochbauamt in Frankfurt am Main veranstalteten Wanderausstellung (Frankfurt am Main 1930).

Siegfried Jäger, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (Münster <sup>7</sup>2012).

Harald A. Jahn, Das Wunder des Roten Wien. Zwischen Wirtschaftskrise und Art déco (Bd. 1, Wien 2014).

Wilhelm Kainrath, Die gesellschaftspolitische Bedeutung des kommunalen Wohnbaus in Wien der Zwischenkriegszeit. In: *Presse- und Informationsamt der Stadt Wien* (Hg.), Kommunaler Wohnbau in Wien (Wien o.J.).

Franz Karner, Aufbau der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien (Wien 1926).

Walter Kleindl, Isabella Ackerl (Hg.), Günter K. Kodek (Hg.), Österreich. Zahlen, Daten, Fakten (Wien <sup>5</sup>2004).

Otto Koenig, Tendenzbücherei. In: *Bildungsarbeit. Zeitschrift für sozialistisches Bildungswesen* Nr. 1 (Wien 1923), o.S.

Wolfgang Kos (Hg.), Christian Rapp (Hg.), Alt-Wien. Die Stadt, die niemals war. (Ausstellungskatalog zur 316. Sonderausstellung des Wienmuseum. Wienmuseum im Künstlerhaus, 25.11.2004 – 28.3.2005, Wien 2004).

David Kuchenbuch, Eine Moderne nach „menschlichem Maß“. Ordnungsdenken und social engineering in Architektur und Stadtplanung – Deutschland und Schweden, 1920er bis 1950er Jahre. In: Thomas Etzemüller (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. (Historie Band 9, Bielefeld 2009), 109 – 128.

Dieter Langewiesche, Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen. In: Gerhard A. Ritter, Arbeiterkultur (Königstein 1979), o.S.

Adolf Loos, Adolf Opel (Hg.), Ornament und Verbrechen. Ausgewählte Schriften – Die Originaltexte (Wien 2000).

Adolf Loos, Warum Architektur keine Kunst ist: Fundamentales über scheinbar Funktionales (Wien 2009).

Wolfgang Maderthaner, Transformationen der Wien Narrative im 20. Jahrhundert. In: Monika Sommer (Hg.), Marcus Gräser (Hg.), Ursula Prutsch (Hg.), Imaging Vienna. Innenansichten, Außenansichten, Stadterzählungen (Wien 2006), 20-33.

Peter Marcuse, „A Useful Installment of Socialist Work; Housing in Red Vienna in the 1920s“. In: Rachel G. Bratt, Chester Hartman, Ann Meyerson (Hg.), Critical Perspective on Housing (Philadelphia 1986), o.S.

Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion der Bundeshauptstadt Wien (Hg.), 150 Jahre Wiener Stadtbauamt (Wien 1985).

Helene Maimann (Hg.), Die ersten hundert Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988 (Wien 1988).

Gerhard Melinz, Von der „Wohltäterei“ zur Wohlfahrt. Aspekte kommunaler Sozialpolitik 1918-1934. In: Walter Öhlinger, Das Rote Wien 1918-1934. (Ausstellungskatalog zur 177. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien von 17.6. – 5.9.1993, Wien 1993), 104-122.

Gerhard Melinz, Gerhard Ungar, Wiener Wohlfahrtspolitik in der Krise 1929 – 1938 (Wien 1993).

Robert Misik, Ein seltsamer Held. Der grandiose, unbekannte Victor Adler (Wien 2016).

Walter *Öhlinger*, Das Rote Wien 1918-1934. (Ausstellungskatalog zur 177. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien von 17.6. – 5.9.1993, Wien 1993).

Joachim *Petsch*, The German Werkbund from 1907 to 1933 and the Movements for the 'Reform of Life and Culture'. In: Lucius *Burckhardt* (Hg.), The Werkbund: History and Ideology, 1901 – 1933 (New York 1980), 85-93.

Alfred *Pfoser*, Das Ende der Bedürfnislosigkeit. Zur sozialistischen Bildungspolitik. In: Helene *Maimann* (Hg.), Die ersten hundert Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988 (Wien 1988), 129-o.S.

Karl *Popper*, Alan *Ryan*, Ernst *Gombrich*, The Open Society and Its Enemies (Princeton/Oxford 2013).

Hugo *Portisch*, Österreich I. Die unterschätzte Republik (Wien 1989).

Hans *Riemer*, Ewiges Wien. Eine kommunalpolitische Skizze (Wien 1945).

Kurt *Rothschild*, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur. In: Hans *Hautmann*, Rudolf *Hautmann*, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934 (Wien 1980), 21-o.S.

Richard *Saage*, Der Erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biografie (Wien 2016).

Richard *Saage*, Utopische Profile, 4Bde. (Bd. 1, Münster 2001-2004).

Karl *Sablik*, Julius Tandler. Mediziner und Sozialreformer. Eine Biographie (Wien 1983).

Peter *Schwarz*, Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler (1869-1936) und sein Verhältnis zu Eugenik, Rassenhygiene und „Euthanasie“. (Projektnummer P12-1229). (Projektendbericht von Mag. Peter Schwarz, Dezember 2015, Zukunftsfonds der Republik Österreich).

Maren *Seliger*, Karl *Ucakar*, Wien, politische Geschichte 1740-1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik. (Bd.2:1896-1934, Wien 1985).

Monika *Sommer* (Hg.), Marcus *Gräser* (Hg.), Ursula *Prutsch* (Hg.), Imaging Vienna. Innenansichten, Außenansichten, Stadterzählungen (Wien 2006).

Josef Luitpold *Stern*, Klassenkampf und Massenbildung (Prag 1924)

*Stockholmsutställningen 1930*, Huvudkatalog (Stockholm 1930).

*Stockholmsutställningen 1930*, Hemmet. Kostindustrien (Stockholm 1930).

Julius *Tandler*, Ehe und Bevölkerungspolitik (Wien/Leipzig 1924).

Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (Graz/Wien/Köln 42002).

Josef *Weidenholzer*, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik (Wien 1981).

Helmut *Weihsmann*, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919-1934 (2., vollkommen überarbeitete Ausgabe, Wien 2002).

Helmut *Weihsmann*, In Wien erbaut. Lexikon der Wiener Architekten des 20. Jahrhunderts (Wien 2005).

*Wiener Jugendhilfswerk*, Jahrbuch 1928 (Wien 1928).

Fritz C. *Wulz*, Stadt in Veränderung: eine architektur-politische Studie von Wien in den Jahren 1848-1934 (Bd. 1 und 2, a.a.O.).

### 10.1.2 Quellen

Arbeiterzeitung Nr. 283 (43. Jahrgang, Wien, 13. Oktober. 1930). Online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19301013&seite=1&zoom=33>

Arbeiterzeitung Nr. 75 (40. Jahrgang, Wien, 17. März 1927). Online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19270317&seite=1&zoom=33>

Broschüre zur Errichtung des Karl-Marx-Hofes, 1-19, 1. Online unter: [www.dasrotewien.at/bilder/d44/Karl-Marx-Hof.pdf](http://www.dasrotewien.at/bilder/d44/Karl-Marx-Hof.pdf)

Die Neue Wirtschaft (11. Juni 1925), 10. In: Felix *Czeike*, Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1881 – 1934): Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien (Wien 1962), 91.

Die Neue Freie Presse Nr. 23738 (Wien, 13. Oktober 1930), Online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19301013&seite=1&zoom=43>

Thomas *Etzemüller*, Social engineering. Online unter: [https://docupedia.de/zg/Social\\_engineering](https://docupedia.de/zg/Social_engineering)

Ludo Moritz *Hartmann*, Volksbildung und Ethik. In: *Die Zeit* (15. Juni 1901).

Karl *Honay*, „Aufbauarbeiten in Krisenzeiten. Der Wiener Stadthaushalt im Jahre 1932“. In: Der Sozialdemokrat (1, 1932), 6-8.

Rede zur Eröffnung des Amalienbades von Bürgermeister Karl Seitz am 8. Juli 1926, zitiert nach: Morgenblatt der Arbeiterzeitung Nr. 187 (39. Jahrgang, Wien, 9. Juli 1926), 3. Online unter:

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19260709&seite=1&zoom=33&query=%22Amalienbad%22&provider=P03&ref=anno-search>

Verfassungsgesetz vom 29. Dezember 1921, mit welchem ein selbstständiges Land Wien gegründet wurde. Siehe dazu: LGBI Nr.153/1921, 253. Online unter:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=lgw&datum=19210004&seite=00000253&zoom=2>

Wiener Zeitung Nr. 155 (225. Jahrgang, Wien, 7. Juli 1928), 2. Online unter:

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wrz&datum=19280707&seite=1&zoom=33>

## 10.2 Kurzzusammenfassung und Abstract

Das Rote Wien gilt mit seinen sozialpolitischen Reformen, insbesondere in wohnbaulicher und gesundheitspolitischer Hinsicht, als eines der Prestigeprojekte der österreichischen Sozialdemokratie. Ein Schlagwort, das in diesem Zusammenhang immer öfter in Erscheinung tritt, ist das sogenannte Social Engineering. Dieses Phänomen wird bis dato eher auf nordeuropäischem Gebiet und in den Politik- und Sozialwissenschaften kontrovers diskutiert, wobei die Frage nach funktionaler Stadtplanung im Vordergrund steht. Diese Masterarbeit ist auf verschiedene Aspekte, darunter das Phänomen des Social Engineering im Roten Wien 1919 – 1934, die Divergenz zwischen den sozialpolitischen Wunschvorstellungen und deren alltagspraktischer Umsetzung und die Frage nach europaweit vergleichbaren Großprojekten fokussiert. Sprachliche Metaphern in Artikeln der Arbeiterzeitung, der Neuen Freien Presse und der Wiener Zeitung wurden analysiert, um so den bestehenden Leerstellen hinsichtlich des Social Engineering innerhalb der Wohnbau- und Gesundheitspolitik des Roten Wien begegnen zu können. In einer von zunehmender Wirtschaftsdepression und aufstrebendem Faschismus geprägten Zeit, war es ein Anliegen der Sozialdemokratie, eine gelebte Utopie des Sozialismus zu erschaffen. Geschulte Beamte und Funktionäre versuchten, sozialen Missständen mit umfangreichen Reformpaketen entgegenzuwirken, nicht ohne zum Teil auf groteske Art und Weise in das kulturelle Leben und die bürgerlichen Werte der Bevölkerung einzugreifen, um sie zu bessern, neuen Menschen zu erziehen.

Schlagworte in Deutsch

Rotes Wien/Wien 1919 – 1934/Erste Republik/Social

Engineering/Sozialdemokratie/Kommunalpolitik/Wohnbau- und Gesundheitspolitik in

Österreich von 1919 – 1934

“Red Vienna”, with its social political reforms, counts as one of the prestigious projects of the social democratic party in Austria, especially with regard to its health policy and residential structure. In this context, social engineering appears as primary keyword. This phenomenon is controversially discussed in northern European areas as well as in political and social sciences, whereat the question of structural social urban planning is in the centre of attention. Several aspects are in focus such as the phenomenon of social engineering in social democratic Vienna and the divergence between social political illusion and its implementation in the daily routine as well as the need for an equally large pan-European project. The master thesis at hand analyses linguistic metaphors in articles from the Labour newspaper, the new free press and the Wiener Zeitung, in order to meet the established void concerning social engineering within residential and health policy. In an era affected by economic depression and a rising fascism, it was one concern of the social democratic party to create a living utopia of socialism. Trained clerks and officials tried hard to counter social drawbacks with comprehensive reforms. These people interfered with the cultural life of the citizens and their middle-class values in order to transform them into “better” human beings.

#### Keywords in English

Red Vienna/Vienna from 1919 to 1934/Austrian First Republic/social engineering/social democracy/local affairs/ Austrian residential and health policy from 1919 to 1934